

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 RM. monatlich 1,10 RM.
 Vierteljährlich 3,50 RM. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnements: 1,10 RM. drei Monate.
 Eingetragen in die Post-Versand-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 RM. für das übrige Ausland
 4 RM. drei Monate. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berichtsungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf. (zweiwöchige 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellengelände- und Schließel-An-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeiger
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 8. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein neuer Polizeischlag gegen die Rote Woche.

Sieben erhalten wir die Nachricht, daß die Polizei den Anschlag sowie den Aushang des nachstehenden Plakates verboten hat:

Es geht aufs Ganze!

Uebermütiger als je erhebt sich die **Militärherrschaft!**
 Das **Koalitionsrecht** will die Reaktion uns rauben!
 Gegen die **Arbeitslosigkeit** will sie nichts tun!
 Die **Dreiklassenschmach** hält sie aufrecht!
 Die **Zollwucher- und Teuerungspolitik** will sie verschärfen!

Für Abwehr wirkt einzig und allein nur die Sozialdemokratie!

Ehrenpflicht aller Arbeitenden und Freiheitsliebenden ist es deshalb, sich unverzüglich dem

Sozialdemokratischen Wahlverein

ihres Kreises anzuschließen und den

„Vorwärts“

zu abonnieren!

**Aufnahmeerklärungen und Abonnements-Bestellungen
werden hier entgegengenommen!**

Herr Dr. v. Jagow scheut keine Anstrengung. Jeden Tag ein neues Verbot!

Wir müssen gestehen, der Herr Polizeipräsident erweckt unsere Bewunderung. Er ist in seinem Fache ein wahrer Meister. Ihn kümmern keine Nebenwirkungen, ihn erfüllt die reine Freude an der Ausübung seines Berufes. Er verbietet um des Verbietens willen, ohne zu fragen, was für Folgen solche Verbote denn eigentlich haben können. Wir aber freuen uns der Folgen! Herr v. Jagow wird es gelingen, selbst den bürgerlichen Parteien klarzumachen, daß

das längst veraltete Plakatgesetz endlich beseitigt werden muß, seitdem es einen Jagow gibt, der es in dieser Weise anwendet. Dem Polizeipräsidenten wird es auch gelingen, den Feuerzeiger unserer Genossen noch mehr anzuspornen, um der Roten Woche einen glänzenden Erfolg zu sichern. Den Beitritt zum Wahlverein und das Abonnement auf den „Vorwärts“ kann ja keine Polizei verbieten. Ein Helfer unserer Agitation, nicht ein Ginderer ist ja der Napoleon vom Tiergarten von jeher gewesen.

Dafür, daß der Inhalt des Plakats zur Kenntnis der

breiten Massen gelangt, sorgt ja die Veröffentlichung im „Vorwärts“. Und daß der Aufruf befolgt werde, dafür werden in dieser Woche Tausende und Tausende eifriger Parteigenossen unermüdet tätig sein. Die Plakate werden ja nicht aushängen, da es keinen Sinn hätte, der Polizei Gelegenheit zu Strafmandaten zu geben und unser gutes Geld in die staatlichen Kassen zu leiten. Der Aktions-ausschuß ersucht deshalb auch ausdrücklich darum, die Aushängung zu unterlassen. Um so eifriger aber wird der „Vorwärts“ verbreitet werden. Der

Zweck der Plakate wird somit durch das Verbot nur noch gefördert.

Im übrigen aber hat der Herr Polizeipräsident auch noch in anderer Weise für die Erheiterung Berlins gesorgt. Wir haben gestern mitgeteilt, daß unbegreiflicherweise das Plakat für den Frauentag verboten worden ist. Auf die Beschwerde des Genossen Ernst an den Herrn

Heraus mit dem Frauenwahlrecht!

Nur daß auf dem Plakat das Dallwische „Das“ in betrübtem Schwarz, das „Frauenwahlrecht“ aber in sieghaftem Rot strahlt. Wenn also das abgeänderte Plakat auf

v. Dallwitz erhielt heute das Plakatierungsinstitut die Mitteilung, daß das Plakat angeschlagen werden dürfe, wenn die Tagesordnung nicht lautet: „Heraus mit dem“ Frauenwahlrecht, sondern „Besprechung über“ oder „Das“ Frauenwahlrecht. Die Abänderung des Plakates wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Sie sieht so aus:

Das Frauenwahlrecht!

den Anschlagläusen prangt, dann wissen die Leser, wenn sie die Korrektur zu verdanken haben. Und lachend können sie sich sagen: Muß der Mann Sorgen haben!

Abermals

Kronprinzenbeleidigung!

Der Redakteur des „Vorwärts“ Genosse Dr. Meyer ist am Sonnabend wegen Beleidigung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das ist binnen wenigen Tagen der zweite Fall. Soeben erst die Verurteilung des Schriftstellers Hans Leuß zu sechs Monaten und gleich darauf die Verurteilung des „Vorwärts“-Redakteurs zu drei Monaten. Damit ist aber das Unheil, das die kronprinzliche Abschieds-epistel an sein Regiment angerichtet, noch nicht zu Ende, denn schon steht ein dritter Prozeß wegen Kronprinzenbeleidigung bevor, der gleichfalls wegen Bloßstellung des Kronprinzenbriefes angestrengt worden ist. Sind schon Kronprinzenbeleidigungen an sich eine Rareté, so dürfte eine solche Häufung von Kronprinzenbeleidigungsprozessen vollends zu den größten politischen Seltenheiten und Seltsamkeiten gehören. Und es bedeutet gerade keine Schmeichelei, weder für unsere Gerichte noch für unsere politischen Zustände überhaupt, daß gerade das Preußen des zweiten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts eine solche Aera der Kronprinzenbeleidigungsprozesse erleben konnte.

Man scheint sich denn auch dieser Prozesse einigermassen zu genieren. Wenigstens vermögen wir nur auf eine solche Empfindung den Ausschluß der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen zurückzuführen. Der Ausschluß der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen kann erfolgen wegen Gefährdung der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung. Die Sittlichkeit spielt bei den Kronprinzenbeleidigungsprozessen keine Rolle, und eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch die infamisierten Artikel kann ebenso wenig in Frage kommen. Wohl aber könnte das Gericht Beforgnis hegen, daß bei der Erörterung der politischen Aktionen des Kronprinzen Dinge zur Sprache kommen, die den herrschenden Kreisen und Klassen peinlich und unbequem wären und dergestalt die „öffentliche Ordnung“ gefährdeten. Man freilich glauben wir, daß eine solche Definition des Begriffs der öffentlichen Ordnung allzusehr nach subalternem Polizeigeist schmeckt und einer modernen und unabhängigen Rechtspflege wenig anständig! Denn die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen soll ja gerade dem Volke die Möglichkeit der Anteilnahme und Kontrolle an der Rechtspflege geben — und wo wäre eine solche Kontrolle mehr am Platze, als bei politischen Prozessen? Wenn es aber je politische Prozesse gegeben hat, so sind die Kronprinzenbeleidigungsprozesse als solche zu rubrizieren, und es gibt gar kein wirksameres Mittel, diese Prozesse von vordereinander als Tendenz- und Klassenprozesse zu signifizieren, als wenn man für die Verhandlung die Öffentlichkeit ausschließt.

Der Schriftsteller Hans Leuß wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in einem politischen ersten und sachlich scharfen Artikel dargelegt hatte, daß die politischen Grundgebungen des Kronprinzen das sicherste Mittel seien, die monarchische Idee zu diskreditieren und selbst unter den liberalen „Vernunftmonarchisten“ dem Republikanismus Anhänger zu werden. Aus dieser — wie gern zugegeben werden mag — nicht gerade von Begeisterung für den Monarchismus überströmenden Kritik (kein Mensch ist doch aber auch verpflichtet, sich für den Monarchismus zu begeistern!) zog der Gerichtshof in verblüffenden logischen Saltos den Schluß, daß der Artikel die Absicht der „Misachtung“ und „Ehrverletzung“, und zwar der „böswilligen Ehrverletzung“ zweifellos erkennen lasse! Wehe also dem Journalisten, der eine Handlung eines gekrönten Hauptes oder eines Angehörigen seiner Familie je als etwas anderes qualifiziert denn als glorreichen Ausfluß der Gottesgnadenwahlheit. Nur dann steht ihm das Recht ehrlicher Kritik zu, wenn er eingeschworener Monarchist ist! Denn ist er Republikaner, so ist er von vornherein der „böswilligen Ehrverletzung“ verdächtig! Unglaublich!

Der „Vorwärts“-Artikel, den am Sonnabend der rächende Arm der preussischen Justiz erreichte, war keine schwerförmig-ernste Abhandlung über Monarchismus und Kronprinzenpolitik. Es war eine harmlos leichtgeschürzte Satire auf das Kronprinzenjahren an sein Regiment. Sie stammte von einem Feuilletonisten und mochte nur von jenem Recht der Satire Gebrauch, das der Vater des Kronprinzen selbst in einem guten Augenblick humorvoll anerkannt hatte, als er den Karikaturen eines französischen Zeichners auf Wilhelm II. für Deutschland den Freipaß erteilte.

Der öffentliche Ankläger, der am Sonnabend gegen die harmlose Satire des „Vorwärts“ mit dem schwersten Beschütz staatsanwaltlicher Phraseologie zu Felde zog, besaß keine Spur jenes überlegenen Humors, den Wilhelm II. seinem französischen Karikaturisten gegenüber bewies und den wenigstens der alte Fritz der Legende dadurch betätigt haben soll, daß er einst selbst für die bequemere Lesbarkeit eines gegen ihn gerichteten Vasquills sorgte. Für den streunenden Vertreter des Staatswohls existierte nicht das Recht der Satire. Wenigstens war ihm keine Ahnung der Erkenntnis aufgegangen, daß jeder Satire Fürrecht der Reiz

zum Lachen ist und daß natürlich eine Satire auf den Kronprinzenbrief, sofern sie nicht ihren Zweck total verfehlt, gleichfalls fröhliche Seiterkeit auslösen mußte. Ebensovornig schien dem Staatsanwalt die Ahnung aufzudämmern, daß solche Seiterkeit noch die denkbar harmloseste Form der öffentlichen Reaktion auf die Bekennnisse des Kronprinzenbriefes darstellte! Der Staatsanwalt erblickte in seinem düsteren Inquisitionsernst in der lustigen Verulung nur die lächerlichste Verpötlung, Verhöhnung und Rächerlichmachung des voraussichtlichen Thronfolgers, die größtenteils hämischste und böseste Ehrenverletzung. Und der Gerichtshof folgte befreundeterweise dieser Auffassung und verurteilte den Genossen Meyer zu drei Monaten Gefängnis, obwohl er nicht einmal der Verfasser des Artikels war, ja überhaupt durchaus glaubhaft gemacht hatte, daß er die überdrehten „Parodie“ wahrscheinlich nur sehr flüchtig gelesen haben konnte.

Kein Zweifel: Unsere liebe Reaktion macht wieder einmal mit besonderem Eifer in Umsturzbewertung, und unsere Gerichte sind wieder einmal besonders eifrig in der Abhandlung politischer Staatsverbrechen. Wir haben nichts dagegen, denn wir wissen nur zu genau, daß der Sozialdemokratie nichts mehr zum Vorteil ausschlägt, als eine solche fröhliche Sozialistenjagd.

Was aber Monarchen- und Kronprinzenschutz im besonderen anlangt, so vermag es kein Staatsanwalt und kein Gericht durchzusehen, daß gekrönte Häupter oder gar Kronprinzen als höhere Wesen respektiert werden, deren impulsive Gefühlsausbrüche gewissermaßen als unabwendbare Elementarereignisse kritiklos hingenommen werden müßten. Das demokratische Selbstbewußtsein der Massen ist unerschütterlich auf dem Marsch, und die Repräsentanten der Monarchie sind übel beraten, die eine Kritik der Demokratie noch gewaltfam herausbeschwören. Wenn sich aber vollends die Gerichte ins Zeug legen, um die notgedrungene, im Interesse des öffentlichen Wohls gebotene Kritik an gemeinschädlichen Monarchen- oder Kronprinzen-Grundgebungen zu unterbinden, so vermögen sie das Ansehen der Monarchie nicht nur nicht zu retten, sondern fügen nur dem ohnehin gefährdeten Ansehen der Justiz den unberechenbarsten Schaden zu!

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

Generaldebatte über den Kolonialetat im Reichstag. Herr Dr. Solf sitzt an seinem Platze. Um ihn herum ein paar uniformierte und nicht uniformierte Herren. In der Budget-Kommission berät man zurzeit noch die Spezialetat der einzelnen Kolonien, und was dabei aus Tageslicht gekommen, ist nicht gerade rühmlich für die Kolonialverwaltung. Nicht etwa, daß Herr Solf und seine Räte gleichgültig blieben den Regerschindereien, den Zwangsarbeitsverhältnissen gegenüber, den blutigen Mißhandlungen, dem massenhaften Dahinsterven ganzer Regerstämme! Im Gegenteil! Er hat es fast in jeder Sitzung beteuert und in diesen Erlassen bewiesen, daß er alle diese Zustände genau so mißbilligt, wie jeder andere Kulturmenschen, und daß er tut, was in seinen Kräften steht, um sie zu unterdrücken. Aber ist das viel? Grundziel seiner Verwaltung ist und muß bleiben: die kapitalistische Ausbeutung der geraubten Gebiete. Dem muß sich alles andere unterordnen: Kultur und Christentum, Hebung der Eingeborenen, Sanitätspflege und was sonst noch im Katalog all der Kolonialkrafen stehen mag.

Ein abstoßendes Bild all der Scheußlichkeiten, die heute noch in den deutschen Kolonien passieren, entrollte in seiner wohlüberlegten Rede der Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Dittmann, und mit voller Schärfe brachte er den abschneidenden Standpunkt der Partei dieser kapitalistischen Kolonialpolitik gegenüber zum Ausdruck. Freilich — das konnte auch Dittmann zugeben — besser ist es geworden. Heute scheidet man nicht mehr wie früher das menschliche Kolobst in die Kolonien, jene verkommenen Datschen, die hier wegen allzu großer Soldatenschindereien oder anderer Verbrechen sich nicht mehr halten konnten und die man deshalb nach Afrika abschiebt: Leist, Beklan, Schräder, Arenberg usw. usw. Damals waren die deutschen Schutzgebiete in der Tat Verdrängerkolonien, nur mit dem Unterschied, daß die Verdränger nicht hingeschickt wurden, um bestraft zu werden, sondern umgekehrt, um ungestrast neue Verbrechen begehen zu können. Ihnen gab man die Eingeborenen als Freiwild, und sie wüteten in jenen entlegenen Distrikten wie die Raubtiere. Das ist jetzt, wie gesagt, besser geworden. Man ist jetzt in der Auswahl der auszuführenden Beamten und Offiziere vorsichtiger. Man duldet nicht mehr, daß sie die Eingeborenen abschießen, wie die Kaninchen, man ist im Gegenteil dazu übergegangen, als ersten Grundsatze der Kolonialverwaltung die Hebung aufzustellen: Schutz der Eingeborenen! Woher dieser Umschwung? Haben die Herren sich plötzlich auf ihre Kulturmission oder gar auf ihr Christentum besonnen? Oder war vielleicht der Eindruck der sozialdemokratischen Kritik auf die weiterharten Menschenschinder von einst und damals so stark geworden? Wir wollen diesen Einfluß unserer jahrzehntelangen Tätigkeit gewiß nicht unterschätzen, wir wollen ihn aber auch nicht überschätzen. Und deshalb sagen wir: was Kultur, Christentum und sozialdemokratische Kritik nicht vermocht haben: das kapitalistische Profitbedürfnis hat es vermocht. Die Humanität warf bessere Projekte ab, als die Barbarei, deshalb wurde man — mit Erlaubnis zu sagen — „human“! Man erkannte, daß der Hauptwert der Kolonien in der eingeborenen Bevölkerung beruht; denn ohne sie gibt es keine Arbeitskräfte, und ohne Arbeitskräfte keine Ausbeutung und Ver-

reicherung. Also her mit der Humanität! Freilich, als man sich nun umschau und an die Stelle der bisherigen Ausrottungspolitik eine pflegsame Behandlung der schätzbaren Eingeborenen setzen lassen wollte, erkannte man mit Entsetzen, daß fast nichts mehr zu pflegen war. Und wie verfluchte man das Andenken an den Ausrottungsstrategen Trotha, der im Herero-Kriege Südwestafrika um die Hälfte seiner Eingeborenen gebracht hatte. (Natürlich steht man nur im Geheimen; denn in der Oeffentlichkeit ist General v. Trotha als ein höchst verdienstvoller Patriot anzusehen.) Und in den anderen Kolonien ein fast ähnlich schlimmes Bild: ein schier unablässiges Dahinsterven der Naturvölker. Hatte man früher diesem Prozeß gegenübergestanden mit der forschen Devise: „Nimmer feste druff!“, so betet man jetzt mit Rhyner von Roß im „Schlavenhause“ bei Heinrich Heine:

Erhalte sie, Herr, um Christ willen,
Der für uns alle gestorben!
Denn bleiben wir nicht dreihundert Stück,
So ist mein Geschäft verdorben!

Ohne Frage: ein Fortschritt! Ein ähnlicher — wenn man Meines mit Grobem vergleichen darf —, wie seinerzeit der Uebergang der Menschheit von der Menschenfresserei und simplen Totschlagen der Gefangenen zur Sklaverei; womit bekanntlich überhaupt erst die Grundlage für ein weiteres kulturelles Aufsteigen der Menschheit gelegt wurde. Ohne Sklaverei keine Philosophie, sagt Aristoteles, und für seine Zeit hatte er recht. So auch hier: ohne Lebensschutz der Eingeborenen keine höhere Kultur dieser Eingeborenen. Und viel wichtiger als alle schwülstigen Phrasen über Menschenfreundlichkeit und christliche Nächstenliebe ist die Tatsache, daß jetzt das Kolonialkapital selber ein materielle Interesse an der Erhaltung der Eingeborenen hat. Es braucht sie, genau so, wie es in Europa die deutschen Arbeiter braucht. Und genau so, wie es trotzdem die Arbeitskräfte des deutschen Proletariats mißbraucht und verwüßt — rund 10 000 Todesopfer fallen bekanntlich jährlich in der deutschen Industrie —, genau so und noch schlimmer verwüßt das Kolonialkapital die Arbeitskräfte der Eingeborenen, trotzdem es weiß, daß es ohne sie nicht leben kann. Hier hat die deutsche Sozialdemokratie eingegriffen. Sie ist der geborene Mundwort der Eingeborenen, und in dem soeben gekennzeichneten acht kapitalistischen Widerspruch zwischen der Ausbeutung der Eingeborenen und der Verhütung ihrer Ausrottung hat die Sozialdemokratie alles zu tun, um die Tendenzen zugunsten der Eingeborenen zu verstärken. Die Kraft ihrer Stellung liegt gerade darin, daß sie anknüpfen kann an höchst materielle Bedürfnisse des Kapitals selber, wie wir ja auch bei den Arbeiterschutzesen in Deutschland anknüpfen an höchst materielle Bedürfnisse der kapitalistischen Gesellschaft selber, nämlich daran, durch die Intensität der Ausbeutung nicht die Ausbeutung selber zu gefährden, oder anders ausgedrückt, nicht das Huhn zu schlachten, das die goldenen Eier legt. Bedinglich aus diesem materiellen Bedürfnis einer rationalen Ausbeutung heraus ist das Kolonialkapital gezwungen, gewisse Arbeiten zu vollziehen, die es am liebsten unterließe und die es selber unter die „Unkosten“ rechnet, ohne die es aber häufig nicht geht. Es muß Schulen belassen, Klaffe regulieren, Bahnen bauen, Stauweiser anlegen usw., alles Dinge, die es nicht um der „Kultur“, sondern um der Ausbeutung willen tut. Die Sozialdemokratie stimmt solchen Arbeiten zu, wenn sie glaubt, daß sie auch den Eingeborenen zugute kommen, und wenn sie imstande ist, die schlimmsten Einwirkungen, die schließlich mit jedem Eindringen in solche Gebiete für die Eingeborenen verhängt sind, abzumildern oder einzuschränken. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Fraktion beschloffen, auf Grund von sieben genau formulierten Forderungen zum Schutz der Eingeborenen der Ruanda-Vorfrage zuzustimmen. Da diese Bedingungen glatt abgelehnt wurden, lehnt natürlich die Fraktion auch die Bahnvorlage ab.

Nach dem Vertreter der Sozialdemokratie sprachen die bürgerlichen Parteien, Erzberger, Reinald, Gothein, Mumm. Herr Solf verzichtete auf jedes Wort. Am Montag wird er wohl das Wort ergreifen.

Politische Uebersicht.

Fort mit dem Arbeiterschutz!

Fort mit dem Arbeiterschutz! Wie ein roter Faden zog sich dieser Ruf durch die Verhandlungen über das Kapitel Gewerbeinspektion, mit dem sich das preussische Abgeordnetenhaus am Sonnabend beschäftigte. Die Schorfmaeder des Zentralverbandes deutscher Industrieller, unterführt von den konservativen Arbeiterschreibern, die die Tage vorher nicht dringender genug einen stärkeren Schutz der Arbeitswilligen fordern konnten, klagten um die Bitte über die Belastung der Industrie durch die hohen Arbeiterlöhne und vor allem durch die Ausgaben, die ihnen bei der Durchführung der sozialpolitischen Gesetze erwachsen. Die Gewerbeinspektion ist in Preußen gewiß nicht allzu weit ausgebaut, im Gegenteil, sie steht erst in den Anfängen, und ihr Ausbau läßt noch viel zu wünschen übrig. Aber selbst das bish. Schutz, das den Arbeitern dadurch zuteil wird, geht den Gegnern praktischer Sozialpolitik zu weit. Deutlicher kann die Arbeiterfeindschaft der konservativen nationalliberalen Sippschaft kaum illustriert werden, als durch die Tatsache, daß der Handelsminister Sydow sich vor dem Lande verteidigen mußte, weil er es gewagt hat, den Gewerbeaufsichtsbeamten polizeiliche Befugnisse zu übertragen. Ueberspannung der sozialpolitischen Forderungen, Auswüchse der Sozialpolitik, Verhärtung der Arbeitgeber! Mit diesen und ähnlichen Schlagwörtern zog man zu Felde nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Regierung und gegen das Zentrum, dessen Redner Abg. Giesbers die Anstellung von Arbeitern als Gewerbeinspektoren und die Einschränkung eines Vorschlagsrechts für gesetzgeberische Maßnahmen an die Gewerbeinspektoren anregte. Einen noch weiter gehenden Antrag hatten bekanntlich unsere Genossen vor fünf Jahren eingebracht, aber die Kommission, der es überwiesen wurde, hat ihn abgelehnt. Genau dieselben Gründe wie damals hörte man auch heute dagegen. Die „Argumente“ sind die gleichen, nur die Personen, die sie sich zu eigen machen, wechseln. Und auch für Nachwuchs ist gesorgt. Wenn einmal Herr Dr. Deumer vom politischen Edelpaß abtritt, so kann er das in dem benutzenden Geschäft, in dem neu gewählten Herrn Dr. Cremer einen würdigen Nachfolger gefunden zu haben, der ihn an sozialpolitischer Einfühlungslosigkeit und an Wahrnehmung der einseitigen Unternehmerinteressen in nichts nachsteht. Eine wohlverdiente Abfuhr ließ Genosse Hue dem hoffnungsvollen Jüngling widerfahren. Auf Grund eigener Erfahrungen konnte unser Vertreter ein Bild von der traurigen Lage der Arbeiter in der Schwerindustrie entrollen, das wesentlich von dem Phantasiegemälde des nationalliberalen Schorfmaeders abwich und die Notwendigkeit eines weitergehenden Arbeiterschutzes sowie einer Verfürgung der Arbeitszeit bewies. Die Aufforderung Quod an die Regierung, sich nicht unterkriegen zu lassen von den Sachwaltern des Kapitals, ist durchaus berechtigt, sie gilt nicht nur, soweit es sich um die Schwerindustrie handelt, sondern auch für die Gewerbeinspektion im allgemeinen, die unser Genosse zum Gegenstand sorgfamer Kritik machte.

Einen aus Anlaß der furchtbaren Explosion in Kummelsburg gestellten Antrag, der für solche Fälle die Unternehmer schaden- erschaftlich machen will, lehnte das Haus gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ab.

Nach Erledigung einiger Positionen von untergeordneter Bedeutung wurde die Beratung des Etats auf Montag vertagt.

Das agrarisch-industrielle Zollsteigerungs-Kartell.

Die industriellen Hochschulgüter helfen ihren agrarischen Bundesgenossen aus fernem Süden mit dem Gefährt nach neuen Jölen auf wichtige Nahrungsmittel. So drückt die „Deutsche Tageszeitung“ in Nr. 117 triumphierend aus der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“, die dem Zentralverband deutscher Industrieller sehr nahe steht, folgende Ausführungen über einen Zoll auf Rahm ab:

„Daß man im Jahre 1902 auf ausländischen Rahm keinen Zoll gelegt hat, erweist sich immer mehr als eine recht bedenkliche Lücke in unserem heutigen Zolltarif. Seitdem durch technische und Verkehrverbesserungen der Bezug von Rahm aus dem Auslande möglich gemacht und fortwährend erleichtert worden ist, hat die Einfuhr dieses Produkts, das innerhalb der deutschen Grenze zur Butterbereitung benutzt wird, gewaltig zugenommen. Gleichzeitig mit der Zunahme der Rahmeinfuhr geht aber neuerdings die Einfuhr von Butter zurück. Der Grund kann nur darin liegen, daß Butter 20 R. Eingangszoll für 100 Kilogramm zu zahlen hat, während der Rohstoff Rahm zollfrei eingeht. . . . Seit 1911 ist die Buttereinfuhr um 18 840 Doppelzentner im Werte von 6,1 Mill. Mark zurückgegangen, die Rahmeinfuhr aber um 126 129 Doppelzentner im Werte von 8,5 Mill. R. gestiegen. Diese Entwicklung — Rückgang der zollpflichtigen Buttereinfuhr und Zunahme der zollfreien Rahmeinfuhr — wird sich zweifellos in Zukunft zum großen Nachteil der Reichskasse fortsetzen, wenn nicht bei dem demnächstigen Ablauf der Zoll- und Handelsverträge die Lücke in unserem Zolltarif beseitigt wird.“

Jöle auf Lebensmittel, die von der einheimischen Landwirtschaft produziert werden, haben die Eigenschaft, daß sie der Reichskasse nur einen geringen Bruchteil von dem einbringen, was die inländischen Produzenten infolge der Versteuerung einfordern. Wird der geringe Bruchteil von Butter oder Rahm, der vom Ausland kommt, verteuert, so steigen die Preise für die ganze inländische Produktion. Das Interesse der Reichskasse wird scheinbar vor- geschoben, die Profite, die die Agrarier erhalten aber sind gemein. Eine Versteuerung der Butter über den heutigen Stand ist unerträglich und direkt verbrecherisch. Bist doch jetzt wirklich gute Butter bis in die weitesten Kreise des sogenannten Mittelstandes und des Vamantums hinein als ein unerwünschlicher Luxus! Wie die Teuerung die Butterpreise hinaufgetrieben hat, beweisen folgende Zahlen. Es kosteten 100 Kilogramm im Großhandel im Durchschnitt der Jahre

	in Berlin	in München
1894/98	202,70 Mk.	192,80 Mk.
dagegen:		
1909	241,60	244,20
1910	244,60	251,80
1911	255,00	261,20

Die Preise der Industrie stimmen also, besorgt um die Erhaltung ihrer Kartellschutzjöle, ganz unerbötlich in das Gefährt der Agrarier ein.

Landtagswahlwahl im Wahlkreise Steiuburg.

Bei der gestrigen Erwahlwahl zum preussischen Abgeordneten- haufe im Wahlkreise Steiuburg wurde an Stelle des in das Herren- haus berufenen bisherigen Abgeordneten Dr. Engelbrecht der Hof- besitzer Reiser (Freisinn.) aus Wiltzer mit sämtlichen abgegebenen 175 Stimmen gewählt. Die Wahlmänner der fortschrittlichen Volks- partei und der Sozialdemokratie enthielten sich der Abstimmung.

Arbeitslosenversicherung.

Die bremische Bürgerschaft verhandelte kürzlich über einen umfangreichen Bericht des Senats zu der Frage der Arbeitslosen- versicherung. Der Senat lehnte rundweg ab, irgend etwas zu tun, obwohl auch in Bremen Tausende von Arbeitslosen vorhanden sind. Die sozialdemokratische Fraktion verlangte nachdrücklich Einführung der Arbeitslosenversicherung und beantragte Einsetzung einer Kom- mission zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit. Dieser Antrag wurde auch von den Fortschrittlichen unterstützt, aber die liberale Mehrheit der bremischen Bürgerschaft lehnte ihn ab.

Sturm im Stuttgarter Rathaus.

Zu dem außerordentlichen Schritt, die weitere Mitarbeit rund- weg zu verweigern und den Sitzungssaal zu verlassen, hat sich die sozialdemokratische Rathausfraktion Stuttgarts am Donnerstag- abend gezwungen gesehen. Es war der letzte und schärfste Protest, den die sozialdemokratische Fraktion gegen die standhafte Verge- waltigung des Lebensinteresses der arbeitenden Bevölkerung durch die Terraininspektanten und Wohnungswunderer erheben konnte. Nun- mehr hat die Masse der arbeitenden Bevölkerung das Wort.

Dem Konflikt liegen folgende Vorgänge zugrunde. Die neue Bauordnung Württembergs hat manche Verbesserung im Bauwesen gebracht, die struppellose Ausnützung des Grund und Bodens durch Bauherren gewisse Schranken gesetzt. Die Umsetzung dieser Bestim- mungen in die Praxis liegt in den größeren Gemeinden den Ge- meindeverwaltungen ob. Sie sind verpflichtet, Ortsbauordnungen zu erlassen, die den Bestimmungen des Gesetzes entsprechen. Das Gesetz kann unmöglich die sehr verschiedenartigen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden besonders auffassen. Bei der Durchführung des Gesetzes ist der Staat in weitgehendem Maße auf den guten Willen und das soziale Verständnis der Gemeindeverwaltungen angewiesen. Vor sehr großem Einfluß auf die Durchführung der Gesetzesbestimmungen im ganzen Land wie die Gestaltung der Stuttgarter Ortsbauordnung sein. Nach langen mühevollen Be- ratungen in der Kommission, nach hartem Kampfen und Vergleichs- verhandlungen ist dann der Entwurf einer Ortsbauordnung zustande gekommen, der das Allerbeste dessen darstellt, was dem Willen des Gesetzes gemäß verlangt werden muß. Den Vertretern des Haus- und Grundbesitzes auf dem Stuttgarter Rathaus ging auch dieses Kompromiß noch zu weit. Hinter dem Rücken der sozial- demokratischen Fraktion schlossen die bürgerlichen Parteien ein Ab- kommen, in der Plenarberatung auch die schwächlichen Verbesser- ungen aus der Ortsbauordnung zu entfernen und das Profitinteresse der Terraininspektanten und Wohnungswunderer zum obersten Grundfab ihrer Baupolitik zu machen. Die Kritik der sozialdemo- kratischen Vertreter, die Widerstand gegen die struppellose Aus- nützung des Meier sollte durch weiche verständte Schlüßantträge unwirksam gemacht werden. In ein paar Sitzungen führte die sozialdemokratische Fraktion einen bitteren Kampf gegen die kom- pakte Mehrheit der Grund- und Wohnungswunderer. Am Donner- stagsabend kam es zum entgültigen Bruch. Wiederum machte die Mehrheit unsere Fraktion durch Schlüßantträge mundtot, verständte sie sogar die Begründung der von der Sozialdemokratie gestellten Antträge. Daraufhin verließen sämtliche sozialdemokratischen Ge- meindevertreter geschlossen den Sitzungssaal. Sie lehnen jede Ver- antwortung für die Gestaltung des Ortsgesetzes ab. Die Arbeiter- organisationen werden nunmehr den Kampf weiterführen.

Für ein Zuchtshausgesetz.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, in der eine Resolution ent- halten ist, die von der genannten Vereinigung über die Notwendig- keit eines wirksamen Schutzes der Arbeitswilligen gefaßt wurde. Die Petenten erklären:

„Dieser Schutz ist zu erreichen auf dem Wege einer besseren Inspektion der Behörden über die schon nach heutigem Recht erlaubten Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen sowie einer besseren Ausbildung der mit der Abwehr von Streik- auschreitungen betrauten Polizeimannschaften, vor allem aber auch auf dem Wege einer Aenderung der Gesetzgebung. Durch sie ist ein erweiterter Schutz der Persönlichkeit gegen Bedrohungen anzustreben, ein beschleunigtes Verfahren zur Aburteilung von Streikauschreitungen einzuführen und insbesondere eine Hand- habe zu gewähren, Belästigungen durch Streikposten von vorn- herein unmöglich zu machen.“

Unterzeichnet ist das interessante Schriftstück von dem be- kannten Herrnhäuser Grafen Mierbach. Gleichzeitig wird die Regierung dringend gebeten, sich auf die Einführung einer staat- lichen Arbeitslosenversicherung unter keinen Umständen ein- zulassen.

Der Nachfolger des Grafen Mielezyski.

Im Wahlkreise Samter-Birnbaum, in dem am 17. März die Erwahlwahl für den Grafen Mielezyski stattfand, haben die Polen den Prälaten Klos-Polen als Kandidaten aufgestellt. Der Kandidat anderer bürgerlicher Parteien ist der Agrarier von Saza- wabity.

Reichstagsauflösung und Neuwahlen.

Stockholm, 6. März. (Fig. Ber.)

Die Auflösung der Zweiten Kammer des Reichstages ist nunmehr erfolgt und die Neuwahlen werden im April statt- finden. Die Grundzüge der Regierungsvorlage zur Neu- regelung der Landesverteidigung sind gleichzeitig mitgeteilt worden, so daß dann der Wahlkampf auch die positiven Vor- schläge betreffen wird, die von der Regierung in dieser Frage der neuen Kammer gemacht werden sollen.

Die Vorlage will die Heeresreform nach den Wünschen der „soberständigen“ Militärs lösen. Neben dem, was Staaff schon in Anlehnung an die Kommissionsverhandlungen von diesem Reichstage fordern wollte, kommt nun auch die Uebungszeit der Infanterie zur Entsch- eidung. Und zwar wird die Uebungszeit auf ein Jahr erhöht, nämlich 250 Tage Rekrutenschule, beginnend Ende Oktober, so daß Anfang Juli die Rekrutenausbildung beendet sein würde; nach dreimonatlichem Urlaub erfolgt die Ein- ziehung zu einer ersten Uebung von 30 Tagen, in den folgenden Jahren sind noch zwei solche Uebungen a 30 Tage und später noch eine von 15 Tagen vorgesehen, zu- sammen also 355 Tage. Damit wäre das vorläufige Ziel der militärischen Heer erreicht. Die einjährige Uebungszeit be- deutet für Schweden die Verwirklichung des stehen- den Heeres. Das Ministerium zeigt mit dieser Vorlage, daß es das Ministerium des Königs ist und sein will, und daß es kritiklos übernommen hat, was die Militärverwaltung ihm in die Hand drückte.

Eine ebenso große Herausforderung des Volkes bedeutet die Marinevorlage des Ministeriums. Demnach sollen 8 größere Artillerie-Banzerjähre (Dreadnoughts en minia- tur), 4 Divisionen Torpedojäger (die Division zu 4 Schiffen) und 2 Divisionen Unterseeboote gebaut werden. Während also in der Landesverteidigungskommission auf die beiden letzteren Marinewaffen das größere Gewicht gelegt wurde, geht das Ministerium der Militärmarine dazu über, die „P-Boot- flotte“ wieder aufleben zu lassen, deren Bau aus Staats- mitteln Herr Staaff vor 2½ Jahren inhibierte. So wird also jede Handbewegung des königlichen Ministeriums zu einem Schlag ins Gesicht gegen die bisherige Parlamentsmehrheit und die Demokratie, jenseit gemildert nur durch die Auflösung der Kammer, wodurch die Wähler ihre Auffassung bekunden können.

Um die Wähler etwas milder zu stimmen, hat der König gleichzeitig die Erklärung abgegeben, daß „jeder Wunsch oder jedes Bestreben nach einer persönlichen Königsmacht ihm fremd war, ist und bleiben wird“. Und er erklärt weiter, daß es sein fester Entschluß ist, niemals von dem Gebote der Verfassung abzuweichen. Allein, diese Erklärung hat keinen posi- tiven Wert. Sie ist einer Regierung gegeben worden, die nicht das Vertrauen des Parlaments besaß, sondern als Voll- strecker des Willens des Königs, also der persönlichen Königs- macht ans Ruder gerufen worden ist. Einen Wert hätte diese Erklärung nur gehabt, wenn sie vor einigen Wochen dem Ministerium Staaff gegeben worden wäre. Aber heute hat sie keinen Sinn mehr. Ihr steht vielmehr jene andere Erklärung vor dem Bauernzug ent- gegen, wonach der König von den Forderungen der Militärver- waltung „niemals abweichen“ will. Erst wenn die Wähler gesprochen haben werden, wird der König Gelegenheit finden, die eine oder andere seiner sich wie Feuer und Wasser unter- scheidenden Erklärungen in die Tat umzusetzen.

Was die Militärmarine glaubt dem Volke zumuten zu dürfen, ist daraus ersichtlich, daß die Regierungserklärung sich über die Kosten der Heeresreform auschweig- t. Dem Volke wird nur aufgetragen, konservative Rüstungshege- zu wählen, die das Programm der Militärmarine verwirk- lichen; die Kostenrechnung wird erst nachher präsentiert. Aber die schwedischen Wähler werden kaum geneigt sein, sich selbst ihre Retter zu wählen.

Im Wahlkampf spielte bis jetzt die Verfassungs- frage die dominierende Rolle. Die konservativen Agitatoren und ihre Presse bemühen sich freilich, die Plattform zu verschieben. Allein es will ihnen nicht gelingen, weil alle einsichtigen Elemente sich darüber klar sind, daß Staaff schon das Möglichste dessen in der Landesverteidigung aufbieten wollte, das dem Volke an Zeit und Geld zugemutet werden kann. Interessant ist auch zu beobachten, wie die Rüstungshege den Arbeitern die Gefahren einer russischen Invasion plausibel zu machen suchen, um auf diese Weise auch die Arbeiter vor den Narren des Militarismus zu spannen. Danach ist Schweden das wahre Arbeiterelorado an Freiheit und wirt- schaftlicher Existenz der Arbeiterklasse gegenüber Rußland, wo nicht nur die politische Freiheit unterbunden ist, sondern wo die Arbeiter in Baracken wohnen und von Kartoffeln und Mehl leben müssen! Als ob das Arbeiterelend in Schweden nur der Forderung an entscheidende Zeiten gehörte.

Zu der liberalen Partei ist eine Reinigung vor sich gegangen, indem der rechtsliberale Kreis um das Stockholmer Blatt „Aftonbladet“ eine neue Organisation zur Propaganda neuer Rüstungen gegründet hat. Diese häßlichen Intellektuellen haben auch bisher das Menschennützlich an Arbeiterfeindlichkeit und Gegnerschaft gegen die Demokratie ausgeboten und ihr Ausschneiden aus der

liberalen Partei kann nur von Vorteil, nicht von Schaden für die Sache der Demokratie sein. Für den Ausgang der Wahlen kann das nicht von Bedeutung werden, weil der Einfluß dieser Leute über den Stockholmer Kreis hinaus minimal ist. Die liberalen Wähler sitzen draußen in den Landkreisen, sie bestehen im wesentlichen aus den Mittel- schichten des platten Landes und der kleineren und mittleren Städte. Das Element der Alkoholgegner spielt dabei eine be- deutende Rolle und diese Propagandisten des Alkoholverbots sind gerade der liberalen Richtung Staaff ergeben, die ein weitgehendes restriktives Programm in der Alkoholfrage hat.

Von Bedeutung sind übrigens auch die Kommunala- wahlen, die in einem großen Teile des Landes in diesem Monat stattfinden, weil diese für die Zusammensetzung der Ersten Kammer entscheiden. Nun wird ja zwar diese Kammer nicht aufgelöst, aber ihre teilweise Er- neuerung findet in bestimmten Zwischenperioden statt und jedes Mandat, das die Demokratie hier den Konservativen abknöpfen kann, ist für die Abstimmungen im Reichstage natürlich von großer Bedeutung. Unsere Partei führt diesen Wahlkampf um die kommunalen Mandate der Landstings, etwa den preussischen Reichstagen gleich, mit großer Energie und es ist zu erwarten, daß auch der Erfolg nicht ausbleiben wird. Um Wahrung für den gesamten Wahlkampf aufzubringen, hat die Partei Sammlungen ein- geleitet und die Parole herausgegeben, einen Tagelohn an den Wahlfonds abzuführen.

Im ganzen Lande herrscht die Kampfesstimmung fort und unsere Genossen gehen mit großen Hoffnungen der Ent- scheidung entgegen.

Italien.

Die Kammer für die libyschen Ausgaben.

Rom, 7. März. Die Kammer hat den Gesetzentwurf über die Ausgaben für Libyen mit 237 gegen 47 Stimmen angenommen.

England.

Wahlrechtsreform.

London, 6. März. (Fig. Ber.)

Die letzte Wahlrechtsreformbill, die die englische Regierung im letzten Jahre einbrachte, endete bekanntlich mit einem Fiasko. Der Speaker erklärte, daß die Annahme eines Amendements, das den Frauen das Wahlrecht geben sollte, die Vorlage zu einer neuen Vorlage stampeln werde und deshalb unstatthaft sei. Die Regierung ließ darauf die ganze Wahlrechtsreform fallen, da es nicht gerecht und ehrlich sein würde, wie Herr Asquith erklärte, wenn die Regierung nunmehr die Vorlage weiter beraten ließe. Nichtsdesto- weniger brachte die Regierung kurz darauf eine Vorlage zur Ab- schaffung der Pluralwähler ein, die unter dem Schutze des Parla- mentgesetzes im nächsten Jahre ihre endgültige Annahme finden wird. Die Liberalen reiteten aus dem Debatte gerade den Punkt, auf den es ihnen bei der ganzen Wahlrechtsreform ankam. Herr Asquith verpflichtete sich auch damals, in diesem Jahre einer nicht- offiziellen Wahlrechtsreformbill genügend Zeit einzuräumen, wenn diese Vorlage so abgefaßt würde, daß sie die verschiedenen Vor- schläge, die zu der Frage des Frauenstimmrechts gemacht worden sind, nicht ausschließe.

Jetzt hat die Arbeiterpartei eine wirklich demokratische Wahlrechtsreformbill eingebracht, die am 20. März in zweiter Lesung beraten werden wird. Die Vorlage will allen erwachsenen Personen beiderlei Geschlechts vom 21. Lebensjahre an das Wahl- recht geben, die an einem der einzuführenden vier jährlichen Re- gistrationsstagen vier Wochen in dem Wahlkreise gewohnt haben. Jeder Wahlkreis soll einen dauernd angelegten Wahlregistralor haben, der auch als Wahlvorsteher ohne besondere Befolgung fun- gieren soll. Jeder Wähler soll nur einmal wählen dürfen und das besondere Wahlrecht für Universtitäten soll abgeschafft werden. Die Wahlen sollen an einem Sonnabend, der als öffentlicher Feier- tag proklamiert werden muß, von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends und in London und den Großstädten bis 10 Uhr abends stattfinden. Wo mehr als zwei Kandidaten aufgestellt werden, soll jeder Wähler eine gewöhnliche und eine alternative Stimme haben. Die gewöhnliche Stimme würde er dem Kandidaten seiner Wahl geben und die alternative dem Kandidaten, für den er in der Stichwahl eintreten würde. Bei der Zählung der Stimmen würden dann, wenn es sich um drei Kandidaten handelte, die gewöhnlichen Stimmen des Kandidaten, der am schlechtesten abgeschnitten, weg- fallen und die für diesen Kandidaten abgegebenen alternativen Stimmen würden die Wahl entscheiden.

Griechenland.

Blockade eines südbanischen Hafens.

Athen, 7. März. Die griechische Regierung hat die Blockade über den Hafen von Santi Quaranta verhängt, und zwar vom 7. März mittags 12 Uhr an, in der Voraussetzung, daß die Großmächte keine Einwendung erheben.

Letzte Nachrichten.

Ein Dementi.

Strasbourg, 7. März. (W. Z. B.) Durch die Blätter geht die von einem Telegraphenbureau verbreitete Meldung von der Ver- urteilung des Leutnants von Fortner und des Sergeanten Köstlich wegen Soldatenmißhandlung durch ein Kriegsgericht in Würt. Anschließend daran berichtet das Bureau: „Die Soldaten, die über den Vorfall gesprochen hatten, hätten fünf, vier und zwei Wochen strengen Arrest erhalten.“ Von zuständiger militärischer Seite wird mitgeteilt, daß eine Bestrafung von Soldaten, die über den Vorfall gesprochen haben sollen, nicht stattgefunden hat. Diese Behauptung beruhe vielmehr auf freier Erfindung.

Ein Mißerfolg der epiratischen Bewegung.

Athen, 7. März. (Meldung der Agence d'Athens.) Der ganze Bezirk von Kolonia ist heute der albanesischen Gendarmerie über- geben worden. Die griechischen Truppen sind nach Beskowitz ab- gezogen. Der Weizopolit Velas, ein Mitglied der autonomen Regierung von Epirus, hatte sich nach Kolonia begeben wollen, um dort die Autonomie zu proklamieren, wurde aber von den griechischen Behörden daran gehindert und festgehalten.

Neue Unruhen auf Haiti.

Washington, 7. März. (W. Z. B.) Auf Haiti haben neue revolutionäre Unruhen stattgefunden. Das Schlachtschiff „South Carolina“ ist von Guaniamano nach Port-au-prince be- ordert worden.

Schreckliche Explosionskatastrophe in Rußland.

Jesaterinosslaw, 8. März. (W. Z. B.) In der Delowog- grube in Jelenowski im Distrikt Slawianoserbsk öffnete ein Arbeiter seine Sicherheitslampe, um sich eine Zigarette an- zuzündeln. Im gleichen Augenblick erfolgte eine Explosion, wodurch 24 Arbeiter getötet wurden. Zwei Arbeiter wurden gerettet, einer wird vermisst.

Modernste Frühjahrs-Blusen

aus neuesten reinwollenen Stoffen, einfarbig od. gemustert

3.95, 4.75, 5.85

A. Jandorf & Co

Spitze markt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

Reklame-Angebot



Hilda 2.90



Rena 2.90



Erika 2.90

3 Saison-Schlager

2.90 Mod. Zackengeflecht **2.90**
in vielen Farben, mit schicker Garnierung

Kleiderstoffe

Crepeline „Reine Wolle“, in den neuesten Farben, ca. 75 cm Meter	1.25	ca. 105 cm Meter	1.65	Blusen-Flanell einfarbig oder gestreift	Meter	1.35
Batist einfarbig, „Reine Wolle“, sehr grosses Farbensortiment, ca. 75 cm Meter	1.15	ca. 105 cm Meter	1.95	Crepe Baumwollgewebe, waschbar, ca. 105 cm	Meter	1.45
Blockkaros schwarz-weiss, ca. 90 cm Meter	1.25	ca. 110 cm Meter	2.10	Serge „Reine Wolle“, moderne Farben, ca. 105 cm	Meter	1.95
Schotten blau-grün, ca. 90 cm Meter	1.25	ca. 110 cm Meter	2.25	Kostümstoffe grau gestreift, ca. 110 cm	Meter	1.95

Damen-Strümpfe

Herren-Socken

Strümpfe schwarz od. lederfarbig, engl. od. deutschlang	35, 48 Pf.	Strümpfe schwarz, engl. lang, Musseline mit Doppelknie, Sohle und Ferse	75 Pf.	Schweiss-Socken graumeliert, Fuss ohne Naht	33, 38, 48 Pf.
Strümpfe schwarz od. lederfarbig, englischlang mit Doppelsohle u. Ferse	55 Pf.	Strümpfe schwarz, engl. lg., Musseline, Seiden-Imitation	75, 95 Pf.	Socken schwarz oder lederfarbig	38, 48 Pf.
Strümpfe englischlang, schwarz mit besticktem Fussblatt oder Zwickel	65 Pf.	Strümpfe englischlang, schwarz o. farbig, Seide mit FiorRand u. Ohle	1.45	Socken schwarz oder farbig, mit besticktem Fussblatt	65 Pf.
Strümpfe schwarz od. lederfarbig, englischlang, gute Mako-Qualität	85 Pf.	Strümpfe englischlang, schwarz o. farbig Reine Seide	1.95	Socken schwarz oder farbig, mit Ringelmuster	38, 48 Pf.

Damen-Konfektion

<p>Mod. Moiré-Jacke mit farbigem Kragen und breitem Falteingürtel.....</p> <p>16.75</p>	<p>Kostüm-Röcke modernste Stoffe und Fassons</p> <p>3.75 5.50 8.75</p>	<p>Schulkleid aus gestreift. Wolstoff, mit Lackh. u. mod. verarbeitet von 50-70 6.95 von 75-100 8.75</p>	<p>Tüll-Bluse schwarz, auf Tüllfutter, mit sehr reicher Stickerei, halsfrei oder hochgeschlossen</p> <p>6.95</p>	<p>Schulkleid aus Viot, ganz auf Futter, mit am breiten Kragen u. 4-5 Manschetten von 50-70 8.50 von 75-100 10.75</p>	<p>Tunika-Röcke moderne grosse Schotten</p> <p>6.90 7.75</p>	<p>Kleid aus reinwollenem Crêpe, neueste Fassung mit Tüllpassé, breitem Seidengürtel und Seidenkravatte in modernst. Farben</p> <p>19.75</p>
<p>Musseline-Bluse Reine Wolle, ganz auf Futter, modernste Stoffe, viele Farben</p> <p>4.85</p>	<p>Reinwollene Crepe-Bluse mit elegantem Mullkragen und Manschetten</p> <p>5.75</p>	<p>Musseline-Bluse Reine Wolle, ganz auf Futter, in diversen Farbenstellungen</p> <p>3.90</p>				

Sportjacken 7.50, 10.50, 16.50 | **Kostüme 19.75, 25.50, 36.50**
moderne Stoffe, neueste Fassons..... | in neuesten Vera. belagungen, moderne Gürtel- und Blusen-Fassons.....

Der vierte internationale Frauentag.

Unser Frauentag läutet die rote Woche ein. Damit wird auch äußerlich aufs neue bekundet, daß die proletarischen Frauen unter den Fahnen der Sozialdemokratie um volles Bürgerrecht ringen.

Wie könnte es auch anders sein! Uns ist das Wahlrecht mehr als eine Waffe zur Vertretung von Fraueninteressen; wir benötigen es dringend und immer dringender als ein unentbehrliches Rüstzeug im Kampfe unserer Klasse um materiellen und geistigen Aufstieg; im Kampfe gegen eine Welt dräuender Feinde.

Fast scheint es, als hätten unsere Feinde, von den links-liberalen Rückwärtlern bis zu den rechtspreussischen Leuten, sich beeilt, just vor der roten Woche und dem Frauentag Schlag auf Schlag gegen uns zu führen, wobei ihnen getreulich das Dreigestirn ihrer Macht: Justiz, Militarismus und Bureaokratismus sekundierte. Wir begrüßen sie als die unfreiwilligen Helfer bei unserer Arbeit, den Massen die Erkenntnis fest und fester einzuhammern, daß Mann und Weib sich einig, nützig und fest geschlossen dem toben den Kampf der Klassen stellen müssen.

Wir begrüßen sie als ein Teil der ewig neuen Kraft, die stets das Böse will, jedoch das Gute schafft. Die Erbitterung, die sie säet, der Jörn, den sie entfacht, sie werden am Frauentag emporlodern als mächtige Flammen der Begeisterung für unseren heiligen Befreiungskampf, bei dem uns das Wahlrecht als schneidende Waffe dienen soll.

Sollen wir sie aufzählen die Geißeliebe, die auf den Rücken der Arbeiterklasse niedersausten und sie aufpeitschten mit verdoppelter, nein, mit verzehnfachter Wucht und zäher Energie an der Sprengung ihrer Ketten zu arbeiten? — Es wäre schwer zu sagen, welcher der Schläge in höherem Maße die Massen und unter ihnen die Frauen aufgerüttelt und in ihnen das Feuer der Kampfeslust entfachte. Klar enthüllte sich der Zusammenhang des öffentlichen Geschehens, als Junker und Industriekönige sich zusammensanden in der Höhe gegen das Koalitionsrecht und im Schrei nach mehr Zöllen, nach mehr „Schutz der nationalen Arbeit“.

Freiheit für die Ausbeutung der Arbeitskraft ist das Ziel der einen und Freiheit für die Schröpfung der Konsumenten der heiß ersehnte Preis für die anderen.

Für die arbeitenden Frauen aber zeigt sich die erschreckende Aussicht auf Vermehrung ihrer Arbeitslasten, ihrer Unfreiheit und ihrer Entbehrungen, die sich für sie und die Ihrigen zum Hunger, zum nackten Elend steigern, sofern die schändlichen Anschläge gelingen. Und die Frauen können sich im Parlament gegen diese Anschläge nicht wehren, weil ihnen das Wahlrecht fehlt!

Die Skrupellosigkeit und die Brutalität des Militarismus, das Elend der Verfassung und das jämmerliche Zusammenknicken der bürgerlichen Opposition in der Zabern-Affäre mit ihrem kriegsgerichtlichen Nachspiel und den vielen „Rebenspielen“ haben grelle Schlaglichter auf die politischen Zusammenhänge geworfen und in mehr denn einer Hinsicht den volksfeindlichen Charakter des liebevoll gehätschelten Militarismus erneut enthüllt. Wer aber noch einer weiteren Belehrung darüber bedurfte, dem wurde sie zu teil durch das harte Urteil gegen die Genossin Luxemburg, das sie traf, weil sie angeblich den „Lebensnerv des Staates“, den Militarismus, angetastet.

Im Ringen gegen diesen Feind, der Gut- und Blutopfer in unübersehbarer Fülle fordert, stehen die Frauen waffenlos, denn: sie haben kein Wahlrecht!

Schutz und Fürsorge für Mütter und Säuglinge sind in Deutschland kurz bemessen. Die Folge? Vieltausend Frauen gehen jährlich bei der Entbindung zugrunde, vieltausend werden infolge der Mutterchaft krank und siech; nahezu 400 000 Säuglinge sterben, tausende verkrüppeln Jahr für Jahr.

Durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse wird Hunderttausenden die Freude am Kinde vergiftet.

Aber wehe ihnen, wenn sie sich dagegen auflehnen, zum Gebärapparat erniedrigt zu werden und absichtlich die Familie klein halten. Flugs sind fromme Christen und gute Patrioten am Werk, um dieses „sträfliche“ Beginnen zu hindern. Die bürgerlichen Herren, die jenen Antrag unterzeichnet haben, der ein Verbot des Verkaufs antikonzeptioneller Mittel fordert, die also den staatlichen Gebärzwang proklamieren möchten, scheinen die Arbeiterfrauen ähnlich einzuschätzen, wie Friedrich der Große seine Untertanen bewertete. Er schrieb 1741 an

Voltaire: „Ich betrachte die Menschen wie eine Herde Hirse im Wildpark eines großen Herrn, die keine andere Aufgabe haben als den Park zu pöblieren.“ — Im Parlament besitzen die Frauen keine Tribüne, von der aus sie diese dreiste Schamlosigkeit ihrer Widersacher gebührend brandmarken und die dringend notwendigen Reformen zum Schutze für ihre Mutterchaft ertrotzen könnten, denn: sie besitzen kein Wahlrecht!

Ist denn der Anspruch der Frauen auf volles Bürgerrecht schlecht oder ungenügend begründet?

Rein wahrlich nicht!

Zehn Millionen Frauen regen in Deutschland Hirn und Hand im gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Es ist also wesentlich, was sie zur Erhaltung der Gesellschaft beitragen. Könnte und würde man es morgen ausmerzen, mühten ungezählte Betriebe stillstehen, schlimme, unübersehbare Schädigungen würden die Folge sein. Die Pflichtleistung der Mutterchaft, die mit großen und schmerzvollen Opfern verknüpft ist, hat auch eine ganz andere Bedeutung erhalten, seitdem für jeden offenbar geworden, daß die Gesellschaft mit jedem neugeborenen Kinde eine zukünftige Arbeitskraft mehr erhält. Und so ungeheuerlich und töricht der Frau nach einem Verbot antikonzeptioneller Mittel ist, zeigt er doch deutlich — freilich ohne es zu wollen — wie hoch man die Pflichtleistung der Mutterchaft einschätzt.

Als Mütter und Arbeiterinnen reklamieren die Frauen ihr geschichtlich begründetes Bürgerrecht, das durch die Wandlung der Dinge zu einer Notwendigkeit in ihrem Interesse und dem ihrer Klasse geworden ist.

Unser diesjähriger Frauentag soll Kunde geben, wie weit diese Erkenntnis das Allgemeinut der Massen geworden ist und wie stark der Wille, mit vereinter Kraft für die Mündigkeitserklärung der Frau zu ringen!

Auf denn, ihr Frauen der Arbeiterklasse! Auf zum Protest gegen unsere Rechtlosigkeit!

Auf zum Kampf für das volle Bürgerrecht der Frau!

Kommt herbei, um ein glühendes Bekenntnis zum Sozialismus abzulegen, zum Sozialismus, der Menschenrecht ist!

Luise Zieg.

Kleines Feuilleton.

Die Blume Rot.

Im März sollt ihr säen! . . . In unfruchtbare Not Sollt ihr den Samen senken Der stolzen Blume Rot. Im März, ja im März Weht Lenzruch in die Welt, Da werden alle Herzen Zum off'nen Feld.

Der Acker ist umbrochen, Durchfurcht vom Stahl der Zeit, Und abertausend Hirne, Sie harren laubbereit. Nur einen Schöpferfunken Dinein wie Blitz und Dampf — Und sie erwachen trunken Zu Licht und Kampf!

Im März sollt ihr säen! . . . Drum schreiet stark und schwer. Es flattern schon die Krähen Haßgierig um euch her. Es krächzen schon die Raben, Ein neidzerfressnes Päch. Sie rollen Futter haben — Aus and'rem Sach!

Im März sollt ihr säen! . . . Bis uns die Ernte loht; Bis alle Felder stehen Im Feuer flammendrot. Ginst werden wir sie mähen: Die Freude und das Brot! Im März sollt ihr säen Die Blume Rot!

V a n.

Erotische Hochspannung. Herr Professor Brunner (Karlsruhe der Neufache) signalisiert eine erotische Hochspannung. Vor allem: das sündige Berlin ist dicht dabei, vor Erotik zu plagen. Jetzt, nachdem (vom Reichsgericht leicht auf die Schulter getuppt) selbst die berühmte Konstitutionskammer sich soweit liberalisiert, die Feuerbach'sche Rhythme (ein nacktes Frauenzimmer, das auf einem Balken lagert) mit einmal für relativ unzulässig zu erklären, jetzt wird dem Brunner Karl der Anglistischweiz aus dem treuen Herzen perlen: O armes, armes Volk, man liefert dich den Lastigkeiten, Objektivitäten und Verdorfenheiten geradezu in den Rücken (seufzert Herr Brunner, der vom Polizeipräsidenten seine Diäten bekommt.)

Im Ernst: Es ist doch ein Säwindel, daß die Jugend durch das Beschauen, selbst durch das lästern eines Feuerbach'schen Bildes, selbst einer ordinären Postkarte, gefährdet wird. Die jetzt erwachsenen Leute haben einst im Pubertätsstadium auch allerlei beängstigt und ergattert: Videlzitate, Konversationslegitons und so. Und es sind daraus ganz brauchbare Menschen geworden, sogar Staatsanwälte und Brunnerische. (Oder taten Sie nie dergleichen, Herr Professor?)

Darum: wozu der Lärm? wozu zwei Duzend Menschen vier Stunden lang bemühen, um schließlich etwas festzustellen, was von vornherein selbstverständlich war? nämlich: daß die erotische Hochspannung nur in der Phantasie der berufsmäßigen Trüffeljäger liegt, daß aber am wenigsten das Volk und seine Kinder es nötig haben, sich vom Moralgebirnen nach der Art des Herrn Brunner gängeln zu lassen.

Seelsorge-Drucksachen. Ein katholischer Pfarer mit einem schier unaussprechlichen Namen hat jüngst ein Buch herausgegeben, betitelt: „Drucksachen im Dienste der Seelsorge“, aus dem man wunderschön lernen kann, wie das Geschäft betrieben wird, dessen Verwalter sich in der Regel über alles sogenannt Geschäftliche erhaben dünken. Sie haben's freilich nicht leicht. Wären die Seelen der Gläubigen Lampen, so man wöchentlich einmal aufzugießen hätte, dann wär's schon einfacher. Wenn eine wirtschaftliche Vereinigung ihre Anhänger durch Flugblätter belehrt, so ist das gut und schön, — denn sie wendet sich an den einzelnen nur in seiner Eigenschaft als Mitglied der Masse. Aber hier wird auf Käsepapier an Seelen appelliert! Und das ist gar lustig. Es lohnt sich, einen Blick in das Broschürchen zu tun.

Nach einem historischen Rückblick legt der Vater ein mit seinem Bannfluch über die Presse. Das heißt, ausgenommen die „gute Presse“. Was das ist, ergibt sich aus den Flugblattformularen. „Gute Presse“ heißt zu deutsch „Zentrumspreffe“. Rude geht's über alle andersgeiminten Blätter her, die „Gott leugnen und das Sündensleben predigen!“ Und mit naiver Offenheit wird gemahnt, daß man bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die katholischen Lehren agitierten solle, nicht nur anläßlich einer Predigt. Daß man's da tut, scheint also selbstverständlich zu sein!

Und nun folgen herrliche Dinge. Für die Volkstimmung wird geworben: dann gib's fettgedruckte „Ergänzungen für Jungfrauen“ (Schweig stille, mein Herz!), und da ist wahr und wahrhaftig eine „religiöse Woche“. Ausverkauf, besonders günstiges Angebot, meint ihr? Nicht; es heißt einmal: „Will nun der Seelsorger außer der mündlichen Agitation auch noch durch Aufsätze einen Mütterverein gründen, so veräume er ja nicht, auf die vielen Gnaden und Ablassse hinzuweisen, welche diese Bruderschaft den einzelnen gewährt.“ Regel, Regel — immer noch geht er um.

Und auf die Höhe der modernen Zeit fühlst du dich verlegt, wenn du die Drucksachen liest, die jener „für das Sakrament der Firmung und der Ehe“ entwirft. Da ist einer — wird angenommen —, der hat sich nur standesgemäß trauen lassen und der bekommt nun Drucksachen, die ihm kühl und geschäftlich aus-einanderlegen, was er hier veräuert hat. Eine der heilseligen Gewissensfragen wird groß und klöbig erledigt. „Da Sie meiner ersten Einladung nicht gefolgt sind, so wiederhole ich dieselbe noch einmal im Namen Gottes.“ Weiter geht's nicht; man fährt unwillkürlich fort: „Und wird derselbe nicht verzeihen, Sie nach Gedächtnis und in Gemäßheit Ev. Luc. 48, 56 abzustrafen.“

Mechanisch, schablonenhaft ist die Geschäftspropaganda, der in dieser Schrift die Altentente gelehrt werden. Papiere, phrasenhaft, trocken laufen die oft gehörten Sätze über's Papier. Man kann kaum glauben, es möchte da irgendetwas geben, der nicht den Witsch in den nächsten Groden wirft. Aber die gib's eben: der Drucksachen-seelsorger wird seine Schäflein lennen.

Theater.

Kammerstücke: Vom Teufel geholt, Schauspiel von Knut Hamsun. In der zerrissenen Melancholie, der dumpfen Willensschwäche der Personen und ebenso in der formlos zerfließenden Breite zeigt dieses Schauspiel des einiedlerischen norwegischen Dichters dem typischen Stil der russischen Dramatik nahverwandte Züge. Zum Quälenden des Sujets gefügt sich eine quälende Langsamkeit des Tempos. Die Stimmung wird durch unnützes Vertweilen und durch Wiederholungen um ihre Wirkung gebracht. So erklärt sich, daß trotz der die psychologischen Nuancen ausgezeichnet herausarbeitenden, von Reinhardt selber inszenierten Aufführung, ein Teil des Publikums am Schluß mit lautem Rufen demonstrierte.

Nur gebrochen, eingeschnürt in eine „Handlung“, die um beim Mangel innerer Bewegung überhaupt vom Fleck zu rücken, allerhand Bewaltsamkeiten braucht, entfaltet sich die Tragik von Hamsun Hauptfigur. Lähmende Angst vor dem Altern, vor dem Verwelken der Reize, durch die sie herrscht, nistet im Herzen Julianes, der einst berühmten Ballettdiva, die eben noch rechtzeitig in die Versorgungsgabe zu einem reichen, schon halb idiotischen Alten stüchtete. Ohne Kinder und ohne irgend einen über die Schranken ihres engen Ich hinausweisenden Seelengehalts, weiß sie sich keine andere Rettung, als sinnloses Verschiedspielen vor dem Unberühmbaren. Da sie die Männer sich entgleiten fühlt, greift sie zum aufspringlicheren

Kletterer, kammert sich an den letzten Liebhaber, der ihr geblieben, mit einer Leidenschaft, die blind vor jeder Demütigung die Augen schließt. Sie schont ihm Geld zu und redet sich ein, er wolle nicht darum. Machtlos, seine Verlobung mit einem jungen Mädchen zu verhindern, bettelt sie, er möge wenigstens in ihrer Nähe bleiben.

Der wunderbaren Darstellung der Rolle durch die Eysoldt stand ebenbürtig die des früheren Kollegen und Meisters Fredrich durch Moissi zur Seite. Ein Geschickter wie sie, in der Erinnerung ehemaliger Triumphe schweigend. Nun spielt er, durch Alkohol zerrüttet, vom schmähligen Verdienst der Frau und Tochter lebend, ein erlos jammerlicher Parasit, in den Cafés und findet grinsend Trost darin, wenn es den Freunden und Beschämten aus seiner flotten Zeit nicht besser geht. In den Szenen, wo Hamun das Paar zusammenbringt, in schneidend schmerzhaften, grotesk phantastischen Kontrasten die Erinnerung des alten Glanzes auferstehen läßt, spürt man den Dichtersam Hamuns; da strömen Bilder aus verborgenen Tiefen, ergreifende Symbole der Verzweiflung. Das lebtrige zeigt viel bedeutungslose Willkür. Ein aus Amerika heimkehrender schon angegrauter Naturbursch, der einen Reger und einige giftige Riesenschlangen im Käfig mitführt, figuriert als Nebel für die Handlung. Die Gasterei, zu der er Julianne und ihren Belag einlädt, darunter die junge Braut jenes Strebers, an den Julianne sich gehängt hat, endet mit fast Sardouischen Sensationen.

Alle Rollen waren mit ersten Kräften besetzt. Neben der Eysoldt und Moissi interessierten Viktor Arnolds schwopphafter Alter, Julianes Gatte und Wensfelds vom Trinken blöder Leutnant schauspielerisch am stärksten. Schildkraut gab dem temperamento voll ungeklärten Weien des erotischen Gewaltmenschen lebendig frischen Ausdruck. Fräulein Terwin als Braut verlorpette sehr glücklich den Reiz der unverdorbenen Jugend anmut.

Notizen.

— Schicksal! Im „März“ erzählt Genosse Ludwig Frank folgendes Eisenbahnerlebnis: „Ein sonniger Herbsttag! Ich bin auf der Reise nach Berlin. Eine verträumte, mollig-einsame Fahrt! Ich lese, schreibe, rauche Zigaretten. . .“

In Erfurt sehe ich, daß ein Bahnbeamter unter vielen Verbeugungen einen hochgewachsenen Mann an meinen Wagen begleitet. — Ich höre einen lauten Wortwechsel, und gleich darauf tritt der Schaffner bei mir ein:

Herr Abordneter, duhn Sie mir einen Gefallen! Der Bruder der Kaiserin ist einsteigen, und wir haben im jungen Zug keine freie Abteilung mehr für ihn. Jeden Sie doch — bitte — in das Auppe nebenan. Da sitzen schon zwei andere Herren vom Reichstag. Ich hatte schon vorher gesehen, daß ein paar Zentrumsleute meine Nachbarn waren.

In einer rohen Aufwallung von beleidigtem demokratischem Stolz lehne ich ab: „Ich fahre gerade so gern allein wie der Herzog!“ Oder so ähnlich!

Gleich darauf ging ich in den Speisewagen. Und als ich nach einer halben Stunde zurückkam, war ich nicht mehr allein. Die Zentrumskollegen waren zu mir umquartiert worden und grüßten mich trauerherzig. Schicksal! Schicksal!

— Theaterchronik! Das Künstlertheater Sojiedät hat schwer zu kämpfen. In der Presse wurde dem Einfluß Gerhart Hauptmanns die Schuld an den sekundären Mißerfolgen zugeschoben. Diese Vorwürfe weist Rudolf Rittner jetzt energisch zurück. Hauptmann sei nicht verantwortlich für die künstlerische Leistung des Theaters, sei es nie gewesen, und was er als Regisseur gezeichnet, habe teilweise zu den guten Kassenerfolgen und in keinem Fall zu den schlechten geführt.

— Gegen die neue Lex Heinze will der Berliner Goethe-Bund am 29. März, 11 1/2 Uhr vormittags, im Blüthner-Saal eine öffentliche Protestversammlung abhalten.

— Daniel in der Löwengrube, eine Offenbachbade, gedichtet von Ernst von Wolzogen, komponiert von Niklas Gaiin Amlele, wurde am Hamburger Stadttheater, wie es heißt, mit freudlichem Erfolg aufgeführt.

— Rächliche Ruhestörung. Ein Schumann erscheint (in der „Jugend“) am Bett eines entliegend aufstehenden Ehepaars mit dem Donnerwort: „Wenn Sie bis zum Dezember keine Jwillinge haben, werden Sie zwangöweise geschieden!“

Gewerkschaftliches.

Die Arbeitslosigkeit im Berliner Baugewerbe.

Obgleich in den letzten Jahren ein starker Abzug von Bauarbeitern aus Groß-Berlin stattgefunden hat, ist doch für die noch hier verbliebenen in Folge der verringerten Bautätigkeit nicht genügend Arbeit vorhanden, so daß im ganzen Jahr 1913 der Prozentfuß der Arbeitslosen nicht unter 15 vom Hundert herunter sank. Diese Verhältnisse sind durch den Winter noch verschärft worden. Obgleich auch jetzt noch viele Bauarbeiter mit Unterstützung der Organisation das Groß-Berliner Arbeitsgebiet verlassen, um in anderen Städten Arbeit und Verdienst zu suchen, ist der Prozentfuß der Arbeitslosen augenblicklich auf 20 vom Hundert gestiegen.

Infolge der großen Arbeitslosigkeit sinkt die Widerstandskraft der Arbeiter, was von den Unternehmern, besonders aber von deren Stellvertretern, den Politikern, zu allen möglichen Schikanen ausgenutzt wird. Hierdurch erklären sich solche Situationen auf den Bauten, wie sie in der Nummer 33 des „Vorwärts“ vom 3. Februar d. J. geschildert wurden, wonach der Maurerpolier eines Hauses in der Markgrafenstraße einem um Arbeit ansprechenden Maurer Schläge anbot. Wenn einmal gesagt wurde, „unseren preußischen Leutnant macht uns keiner nach“, so können die Berliner Bauarbeiter ruhig behaupten: „Unsere Berliner Maurerpoliere macht uns keiner nach!“ Wie der vierbeinige Gehilfe des Schäfers ist der Polier früh der Erste, abends der Letzte auf der Baustelle, keine von ihm aufs vorsichtige ausortierte Herde den ganzen Tag bellend und helfend umfrendend und zur höchsten Leistung antreibend. Brutal und egoistisch gegen die Arbeiter, unterwürdig gegen den Unternehmer, ist er sonst zumeist ziemlich beschränkt. Gern anerkannte Ausnahmen beschäftigen lediglich die Regel.

Mit der Frage der Berliner Maurerpoliere hängen auch die Zustände auf den Berliner städtischen Bauten zusammen, welche die Berliner Bauarbeiter zur schärfsten Kritik herausfordern. Zunächst wird den Firmen, die städtische Bauten ausführen, zubielt Freiheit in der Beschäftigung ihrer „alten“ Leute gelassen. Da viele Poliere am liebsten mit solchen Bauarbeitern arbeiten, die nicht in Groß-Berlin wohnen, so haben diese als „alte“ Leute der Firma auf den Groß-Berliner städtischen Bauten eine Vorzugsstellung. Unter den am Schulhausneubau in der Osener Straße beschäftigten Maurern befinden sich allein 12 solcher „alten“ Leute der Firma Leist, die alle nicht in Groß-Berlin anständig sind. Darunter solche, deren wirtschaftliche Stellung es bestimmt zuläßt, daß sie ruhig die Arbeit in Berlin vorübergehend entbehren könnten, ohne sofort hungern zu müssen wie die Berliner Bauarbeiter.

Aber auch der Begriff der Ortsanständigkeit ist zu weit gefaßt. Ist es doch an einem im Norden Berlins liegenden Schulbau vorgekommen, daß Bauarbeiter entlassen wurden, die hundert Meter weiter auf Panlowe Gebiet wohnen. Auf der anderen Seite werden auf allen städtischen Bauten, wie auch oben gezeigt, Leute beschäftigt, die nicht in Berlin anständig sind, sich aber — nachdem sie vom Polier bestellt wurden — schnell polizeilich angemeldet und auch, Wunder über Wunder, zur Zahlung städtischer Steuern bereiterklärt haben.

Aus diesen Gründen müssen die Berliner Bauarbeiter unbedingt verlangen, daß bei den städtischen Baubehörden in Groß-Berlin sich eine andere Auffassung Bahn bricht. Groß-Berlin ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Es sollten darum Unterschiede zwischen Berliner Bauarbeitern und solchen, die in den Berliner Vororten anständig sind, auf keinem städtischen Bau in Groß-Berlin gemacht werden. Auf der anderen Seite sollte aber der Begriff der Anständigkeit besonders in Berlin schärfer gefaßt werden, indem nur derjenige beschäftigt wird, der mit seiner Familie in Groß-Berlin wohnt und anständig ist. Die Organisation kann solche Verordnungen nicht aus eigener Machtvollkommenheit treffen.

Wenn darum ein sich als nicht organisiert bezeichnender Maurer in der Abendausgabe der „Berliner Volkszeitung“ vom 24. Februar die Schuld an diesen Zuständen der Organisationsleitung beimißt, so spricht hieraus lediglich die Organisationsfeindschaft, die mit Unklarheit und Unwissenheit gepaart ist.

Berlin und Umgegend.

Ein neuer gelber Reinfall.

Bei der am Donnerstag, den 5. März, erfolgten Wahl des Ausschusses der Innungs-Krankenkasse der Wäckerzwannginnung zu Berlin erhielt die Liste des Wäckerverbandes 748 Stimmen, die Liste der Gelben 168 Stimmen, 2 Stimmen waren ungenügend. Der Verband erhält demnach 33 Ausschussmitglieder, die Gelben 7.

Das Wahllokal in den Konfordinale, wo zur Wahl der kleine obere Saal zur Verfügung gestellt war, während im großen Saal die Wäckermeister Versammlung hatten, zeigte, wie wenig Rücksicht die Innung auf die Gesellschaft nimmt. Das Lokal war ein Abscheuungsmittel gegen das Wählen. Stundenlang standen die Menschen eng eingepfercht auf den Treppen, ehe sie in das Wahllokal gelangen konnten. Viele, namentlich Frauen, kehrten deswegen nach langem vergeblichem Warten wieder um.

Die Organisation war eine so schlechte und die Abfertigung eine so zeitraubende, daß es des ganzen Aufgebots größter Geduld bedurfte, um nicht die wildesten Szenen herauszubekommen. Der schlechtesten Organisation und dem skandalösen Wahllokal ist es zu danken, daß viele schon zur Arbeit mußten, ehe sie ihr Wahlrecht ausüben konnten.

Trotz aller durch die Ordner des Verbandes aufgewendeten Energie war es nicht zu verhindern, daß durch die nachdrängenden die vorn an den Türen eingestellten Massen zwei Scheiben eingedrückt wurden. Durch diese Unfälle dauerte die Wahl statt bis 6 Uhr, bis nach 7 Uhr.

Aus dem Fleischergerwerbe. Die Restauration Emil Forster, Hodepeter, Berlin N., Dantziger Straße, Ecke Treppenstraße, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages für organisierte Fleischergehilfen gesperrt. Desgleichen die Fleisch- und Wurstzentrale Bösch, Ecke Reichenberger und Forster Straße.

Die Tarifkommission der organisierten Fleischergehilfen.

Achtung, Töpfer! Der Bau Weißense, Casseler Straße, Eigentümer Stephan Ruffici, Vichtenberg, Varietät, 11, ausführender Töpfermeister Hoffmann in Mariendorf, ist für Verbandsmitglieder wegen Nichtverglasung der Fenster gesperrt.

Der Vorstand der Ziviale Berlin.

Deutsches Reich.

Der Verband der Kupferschmiede im Jahre 1913.

Trotz größerer Arbeitslosigkeit, unter der auch der Verband der Kupferschmiede im Jahre 1913 zu leiden hatte, konnte die Organisation eine größere Anzahl Lohnbewegungen erfolgreich durchführen. Es wurden 45 Lohnbewegungen in 33 Orten mit 194 Betrieben und 3345 Beschäftigten geführt, an denen 975 Mitglieder des Verbandes beteiligt waren. Hierbei ist die Bewegung in den Westorten, an der der Verband in sieben Städten mit 448 Mitgliedern beteiligt war, nicht berücksichtigt, da, wie bekannt, die Verbandsvorsitzende die Arbeitsniederlegung als gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze verstößend, nicht billigten. Diese Bewegung hat dem Verbands an Unterstützungen aus der Haupt- und den Lokalstellen in runder Summe eine Ausgabe von 46 300 M. verursacht. Ein Erfolg ist nicht erzielt worden. Von den übrigen 45 Lohnbewegungen sind 36 in 26 Orten in 158 Betrieben mit 2094 Beschäftigten ohne Arbeitseinstellung mit vollem oder doch teilweise Erfolge durchgeführt worden; nur in 9 Fällen ist in 8 Orten und 36 Betrieben mit 751 Beschäftigten die Bewegung erst durch Arbeitseinstellung entschieden worden. Die Bewegungen endeten in 33 Fällen mit 782 Beteiligten erfolgreich, in acht Fällen mit 124 Beteiligten teilweise erfolgreich; nur 5 Bewegungen mit 60 Beteiligten endeten ohne Erfolg. Es wurde erreicht für 478 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 755 Stunden pro Woche. Die Lohnhöhe betrug für 356 Personen 2414 M. pro Woche. Außerdem wurden in 23 Fällen für 446 Personen sonstige Arbeitsverbesserungen, die höhere Entschädigung für Überzeitarbeit und Montagezuschläge, die in diesem Berufe eine große Rolle spielen, erzielt. In 23 Fällen wurde die Bewegung durch den Abschluß von Tarifverträgen beendet. Insgesamt bestanden am Schluß des Jahres 1913 62 Tarifverträge für 209 Betriebe mit 2094 Beschäftigten, von denen 1224 Mitglieder des Verbandes sind. Da der Verband der Kupferschmiede nur etwa 5300 Mitglieder hat, also zu den kleineren Organisationen zählt, sind die vorgenannten Zahlen immerhin beachtenswert. Der Organisation gehören nach der letzten am Anfang des Jahres 1913 erschienenen Statistik 77,7 Proz. der Berufsangehörigen an; mit Einschluß der in anderen Verbänden Organisierten sind 83,3 Proz. der Berufsangehörigen organisiert.

Die Tarifgemeinschaft der Chemigraphen und Kupferdrucker.

Mit dem diesmaligen Geschäftsbericht des Tarifamtes hat eine zehnjährige Tarifperiode ihr Ende gefunden. Die Anregung zur Vereinbarung eines Lohntarifs und zur Bildung einer Tarifgemeinschaft wurde im Jahre 1903 von der Beihilfenseite gegeben. Damals noch keine Zahl von Gehilfen, etwa 1000 (davon 60,2 Proz. organisiert) in 75 Anstalten, hatte die Wahrnehmung gemacht, daß es mit den gewerblichen Verhältnissen immer mehr bergab gehe, und daß die Gehilfen aus eigener Kraft nicht in der Lage seien, Ordnung in das Gewerbe und in die für sie in erster Linie wichtigen Arbeitsbedingungen zu bringen. Die Prinzipalität erklärte sich bereit, an ihrem Teile helfend einzugreifen, machte die Schaffung eines Lohntarifs aber abhängig von der gleichzeitigen Verpflichtung der Beihilfen auf Durchführung eines Preistarifs. Beide Parteien übernahmen diese gegenseitigen Verpflichtungen, und so kam im September 1903 die Tarifgemeinschaft unter Schaffung eines Lohn- und Preistarifs zustande.

Es wird anerkannt, daß die Bestimmungen des Lohntarifs in seinem zehnjährigen Bestehen von den Tarifparteien im allgemeinen gewissenhaft respektiert worden sind, was von dem Preistarif nicht gesagt werden könne. Im wesentlichen aber habe er ein weiteres Sinken der Herstellungspreise verhindert. Dann wird festgestellt, daß die erste Statistik des Tarifamtes im Jahre 1903 nur über 75 vorhandene Anstalten nebst 1000 tätigen Gehilfen berichten konnte, während die Statistik von 1913 über 178 Anstalten und 2750 Gehilfen Angaben enthielt. Von den Anstalten sind zurzeit organisiert 157 von 178 gleich 88,2 Proz.; von den Gehilfen 2614 von 2750 gleich 95,1 Proz. (1903: 54 von 75 Anstalten gleich 72,0 Proz.; 606 von 1006 Gehilfen gleich 60,2 Proz.). Das Prozentverhältnis der Lehrlinge zu den Gehilfen betrug 1903: 31,6 Proz., 1913: 20,7 Proz. Die Arbeitszeit betrug 1903 bei 44,6 Proz. der Gehilfen 48 Stunden und darunter, 1913 bei 89,7 Proz. 48 Stunden und darunter. 1903 wurden 12,7 Proz. der Gehilfen tarifwidrig entlohnt, 4,9 Proz. zum Minimum, die andern darüber; 1913 wurden 3,8 Proz. unter dem tariflichen Lohn, 1,8 Proz. zum Minimum und die anderen höher entlohnt. Durch die tariflichen Arbeitsnachweise wurden im Jahre 1913 insgesamt 1236 offene Stellen besetzt.

Mit dem 1. Januar d. J. ist ein neuer Tarif in Kraft getreten. Nach demselben gelten als Tarifparteien nicht mehr ausschließlich der Bund der chemigraphischen Anstalten Deutschlands und der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufs, sondern es können alle Prinzipale und Gehilfen, auch wenn sie den vorstehend genannten Organisationen als Mitglieder nicht angehören, Mitglieder der Tarifgemeinschaft sein, sofern sie sich zur Anerkennung und Befolgung der Bestimmungen des Tarifs verpflichten. Die Zahl der Prinzipale und Gehilfen, die zurzeit jenen Organisationen als Mitglieder nicht angehören, ist aber so gering, daß die tatsächlichen Träger der Tarifgemeinschaft doch die in jenen Organisationen vereinigten Prinzipale und Gehilfen sind.

Wie jeder Tarifabschluß, der die einander zumeist direkt entgegenstehenden Wünsche der Tarifparteien möglichst vollkommen berücksichtigen soll, unmöglich in allen Positionen eine volle Befriedigung bei den Tarifparteien finden kann, so haben auch diesmal die Beschlüsse des Tarifausschusses nicht befriedigt. Bei der Beihilfenseite zeigte sich größere Unzufriedenheit insbesondere über die Aufhebung des Organisationsvertrages, über die Festsetzung besonderer Sparten-Minimallohne und über die gegen früher verschärften Vorschriften über die Arbeitsnachweise. Es wird jedoch vom Tarifamt die bestimmte Meinung vertreten, daß die Befürchtungen, die gehilfenseitig in dieser Beziehung gehegt und prinzipalitätsseitig in anderer Richtung zum Ausdruck gekommen sind, sich nicht erfüllen würden.

Mit dem Beginn der neuen Tarifperiode sind gleichzeitig umfassende Veränderungen in der Besetzung der Tariforgane vor sich gegangen. Der bisherige Prinzipalvorsitzende der Tarifgemeinschaft und Gründer derselben auf Prinzipalitätsseite, Geheimrat Kommerzienrat Wärenslein in Berlin, beendet mit dem Ablauf der jetzigen Tarifperiode seine Tätigkeit als Tariffunktionär. Der bisherige Geschäftsführer im Tarifamt, Herr Schliebs, hat ebenfalls seine zehnjährige Mitarbeit eingestellt.

Der umfangreiche Geschäftsbericht bringt zum Schluß das namentliche Verzeichnis sämtlicher tarifreifer Firmen in Deutschland und die Adressen der Tariforgane.

Ist das kein Terrorismus?

Der Stellmachermeister Dpitz in Groß-Bauditz bei Liegnitz gehörte der freien Stellmachereinrichtung in der etwa zwei Stunden entfernten Stadt Striegau an, wurde aber von der Behörde der Innungsinnung in dem vier Stunden entfernten Liegnitz zugewiesen. Mit der Begründung, daß er in Striegau Innungsmittel sei, zwangerte er sich, nach Liegnitz Beiträge zu zahlen. Da kam eines Tages zu ihm ein Vollziehungsbeamter, um 3,60 M. Beitrag zu pfänden. Dpitz widerlegte sich der Pfändung und bedrohte den Beamten, der auch wirklich von der Pfändung abließ. Später hat dann seine Frau die 3,60 M. bezahlt. — Das Schöffengericht verurteilte Dpitz wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu vierzehn Tagen Gefängnis und die Strafkammer Liegnitz erklärte auf eingelegte Berufung diese Strafe für angemessen. Wegen den staatlichen Organisationszwang für Handwerksmeister gibt es kein Behren.

Zur Aussperrung in der Solinger Waffenindustrie.

Eine Organisation gegen die anderen auszuspielen, das war bisher die Taktik der Solinger Fabrikanten bei Lohnkämpfen in der Solinger Schneidewarenindustrie. Leider ist dieses Manöver nicht immer von den Arbeitern erkannt worden — zum Schaden der Arbeiter selbst. Wenn nicht alles trägt, hat die jetzige Aussperrung von 800 Waffenarbeitern und der neuerliche Versuch der Unternehmer, die Arbeiter wieder gegeneinander auszuspielen, auch dem letzten Arbeiter die Augen darüber geöffnet, daß der gewerkschaftliche Bruderkampf nur im Interesse der Unternehmer liegt.

Am Dienstag, den 3. März, wurden alle Arbeiter in der Waffenbranche ohne Rücksicht auf ihre Organisationszugehörigkeit ausgesperrt. Das war zunächst nur ein Wuff. Am Donnerstag, den 5. März, wurde in den meisten Betrieben die bereits ausgesprochene Kündigung bzw. Aussperrung der Unorganisierten und der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes rückgängig gemacht. Die Unternehmer glauben, da mit auswärtigen Streikbrecherkolonnen in der Waffenbranche absolut nichts anzufangen ist, mit Hilfe der Unorganisierten und der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes ihre Betriebe aufrechtzuerhalten und den Industriearbeiterverband kassieren zu können. Diesmal hatten sie jedoch falsch kalkuliert. Unter den 200 Unorganisierten befinden sich 140 bis 150 Spezialarbeiter, die als Streikbrecher absolut nicht in Frage kommen. Es verbleiben also nur noch 50 bis 60 unorganisierte Waffenarbeiter, auf welche die Unternehmer rechnen; ob mit Erfolg, muß zunächst abgewartet werden.

Die Geschäftsleitung des Metallarbeiterverbandes hat den Unternehmern sofort nach Zurücknahme der Kündigung ihrer Mitglieder umgehend mitgeteilt, daß der Metallarbeiterverband sich um die Kündigungszurücknahme nicht kümmert und seine Mitglieder aus den Betrieben herauszieht. Mit dem Ausspielen der Organisationen gegeneinander ist es also diesmal nichts geworden. Die Streikenden und Aussperrten stehen in geschlossener Front den Unternehmern gegenüber.

Der Unternehmerverband hat eine zweite schwarze Liste herausgegeben. Ueber 500 meist selbständige Arbeiter stehen unter Angabe ihrer besonderen Beschäftigungsart auf dieser schwarzen Liste. Es befinden sich darunter auch Namen von Arbeitern, die in der Waffenbranche gar nicht beschäftigt sind. Das Interessanteste ist aber, daß selbst die Arbeiter der „lieben“ Konkurrenz (die kleinen Betriebe haben nicht ausgesperrt) nicht verschont blieben. Mit Zustimmung der Organisationen wurde die ganze schwarze Liste öffentlich bekanntgegeben, um den am Streik und Aussperrung unbeteiligten Arbeitern Gelegenheit zu geben, gegen diese Verurteilung die Gesetze in Anspruch nehmen zu können.

Für den Gang des Kampfes sind auch die schwarzen Listen bedeutungslos, es sei denn, sie fitteten das Solidaritätsgefühl der kämpfenden noch mehr zusammen.

Aus der Partei.

Die Rote Woche und die Gelben.

Unsere Rote Woche macht auch den Gelben Kopfschmerzen. „Der Werkverein“, das Organ der Gelben Eisener Kallfers, bringt in seiner neuesten Nummer folgende Aufforderung in besonderer Aufmachung:

Achtung.

Vom 8. bis 15. März wollen die Genossen eine rote Woche abhalten; sie wollen die Arbeiterwohnungen stürmen, ruhige Leute mit Bedenken belästigen, Flugblätter schwindehaften Inhalts verteilen und ihren üblen Terrorismus zum Mitgliederfang entfalten.

Jeder Genosse soll Agitator sein. Eine Massenbesetzung soll einlegen, von der die Genossen annehmen, daß ihr der einzelne Arbeiter nicht Stand zu halten vermag; darum versprechen sich die Genossen große Erfolge, klingende Münze für die Parteikasse und für die Parteileitung.

Der sozialdemokratischen Annahme und ihrer sozialen Rücksichtslosigkeit kann am besten durch eine Aufklärung über die Ziele der neuen deutschen, wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung entgegengewirkt werden.

Kameraden! Tut Eure Pflicht!

Gemeindevorwahl.

Bei der Gemeindevorwahl in Krietzern bei Breslau, einem Villenort, wurde trotz der ungeheueren Anstrengungen der Gegner Genosse Stronig, Parteisekretär für Breslau-Land, wiedergewählt.

Bildungsarbeit in der Schweiz.

Ein Bildungskursus der schweizerischen sozialdemokratischen Angestellten wird vom 6. März bis Ende April an einem Tage jeder Woche im Züricher Volkshaus abgehalten. Referenten sind die Genossen: Professor Reichsberg-Bern (Entwicklung der volkswirtschaftlichen Ideen); Dr. Farbschein-Zürich (Staat, Verwaltung, Strafrecht des Bundes, Allgemeines Recht des Zivilrechts); Oberbürgermeister Otto Lang (Dienst- und Werkvertrag u. a.). Außerdem sind praktische Übungen vorgesehen. — Eine große Zahl Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre hat sich zur Teilnahme gemeldet.

Ein deutsches sozialdemokratisches Blatt in Brasilien erscheint seit Dezember unter dem Titel: „Vollstrecker“ in südbrasilianischen Staat Sao Paulo. Bekanntlich ist in den Südstaaten mit ihrem gemäßigten Klima das deutsche Element stark verbreitet. Und wo es Deutsche gibt, gibt es auch Sozialdemokraten. Die Zeitung ist das Organ des Allgemeinen Arbeitervereins Sao Paulo, der auch die Verwaltung in Händen hat.

Jugendbewegung.

Weggeworfene Millionen.

Für die Zwecke der bürgerlichen Jugendpflege geben Staat und Gemeinden Millionen aus, nur zu dem einen Zweck, die heranwachsende Generation im hurrapatriotischen Sinne zu erziehen und von jeder geistigen Verührung mit der Arbeiterbewegung fernzuhalten. Daß mit den Reifejahren die von ihnen beeinflusste Jugend doch ihre eigenen Wege gehen wird, darüber kann sich jedoch kein Verständiger täuschen. Und in um so höheren Maße wird das geschehen, je mehr etwa den geistigen und kulturellen Interessen der Jugend entgegen gekommen wird, während gleichzeitig die allgemeinen sozialen Aufgaben vernachlässigt werden. Wenn auch alle bildenden und belehrenden Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendbewegung tendenziös gefärbt und reaktionären Zwecken dienen sollen, ein gewisses Maß von Kultur steht schließlich doch auch in ihnen und die Heranwachsenden werden sie in ihrem späteren Leben nicht vermissen wollen.

Und mit diesem anerkennenden Bedürfnis scheitert die bürgerliche Jugendbewegung bei der Verfolgung ihres Zieles. Wollen die durch sie hindurch gegangenen Arbeiter und Arbeiterinnen auch in ihrem späteren Leben die Segnungen der Kulturgenüsse genießen, so werden

sie bald einsehen, daß sie dann mit dem großen Heer der Klassenbewußten Arbeiterschaft gemeinsam für eine Verbesserung ihrer materiellen Existenz kämpfen müssen. Bei ihrem Mangel an historischer Einsicht haben unsere Gegner dies beachtliche Moment völlig übersehen.

Ein pommerischer Reaktionsär sucht ihnen jetzt darüber die Augen zu öffnen. In der in Stolz erscheinenden konservativen „Hinterpommerschen Zeitung“ veröffentlichte er am 20. Februar einen Artikel über „die Rekrutierung der öffentlichen Jugendpflege“, in dem er sich dagegen wendet, daß die öffentliche Jugendpflege unterschiedslos auf Stadt und Land ausgedehnt werde. Als eine solche allgemeine Veranstaltung habe sie einen Charakter erhalten, der in mancher Hinsicht nicht ganz unbedenklich erscheint. Es lasse sich nicht verkennen, daß die wirtschaftliche Entwicklung mit ihren neuen Produktionsformen, ihrer großstädtischen Konzentration und dem damit verbundenen Wohnungselend die sittliche und körperliche Entwicklung der Halbwaisen nachteilig beeinflusse. Es sei deshalb ursprünglich nur die löbliche Absicht gewesen, Nabelwunden abzuhelfen, als der Staat mit einer öffentlichen männlichen und weiblichen Jugendpflege eingriff, als er die schuldlosen Jugend nicht nur sittlich und körperlich, sondern auch national gefährdet sah.

Aber das Land hätte er davon verschonen sollen, so meint der konservative Kritiker, denn die Jugendpflege habe eine Tendenz erhalten, die von Erziehung weit entfernt ist. Sie läuft hinaus auf Unterhaltung und Amüsement. Zur Jugend gehöre zwar Lebensfreude: „auf dem Wege aber, der ein Volk aufwärts führt, liegt nicht Spiel und Genuß“, sondern Ernst und Kampf, Pflicht und Schuldigkeit, Zucht und Autorität, und jede öffentliche Erziehung, die nicht in diesem Grundgedanken wurzelt und nicht diesen Grundgedanken zum Ausdruck bringt, führt ein Volk ungewisselhaft abwärts. Es kann unmöglich zum guten ausschlagen. . . der Jugend von seiten der Gesellschaft allmählich ein öffentliches Recht auf Unterhaltung, auf Spiel und Vergnügen anzuerkennen. Wenn ein öffentliches Anrecht auf Spiel gegeben ist, der wird bald ein öffentliches Anrecht auf Brot fordern.“

In diesen Sätzen mischt sich Richtiges mit Falschem, aber die letztere Schlussfolgerung ist eine unerschütterliche Wahrheit. Nur zu bald werden die Förderer der bürgerlichen Jugendbewegung einsehen, daß sie sich vergeblich mühen, der Arbeiterbewegung Abbruch zu tun. Ihr Bemühen erweist sich eben als ein Teil jener Kraft, die das Böse will und doch das Gute schafft. Der Klassenstaat wird seine Millionen fortzumerden haben und — wir erheben uns des Genußes ihrer Sünden!

Wie die Jugend für die Nationalen gefördert wird.

Nicht nur Kommunisten, alle Uniformen und Lebensmittel verteilt die bürgerliche Jugendpflege, um die Arbeiterjugend für die Veranaltungen der staatlichen Jugendpflege-Ausschüsse zu gewinnen, sondern sogar — Robelshülften und Schneeschuhe. Der Bericht des Landratsamtes für den Kreis Schleusingen teilt in dem Kapitel Jugendpflege mit, daß in einem Winter an die Gruppen nicht weniger als 380 Paar Schneeschuhe und 205 Robelshülften zur Verteilung gelangt sind.

Selbstverständlich gibt es unzählige Jugendliche, in deren Hause die wirtschaftliche Lage zu unangünstig ist, als daß sie aus eigenen Kräften solche Sportgegenstände anschaffen könnten. Sie lassen sich daher leicht für die staatliche Jugendpflege kaufen. Aber die Herren Landräte und Beamten sollen nur aufpassen, daß ihnen die Arbeiterjugend nicht auf den Schneeschuhen noch rascher wieder davonläuft als in den Kommunistenfeln.

Blüten katholischer Jugendpflege.

In dem bekannten Verlagswerk von Ludwig Kner in Donaueschingen erscheint eine Zeitschrift: „Kotburga“, die das Organ vieler katholischer Jungfrauenvereine ist. In dieser „Kotburga“ äußert sich der geistliche Tiefstand der meisten katholischen Jungfrauenvereine und Kongregationen noch unerbittlich. Es wäre schade, wenn von den zahllosen Textblättern dieser katholischen Jugendzeitschrift nicht wenigstens einige allgemein bekannt würden.

In jeder Nummer findet man zahlreiche Gebetsauforderungen für verdorbene Vereinstätler, und man erfährt daraus, daß sich Jungfrauen von recht ehrwürdigem Alter in diesen Jugendvereinen befinden. In wenigen wahllos herausgegriffenen Nummern lesen wir Nachrichten an Jungfrauen im Alter von 37, 48, 53, 60, 65, 76 und 83 Jahren. Der Tod ist eine ernste Sache, und es liegt uns fern, Spott mit ihm treiben zu wollen. Aber wer kann ernst bleiben, wenn er in einem Nachruf auf eine Jungfrau von 66 Jahren liest: „Eine fromme Jungfrau war sie durch und durch. . . Eine Schlampe in der Küche, im Haushalt war ihr unaufrichtig.“ Und der mit 83 Jahren sanft verschieden „braven Jungfrau“ wird man noch im Gebet vor: „Der zu wenig abgeduldeten Eigensinn hat ihr Leben mit den größten Schmerzen beendet. Trotz öfterer Verwarnung hat sie mit dem Feuer im Ofen derart gehandelt, daß zuletzt ihre Kleider Feuer gefangen.“ Diese Vorwürfe einer Jungfrau von 83 Jahren!

Eine große Rolle spielen in der Zeitschrift die Gebetsempfehlungen, in denen Vereinstätler Gebete für ihre Interessen erbitten. Man findet dabei zum Teil recht weltliche Dinge. So wird aufgefordert zu beten: für einen guten Hausverkauf, für guten Geschäftsgang, für guten Ausgang eines Prozesses, für Verhinderung einer geminteten Ehe, für Erlangung einer ruhigen Wohnung für einen älteren Mann, für Erlangung des Schwagers, für die Sinnesänderung einer zukünftigen Schwiegermutter, für Glück und Segen im Stall, für eine Familie, in der oft geklagt wird, für Auflösung einer furchtbaren Bekanntheit usw.

In den Artikeln finden sich Wendungen, die jeder Kirchenstehende als gesamtlos empfinden muß. So wenn Jesus „die Krone der Jungfrauen“ genannt wird, oder der „Edelstein der gottgewollten Jungfräulichkeit“, oder wenn es an einer anderen Stelle heißt: „Babette war ein eifriges Mitglied der Kirche, ein frommes Kind des Heiligen Franziskus, eine kluge Jungfrau, die ihre mit dem Oel der guten Werke gefüllte Lampe dem Herrn freudstrahlend entgegenbrachte.“ Von einer verstorbenen Jungfrau wird gesagt, sie sei vor ihrem Tode „gesäuert und gereinigt worden in einer nahezu halbjährigen schweren Augenkrankheit.“

Von einer kleinen Erstkommunikantin, deren Alter mit 4 Jahren, 5 Monaten angegeben wird, wird unter dem Titel „Mein Heil — Vom heiligen Gott, das Weilschen des Allerheiligsten Sakramentes“ erzählt:

„Mein unnütziges Wort kam aus ihrem Munde, bevor sie Jesus in ihr Herz aufgenommen und begrüßt hatte. Auch hat sie die Märtyrin, mit ihr nicht zu sprechen, bis die heilige Messe vorüber sei. Kaum hatte sie kommuniziert, als ihr Antlitz sich ganz veränderte. Ein übernatürlicher Ausdruck verlor sie ihre Blicke. . . Die Hebermacht der Liebe und Dankbarkeit erfahle so allgemalig ihre Seele, daß sie für die Dinge dieser Welt keinen Sinn mehr hatte.“

Ein Kind von genau 4 Jahren und 5 Monaten, das für die Dinge dieser Welt keinen Sinn mehr hatte!

In einer so heiligen Gesellschaft ist für weltliche Vergnügungen keine Stätte, und man wird sich daher nicht wundern, wenn es vom Langboden heißt:

„Ja, ich bin auf den Langboden gegangen. Dieser Gedanke wird so mancher die Sterbestunde, die ohnehin schon schwer genug ist, noch mehr erschweren. Drum merk Dir, wo du das Langen gut ist. Es ist nur gut für den Teufel, der sich dadurch in der Sterbestunde in Verzweiflung bringen oder doch recht angrigen will.“

Trotz all dieser Abtötungen scheint es aber doch noch dauernd dort mit der Heiligung nicht zu besten bestellt zu sein, denn ein

Artikel ist schlafenden Kirchenbesuchern gewidmet, und eine Frau klagt darin:

„Die Leute hier, die gehen ja gar nicht in die Kirche, um zu beten, die schlafen ja.“

Wenn so gepredigt wird, wie die „Kotburga“ geschrieben ist, verstehen wir die Tiefe und Ausdauer des Kirchenschlafs.

Berichtigung.

Herr Paul Erlach sendet uns folgende Berichtigung: Der „Vorwärts“ vom 18. Februar (Antisemitische Störungen im Wandervogel) bringt mich in Verbindung mit der burschlosigen Bewegung: Der Wandervogel soll kein „Ablagerungsplatz für alte Siefel, die ehemals auf Klattbeinen gefesselt haben und nach Anoblauch sinken“, werden. — Demgegenüber stelle ich fest, daß in keiner von mir herausgegebenen Druckschrift jemals dieser oder ein ähnlicher Satz gestanden hat. Damit werden natürlich auch die vom „Vorwärts“ an diese Neuerung geknüpften, meine Person herabschenden Ausführungen hinfällig.

Berichtszeitung.

Der Regimentsbefehl des Kronprinzen.

In Nr. 25 des „Vorwärts“ vom 26. Januar brachten wir unter der Ueberschrift: „Der Abschied vom Regiment“ einen kurzen Artikel, der in Anlehnung an den Erlaß, mit dem sich der Kronprinz bei seiner Veretzung nach Berlin von seinem Husarenregiment verabschiedet hatte, einen in satirische Form gefaßten erdichteten Regimentsbefehl brachte. Jeder direkte Hinweis auf den Kronprinzen fehlte in dem Artikel. Trotzdem wurde Genosse Ernst Meyer, der die betreffende Nummer verantwortl. gezeichnet hatte, wegen Verleumdung des Kronprinzen angeklagt. Die vierte Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hofmeister verhandelte gestern gegen Meyer.

Vor Eintritt in die Verhandlung wurde auf Antrag des Staatsanwalts Heintzmann, unter Widerspruch des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann, die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung ausgeschlossen. Doch wurde dem Genossen Ströbel als Redakteur des „Vorwärts“ gestattet, der Verhandlung beizuwohnen.

Als Zeugen wurden Redakteur Weber und Faktor Rosen vernommen, die bekundeten, daß Meyer den Artikel im Drange der Geschichte nur flüchtig gelesen, aber nicht eingehend geprüft haben könne.

Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis.

Das öffentlich verkündete Urteil lautete im wesentlichen: Der unter Anklage stehende Artikel ist eine Parodie auf den Regimentsbefehl, den Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz beim Abschied von seinem Regiment erließ. Die Parodie ist hässlich, sie ist derart hässlich, daß kein Zweifel darüber aufkommen kann, daß der Verfasser die Absicht hatte, Seine Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen in seiner Ehre zu kränken, ihn lächerlich zu machen. Der Verfasser hat in böswilliger Absicht und feindseliger Gesinnung gegen Seine Kaiserliche Hoheit gehandelt. Der Angeklagte behauptet, daß er den Artikel nicht verfaßt hat. Ob das der Fall ist oder nicht, kann dahingestellt bleiben. Nach dem Freigesetz ist der Angeklagte verantwortl. Umstände, die keine Täterschaft ausschließen, sind nicht erwiesen. Der Angeklagte hat sich des Vergehens gegen § 97 schuldig gemacht. Er hat Seine Kaiserliche Hoheit mit Absicht in böswilliger Weise und mit Ueberlegung beleidigt. Für das Strafmaß ist einerseits zu berücksichtigen, daß der Angeklagte noch unbestraft ist. Andererseits kommt in Betracht die weite Verbreitung des Blattes, wodurch die giftigen (!) Früchte desselben in die weitesten Kreise getragen werden. Aus diesen Gründen ist von einer Festungsstrafe abgesehen und der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

Der Arbeiter-Sängerbund als politischer Verein.

Im Gegensatz zum Kammergericht hat das Oberverwaltungsgericht am Donnerstag einen Arbeitergesangverein im wesentlichen deshalb für politisch erklärt, weil er dem Arbeiter-Sängerbund angehöre.

Der Vorsitzende Karl Wipke vom Arbeitergesangverein „Vorwärts“ in Heegermühle, der zum Arbeiter-Sängerbund gehört, war vom Amtsrichter durch polizeiliche Verfügung aufgefordert worden, die Statuten und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Der Amtsrichter stütze sich auf § 3 des Vereinsgesetzes, wonach die Vorsteher politischer Vereine dazu verpflichtet sind. Er erachtete also den Gesangverein als einen politischen.

Wipke beschwerte sich vergeblich beim Landrat in Freimwalde und beim Regierungspräsidenten in Potsdam.

Dann klagte L. beim Oberverwaltungsgericht.

Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt die Klage mit folgender Begründung abgewiesen: Es handele sich hier aber um einen politischen Verein. Diese Annahme gründe sich auf die Tatsache, daß der Gesangverein „Vorwärts“ in Heegermühle Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes (St. Berlin) sei. Dieser Bund, der seit 1908 best. habe in einer Broschüre von 1911 seine Ziele deutlich dargelegt. Aus dieser Schrift gehe hervor, daß der Bund sich die Förderung der sozialdemokratischen Partei zur Aufgabe gemacht habe. Dasselbe ergebe sich aus dem Organ des Bundes, der „Arbeiter-Sänger-Zeitung“, die in einer ganzen Reihe von Artikeln den Beweis erbringe, daß der Arbeiter-Sängerbund und seine Mitglieder die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei pflegen. Auch eine Reihe anderer Tatsachen sprächen dafür. So sei für die Wahllokation im Jahre 1911 beschlossen worden, die Versammlungen des Arbeiter-Sängerbundes einzuschränken, um den Mitgliedern die Teilnahme an der Wahllokation möglich zu machen. Ferner hätten dem Bunde angehörende Gesangvereine bei Festlichkeiten politischer Vereine, zum Beispiel bei Stiftungsfeiern von Wahlvereinen mitgewirkt.

Wenn nun der Arbeiter-Sängerbund politisch sei, so seien es auch die zu ihm gehörenden Gesangvereine.

Im Gegensatz zum Oberverwaltungsgericht hat das Kammergericht mit Recht erklärt, es sei unzulässig, ohne weiteres den politischen Charakter eines Vereins aus seiner Zugehörigkeit zu einem größeren politischen Bunde zu folgern.

Das „liberale“ Vereinsgesetz ist, wie man sieht, recht auslegungsfähig — wenn es sich um Sozialdemokraten handelt. Deshalb ist beispielsweise der „Bund der Landwirte“ nicht seinen politischen Charakter für politisch erklärt, wenn in der Tat die oben wiedergegebenen Gründe zuträfen?

Die ruhende Nympe, vom Staatsanwalt verfolgt!

Anselm Feuerbach hat sie gemalt, die ruhende Nympe. In östlicher Radtheit und Unschuld liegt sie hingestreckt auf grüner Wiese: Der vollkommenste Ausdruck der Ruhe. Nichts hässlich Aufreizendes, nichts exotisch Erregendes hat das Bild. Dennoch

häft es der Staatsanwalt für eine „unzüchtige Darstellung“, lediglich deshalb, weil die Nympe nackt ist. Das Auge des Staatsanwalts vermag eben in dem hervorragenden Kunstwerk nichts anderes zu erblicken als eine unbefleckte Frauensperle, und deshalb mußte der Inhaber der Volksbühnenbuchhandlung, Heinrich Biber, auf die Anklagebank. Er soll dadurch gegen die Sittlichkeit gefehlt haben, daß er eine vom Verlage der Münchener „Jugend“ herausgegebene farbige Reproduktion der ruhenden Nympe in seinem Schaufenster ausstellte.

Das Gericht hat sich bereits im September vorigen Jahres mit dieser Sache beschäftigt. Mehrere Sachverständige, darunter der bekannte Maler Professor Louis Corinth, erklärten damals, die ruhende Nympe sei ein durchaus feines Kunstwerk ohne eine Spur von Sinnlichkeit. Die vorliegende Reproduktion sei eine künstlerische, dem Original entsprechende. Da der Staatsanwalt nach diesen Gutachten keine Anklage wanken sah, so schickte er die Verurteilung durch und lud noch andere Sachverständige, welche die polizeiliche staatsanwaltliche „Kunstschauung“ prüfen sollen.

In der erneuten Verhandlung, die gestern vor der 12. Strafkammer des Landgerichts I stattfand, und einen vollen Sitzungstag in Anspruch nahm, hielten sechs Sachverständige längere Vorträge, die sich nicht nur um das vorliegende Bild drehten, sondern prinzipielle Fragen über die Aufgaben der Kunst, der Darstellung des Nackten in der Kunst und deren Wirkung auf den Betrachter hielten. Dabei zeigte sich, daß selbst die vom Staatsanwalt als Stützen der Anklage geladenen Sachverständigen verifizierten, daß das Recht des Künstlers, den nackten Menschen darzustellen, nicht angegriffen werden solle. Gegen Originalwerke der Kunst, die ja in der Regel nur einem kleinen Kreise zugänglich seien, sei nichts einzuwenden. Aber die Reproduktionen, und nur gar die vorliegende. Wenn die weiten Kreise des Volkes, besonders der heranwachsenden Jugend zugänglich gemacht würden, so sei das eine Gefahr für die öffentliche Sittlichkeit. Diesen Standpunkt vertrat Dr. Karl Stoll von der Zeitschrift „Der Thürmer“, und auch der Polizeienfor Professor Brunner erklärte das vorliegende Bild als geeignet, die Jugend sittlich zu gefährden.

Einen entgegengesetzten Standpunkt vertraten die Sachverständigen Professor Louis Corinth, Dr. Max Deri, Direktor Springer (Vorsitzender der Neuen freien Volksbühne) und Dr. Karl Scheffler. Diese Sachverständigen betonten, daß die künstlerische Darstellung des Nackten, auch in guten Reproduktionen, nicht sittenverderblich wirke, und daß die Verbreitung guter Kunstwerke in weiten Volkskreisen, hohen erzieherischen Wert habe. Was besonders das vorliegende Feuerbachsche Bild betrifft, so war die Ansicht dieser Sachverständigen übereinstimmend mit der des Professors Corinth, welcher sagte: Vom künstlerischen wie vom moralischen Standpunkt ist Feuerbachs ruhende Nympe das Beste, was es gibt. Wenn ich Feuerbach kritisieren wollte, dann würde ich sagen, es ist zu wenig sinnlich, es ist ganz nichtern. Eine Photographie einer Schauspielerin in Plankton Kostüm wirkt viel sinnlicher wie die Darstellung eines nackten Weibes. — Von der vorliegenden Reproduktion, die nach Ansicht eines anderen Sachverständigen, Direktor Krämer von der Photographengesellschaft, sittlich sein und deshalb sinnlich wirken soll, sagte Louis Corinth: Sie ist so gut, daß Feuerbach, wenn er sie sehen könnte, seine Freude daran haben würde.

Der Staatsanwalt stellte sich vollkommen auf den Standpunkt der von ihm herangezogenen Sachverständigen: Die Kunst soll nicht verfolgt werden, aber es darf nicht gestattet sein, solche Reproduktionen wie die vorliegende, den weitesten Volkskreisen zugänglich zu machen. Der Angeklagte solle mit 10 Mark bestraft werden.

Rechtsanwalt Vesser trat den Ansichten des Staatsanwalts entgegen und beantragte Freisprechung.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei und lehnte auch den Antrag des Staatsanwalts auf Einziehung des vorliegenden Exemplars der ruhenden Nympe ab. Das Urteil stützt sich im wesentlichen darauf, daß die hier in Frage kommende Reproduktion nach Ansicht des Professors Corinth eine künstlerische, ja sogar eine ausgezeichnete ist, daß sie nicht sinnlich wirkt und also nicht geeignet ist, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl des normalen Menschen zu verletzen.

Fledderer.

Drei sehr gefährliche Bahnhofsräuber, die besonders auf dem Schlesienschen Bahnhof ihre Tätigkeit zu entfalten pflegten, fanden gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagten, Arbeiter Ludwig Kania, Edmund Woiatowski und Johann Dorfowski haben in der Nacht zum Ostermontag 1913 einen russischen Ingenieur überfallen und ihm Geld und Uhr geraubt. Der Ueberfall war nämlich von Warschau gekommen und sah im Wartesaal 3. Klasse des Schlesienschen Bahnhofes. Gegen 3 Uhr nachts beobachtete der Ingenieur, wie die drei Angeklagten einen schlafenden Soldaten fledderten. Er stand auf und ging vor den Bahnhof, um einen Schutzmann zu holen. Die drei hatten dies gemerkt, gingen ihm nach und schlugen auf ihn ein, wobei sie ihm Uhr und Portemonnaie stahlen. Es gelang, ihrer habhaft zu werden. Das Gericht verurteilte Kania zu 5 Jahren Zuchthaus, Woiatowski zu 6 Jahren Zuchthaus, beide auch zu je 3 Jahren Ehrverlust und 10 Jahren Polizeiaufsicht, den Angeklagten Dorfowski, gegen den nur die Einschuldigung der Körperverletzung vorlag, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

35 000 M. unterschlagen.

Nach dreitägiger Verhandlung vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I verfiel gestern der Prozeß gegen den Bankbeamten Otto Diehle der Verurteilung. Es handelt sich bei dem Prozeß, wie wir mitgeteilt haben, um eine mysteriöse Verschwendung einer Kuitung über 35 000 M., die im Jahre 1910 zum Schaden der Kommerz- und Diskontobank ausgeführt worden ist. Nach Vernehmung zahlreicher Zeugen, von denen ein großer Teil Aussagen machte, die den Verdacht der Täterschaft des Angeklagten zu beseitigen geeignet waren, hielt das Gericht die Sache noch nicht für genügend aufgeklärt und beschloß, die Verhandlung zu vertagen und zu einem nächsten Termin die sämtlichen Zeugen noch einmal und einen Buchführer zu laden.

Ein Mieter von seinem Hauswirt erschossen.

In der gestrigen Verhandlung über die Mordtat des Hausbesizers Fleischer führte der Staatsanwalt nach Schluß der Beweisaufnahme aus, daß der Angeklagte kein Recht gehabt habe, dem Kaja das Wegbringen einer Kaitrage zu verbieten und das Loch in seinen Rechtsansprüchen mit dem Revolver auszufüllen. Die Tatsache, daß der Angeklagte dem Kaja sofort mit dem Revolver entgegen getreten ist, zeige deutlich, daß er bei der Tat eine bestimmte Absicht, wenn auch keine Ueberlegung gehabt habe. Der Staatsanwalt beantragte in erster Reihe die Schulfrage auf Totschlag, eventuell aber die nach Körperverletzung mit Todeserfolg zu bejahen. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Treitel beantragte die Freisprechung, da nach seiner vollen Ueberzeugung der Angeklagte in der Notwehr gehandelt habe.

Die Geschworenen verneinten die Schulfragen. Der Angeklagte wurde dem Wahrspruch entsprechend freigesprochen.

Marktwerte von Berlin am 6. März 1914, nach Ermittlungen des tel. Vollegetrübungs. Reis (mild), gute Sorte 60,00—60,00, Prima 60,00—60,00, Reis (runder), gute Sorte 14,70—15,00, Nichtrot 0,00, Fein 6,00—6,20.

Marktblattpreise. 100 Allog. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—34,00, Bohnen, weiße 35,00—35,00, Linsen 40,00—40,00, Kartoffeln (kleinbl.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,50, Schweinefleisch 1,40—2,00, Kalbfleisch 1,40—2,10, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 3,80—4,00, 1 Kilogramm Karben 1,20—2,40, Kola 1,80—2,20, Jambur 1,40—2,20, Getreide 1,40—2,20, Sardine 1,00—2,20, Schale 1,60—2,20, Meie 0,80—1,00, 60 Stück Äpfel 3,50—4,00.

A. Wertheim

Leipziger Str. Königstr.

Schriftliche Bestellungen an die Versand-Abteilung Berlin W 66 erbeten

Rosenthaler Str. Moritzplatz

Leipziger Str. 1. Stock. — Eintritt 50 Pf.
Letzte Woche
Russische Volkskunst
Ausstellung und Verkauf von Decken, Teppichen, Spitzen, Holzschnitzereien, Töpfereien usw., deren Herstellung von russischen Arbeitern gezeigt wird.
Von 4-7 Uhr Konzert. — Letzte Woche

Ausstellung Damen-Hüte

In
dieser
Woche:

Großer Blusen- Verkauf

Garn-Damen-Hüte

- Moderne Kappe mit gestreiftem Band oder Strohbändern 2,45
- Kleine Trotteurform mit modern. Band od. Ponpons-Garn. 2,90
- Strohbolero mit gestreiftem Band 3,45
- Band-Trotteur aus Liséré-Geflecht 4,50
- Fescher Trotteur aus Tagalor m. rüchlich gestreiftem Band 5,90
- Gesteckt. Touques a. Tagalor m. rüchlich gestreiftem Band 6,90
- Bortenhut in verschied. festen Ausführungen mit Band, Blumen oder Ponpons 7,25
- Matelotform aus Borten genählt, mit buntem gestreiftem Stoff garniert 8,50
- Breton mit Moirébandeaux und Untergarnitur 9,75
- Kleiner Canolier mit jeder Tafel-Garnitur 11,50

Garn-Kinder-Hüte

- Original-Pariser Hüte in reizenden Ausführungen 5,75

Hut-Garnituren

- Kleine Flügel mit Fischreier 1,30
- Hochstehend. Fischreiergesteck 2,25
- Imitierte Paradiesreier in modern. Bindearten 2,25
- Strauß-Ponpons 45 Pf.

Hut-Fassons

- neueste Formen und Geflechte
- Pedal-Geflecht 3,40
 - Lisére-Geflecht 2,75 3,75
 - Tagal-Geflecht 2,90 4,25
 - Strohpicot-Geflecht 1,25
 - Tagalor imitiert Tagal 1,90 2,60

Hut-Blumen

- Hutranke aus Vergißmelnacht und Röschen 1,65 95 Pf.
- Tuff aus kleinen Rosen 18 Pf.
- Kleine moderne Buketts 40 Pf.
- Ein großer moderner Rosen 45 Pf.

Hut-Bänder

- Schottisch gemust. seidene Bänder ca. 13 cm breit 90 Pf. 1,15 ca. 18 cm breit 1,90
- Bajader-Bänder 80 Pf. gerippt ca. 12 cm breit 80 Pf.
- Lumineuse-Band glatt, reisseiden, zirka 15 cm breit 85 Pf.

- Bluse aus weißer oder gemusterten Waschstoffen 95 Pf.
- Bluse aus baumwoll. Krepp, mit geblühtem Stoff, garniert 1,95
- Bluse aus Batist, mit gemustertem Waschstoff garniert 1,95
- Bluse aus Wasch-Voile, mit reich gestickten Motiven 2,95
- Bluse aus Batist, mit Stickereikragen und Einsatz, reich garniert 2,95
- Bluse aus Washkrepp, mit Krawatte, garniert verschiedene Fassons 2,95
- Bluse moderner Washkrepp, mit farbigem Krepp garniert 3,90
- Bluse aus Voile mit Langellen, garniert 3,90
- Bluse a. Washkrepp m. farb. Krepp garn. 4,90
- Bluse Voile, reich mit Stickerei und Einsatz, garniert, verschiedene Fassons 4,90
- Bluse aus Voile mit Stehkragen, reich garniert 5,90
- Bluse aus Washkrepp, verschied. Fass. 5,90
- Bluse aus gepunkt. Voile m. Rüschen, garn. 7,50
- Bluse aus apart geblühtem Washkrepp 9,00
- Bluse aus modernem gesticktem Voile 9,25
- Bluse feiner Washkrepp, modern gezoogene Form 11,00
- Bluse Wasch-Voile, handgestickter Kragen und Perlmutter-Knöpfe 12,75
- Bluse Voile, mit eleganter Handstickerei und Spädel garniert 14,50

- Bluse aus Messaline, mit Tüll garniert 7,50
- Bluse aus Pailleteseide, mit moderner bunter Seide garniert 9,25
- Bluse guter Tafel, Spitzenweste, mit gestreifter Seide garniert 13,50
- Bluse Kaschmirseide, aparte Form 14,50
- Bluse aus Krepp de chine, moderne gezoogene Form 15,50
- Bluse aus Krepp de chine, mit Spitzenweste, Moiré garniert 15,75
- Bluse aus guter Japoneside, mit Krawatte, garniert 7,90
- Bluse aus Japan, mit Hohlraum und imitierten Bernsteinknöpfen garniert 8,50
- Bluse aus Japoneside, farb. moderner Seidenkragen, garniert 10,75
- Bluse aus Japoneside, Perlmutterknöpfe und Hohlraum, garniert 11,75
- Bluse schwere Japoneside, Kragen und Schürze garniert 11,75
- Bluse schwere Japoneside, moderne gezoogene Form 14,50
- Bluse aus gestreifter Seide, mit Glasbatist garniert 7,90
- Bluse aus schottischer Seide, mit Glasbatist garniert 9,75
- Bluse aus gestreifter Seide, einfarbiger Seide und Schürze, garniert 9,75
- Bluse schottisch oder weiß-schwarz, karierte Seide 12,75
- Bluse schottische oder gestreifte Seide, mit modernem Kragen 16,50
- Bluse aus schwerer Schottenseide, eleganter Fason 19,50

Große Posten **Moderne Sport-Blusen** aus verschiedenen Waschstoffen

Garbáty

Cigaretten

für
Qualitätsraucher

Ladeneinrichtung

komplett, fast neu, billig beim Serv. walter, Beßlerstr. 5.

Café Meyer

Dresdener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf.
ca. 50 Zeitungen; Billard 2 B. 60 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Werkstatt

hell, billig Alexandrinenstr. 29 und Beßlerstr. 5.

Möbel auf Kredit

Stube und Küche

- und zwar:
- 2 Bettstellen
 - 1 Kleiderschrank
 - 1 Spiegel
 - 1 Spiegelspind
 - 1 Tisch, 2 Stühle
 - 1 Küchenschrank
 - 1 Küchentisch
 - 1 Küchenstuhl
 - 1 Küchenrahmen
- von **15** Mark
- Anzahlung an Wochenrate 1,50 M. an

2 Stuben und Küche

- und zwar:
- 2 Bettstellen
 - 2 Matratzen
 - 1 Waschtiselle
 - 1 Kleiderspind
 - 1 Wäschespind
 - 1 Truemoau
 - 1 Sofa, 1 Tisch
 - 4 Stühle und
 - 1 farbige Küche
- von **35** Mark
- Anzahlung an Wochenrate 2-3 M. an

Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer

- in jeder gewünschten Art von **40** Mark
- Anzahlung an

Lieferung auch nach außerhalb
Gebr. Lieber, Alexanderstr. 16

vis-à-vis der Holzmarkttstraße, direkt am Bahnhof Jannowitzbrücke.
Bitte genau auf blaue Riesenschilder zu achten! Sonntags von 12-2 geöffnet.

Ausschneiden! Mitbringen! Wert 5 Mark.

K. J. G.
pumpt Jallen!

K. J. G.
Kredithaus Julius Glogau
am
Kottbuser Tor

Kottbuser Strasse 28 Reichenberger Strasse 15

Reinickendorfs Eingemeindungswunsch.

Die Eingemeindung Reinickendorfs nach Berlin ist von dem Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung einstimmig für notwendig erklärt worden und hat auch in Berlin die bereitwillige Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung gefunden. An die Adresse der Regierung, die von vornherein abwinken zu sollen geglaubt hat, richtete sich eine vom Arbeitsausschuß der Propaganda für Reinickendorfs Eingemeindung veranstaltete Kundgebung. Er hatte für Freitag nach den „Hubertusfälen“ eine öffentliche Versammlung einberufen, die aus allen Schichten der Bevölkerung, auch aus der Arbeiterbevölkerung, sehr stark besucht war. Auch die Mitglieder der Gemeindeförperschaften waren fast vollständig erschienen. Der Versammlungsleiter Gade betonte in einer Ansprache die Notwendigkeit, einmütig zu bekunden, daß die Bevölkerung Reinickendorfs hinter jenen Eingemeindungsbeschlüssen des Gemeindevorstands und der Gemeindevertretung steht und entgegen der Mahnung des Niederrheinischen Landrats den Gedanken der Eingemeindung nicht aufgeben will. Diese Einmütigkeit kam denn auch in den Referaten wie in der Diskussion zu überzeugendem Ausdruck.

Gemeindevorstand und Führer der bürgerlichen Fraktion, beleuchtete in seinem Referat die mangelhafte finanzielle Lage Reinickendorfs, aus der es keinen anderen Ausweg als den Anschluß an Berlin gebe. Die Leistungsfähigkeit in der Aufbringung von Steuern sei an der Grenze angegangen und habe diese zum Teil schon überschritten. Aus dem Grund- und Hausbesitz lasse sich, da er bereits überlastet sei, nichts mehr herauspressen. Auch bei der Gewerbesteuer sei eine weitere und erhebliche Steigerung nicht möglich, wenn nicht die Industrie im Ort lahmgelegt werden solle. Wahrscheinlich werde der Einkommensteuergesetzschlag, der jetzt schon 140 Proz. beträgt, noch weiter erhöht werden müssen. Aber hiervon habe man eine Flucht der Bessersituiererten zu befürchten, die dann nur zu einer erneuten Steigerung des Steuergesetzschlags zwingen werde. Reinickendorf sei zu wenig bemittelt, um auf die Dauer den großen neuzeitlichen Aufgaben der Kommunen gewachsen zu sein. Nur durch Eingemeindung nach Berlin könne es sich aus dem Labyrinth finanzieller Wirren herauslösen. Wenn die Regierung Berlin nicht größer werden lassen, sondern mit einem Arzang leistungsfähiger Vorortgemeinden umgeben wolle, so gehöre jedenfalls Reinickendorf nicht zu den „Leistungsfähigen“. Durch Eingemeindung gewinne Reinickendorf eine Ermäßigung aller Steuern, auch werde Berlin dann eine Straßenbahn zwischen Ost und West herstellen und die Seeprovinade schaffen. Gewinnen müsse auch der Kreis, da die Eingemeindung eine Weiterführung der Schnellbahnen über Wedding und Gesundbrunnen hinaus zur Folge haben und die ganze Verkehrsverhältnisse im Norden Berlins günstig beeinflussen werde. Der Rämmerer von Berlin habe kürzlich zum Etat erklärt, daß auch Berlins Finanzlage sich ungünstiger gestalten könne. Daraufhin habe der Landrat den Vertretern der Reinickendorfer Eingemeindungskommission gesagt: „Sie sehen ja, Berlin kann auch nicht mehr weiter!“ Aber man werde sich durch solche Mittel nicht die Sache erleiden lassen. Wollte die Regierung die Eingemeindung hindern, so solle sie zur Bilanzierung des Reinickendorfer Etats die fehlenden Millionen hergeben.

Der zweite Referent war unser Genosse Gemeindevorstand Schönberg. Er betonte, daß in der Gemeindevertretung die beiden Fraktionen — die sozialdemokratische und die bürgerliche — ungeachtet aller sonstigen Gegensätze in der Eingemeindungsfrage übereinstimmen. Durch Eingemeindung der Vororte nach Berlin ein Groß-Berlin zu schaffen, sei ja seit langem eine Forderung der sozialdemokratischen Stadt- und Gemeindevorordneten. In Preußen freilich, wo die Junkerfaste herrsche und die Bureaucratie die Selbstverwaltung der Gemeinden verhöhlt, suche man mit allen Mitteln die Entwicklung leistungsfähiger Gemeinden zu hindern. Nicht aus wirtschaftlichen oder juristischen Gründen, sondern aus Gründen der Parteipolitik werde die Eingemeindung bekämpft. Unter der städtefeindlichen Strömung habe jetzt auch die Gemeinde Reinickendorf zu leiden. Aber die Eingemeindung müsse und werde kommen — alles andere, wie z. B. auch der Plan eines Schuljahresausgleichs, sei Quacksalberei. Daß der Gemeinde Reinickendorf nur die Eingemeindung helfen kann, zeigte Referent, indem er das Mißverhältnis zwischen ihrer geringen Steuerkraft und den ihr gestellten kommunalen Aufgaben an der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials nachwies. Reinickendorf ist vorwiegend von Arbeiterfamilien bewohnt, von beschafften Proletarierfamilien. Gerade hier sind aber die Ausgaben für die Volksschule verhältnismäßig sehr viel höher als in anderen Gemeinden Groß-Berlins, deren wohlhabende Bevölkerung sehr bedeutende Steuerbeträge aufzubringen vermag. Für die Volksschule wurden im Jahre 1913 pro Kopf der Bevölkerung angegeben in Reinickendorf 13,04 M., aber z. B. in Dahlem nur 4 M. Ähnlich sieht es mit anderen Aufwendungen Reinickendorfs, z. B. mit den Krankenhauskosten, die für jeden Kranken einen täglichen Zuschuß von 4,27 M. erfordern. Die hohen Aufwendungen können nur durch hohe Steuern gedeckt werden, und dabei steht Reinickendorf vor einer ganzen Reihe neuer großer Aufgaben. Wieviel da noch zu tun ist, legte Genosse Schönberg im einzelnen dar. Redner kam zu dem Schluß, daß für Reinickendorf die Eingemeindung eine Lebensfrage sei. Hier gebe es kein Wollen mehr, sondern nur noch ein Müssen. Leicht werde der Kampf nicht sein, aber ohne Kampf kein Sieg. Die Lösung müsse lauten: „Vorwärts und durch!“

Beide Referate wurden oft durch zustimmende Zwischenrufe unterbrochen, und beiden folgte stürmischer, langanhaltender Beifall. In der Diskussion wurde kein Widerspruch gegen den Eingemeindungsgedanken laut. Für die im sozialdemokratischen Wahlverein organisierte Arbeiterschaft, die zahlreich vertreten war, gab Genosse Selke eine Zustimmungserklärung ab. Postsekretär Reumann legte mit einer Mahnung, in der Eingemeindungsfrage fest zusammenzufassen, folgende Resolution vor:

„Der Antrag der Gemeindeförperschaften von Berlin-Reinickendorf auf Eingemeindung in Berlin ist mit aufrichtiger Freude zu begrüßen. Wir erblicken in der Eingemeindung das einzige Mittel, um den fortschreitenden wirtschaftlichen Niedergang in unserer Kommune aufzuhalten. Die zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gemeinde benötigten Mittel haben bereits zu einer furchtbaren Ueberanstrengung der Kräfte bei allen Bevölkerungsklassen geführt. Die Aufbringung neuer Mittel ist nicht einmal zur Befriedigung

bringender kultureller Bedürfnisse, geschweige denn zur Schaffung allgemeiner, die Entwicklung fördernder örtlicher Verbesserungen möglich. Bei diesen Zuständen ist es ausgeschlossen, daß unserem Orte neue, die Steuerkraft belebende Elemente zugeführt werden. Eine Aenderung der Lage aus eigener Kraft ist bei gewissenhafter und kritischer Beurteilung der zukünftigen Entwicklung für absehbare Zeit nicht zu erwarten, wenn man sich nicht einem unverantwortlichen Optimismus hingeben will. Bei einer solchen dauernden Leistungsunfähigkeit ist die Aufgabe unserer kommunalen Selbstständigkeit nur als die Befestigung eines ungesunden und unberechtigten Zustandes anzusehen. Durch die Eingemeindung in Berlin wird dieser Zustand in einer allseitig befriedigenden Weise behoben. In allen anderen Mitteln, wie in dem Zusammenfassen von Gemeinden zur Erfüllung einer speziellen kommunalen Aufgabe, können wir nur eine ungenügende Halbtat erblicken. Wir bitten deshalb die königliche Staatsregierung, unter gerechter Würdigung unseres wirtschaftlichen Notstandes das von den Gemeindeförperschaften und der gesamten Bevölkerung einstimmig geäußerte Verlangen nach Eingemeindung in Berlin zu unterstützen.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Parteiangelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Trebersdorf (N.-O.) sieht uns das Lokal von Ww. Cronau zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In Köpenick (S.-O.) hat das für uns freie Lokal Gesellschaftshaus, Grünauer Str. 31, den Besitzer gewechselt. Eine Aenderung ist dadurch nicht eingetreten.

In Rowanow hat das Restaurant „Deutsche Festsäle“ den Besitzer gewechselt. Der neue Inhaber Herr. Wolfram stellt dasselbe ebenfalls zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Achtung, Frauentag! Die Leiter der heutigen Versammlungen werden gebeten, für den Fall besonderer Vorkommnisse sofort nach Schluß der Versammlung Mitteilung darüber durch einen Boten auf die Redaktion des „Vorwärts“ zu senden!

Erster Wahlkreis. Die Genossinnen treffen sich heute pünktlich 1 Uhr bei Weinhart, Grünstr. 21 und gehen von dort aus zur Versammlung.

Lichtenberg. — 10. Abteilung. — Heute, Sonntag, Abteilungsvergnügen im Lokal des Herrn Seemann, Wagnerstr. 64. Beginn nachm. 5 Uhr.

Lichterfelde. Am Montag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei Gemeindevähler-Versammlungen in den Lokalen Chausseestr. 104 (Inhaber Richter) und Berlinerstr. 129 (Inhaber Gröbel) statt, in denen die Reichstagsabgeordneten Peus und Dr. Quard sowie die Kandidaten sprechen werden.

Friedenau. Am Mittwoch, den 11. März, von den Bezirkslokale aus: wichtige Flugblattverbreitung. — Der Ababend findet für die Bezirke 1, 2 und 3 bei Klabe, Handwerkerstr. 60/61, für den 4., 5. und 6. Bezirk im „Chausseurheim“, Born-Edel-Wüstingstr. gemeinsam statt.

Köpenick. Nach der Frauenversammlung im Stadttheater gemeinsamer Spaziergang nach Restaurant Böhmisch, „Wilhelmshof“, Hirschgärtenstr. 1. Dasselbst Kaffeeochen und gemüthliches Beisammensein.

Ober-Schöneiche. Dienstag, den 10. März, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Budow b. Brih. Eine öffentliche Gemeindevählerversammlung findet heute, Sonntag, nachmittags 5 Uhr, im Lokal von Klein, Chausseestr. 12, statt. Referent Stadtverordneter Conrad.

Alt-Glienide. Dienstag, den 10. d. M., abends 8 Uhr, im „Vertassen-Restaurant“ (Inh. Sub. Rodenbusch), Rudowerstr. 61: öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. „Feinde ringsum.“ Referent Reichstagsabgeordneter Friß Zubeil-Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Parteigenossen, sorgt für Massenbesuch.

Bezirk Schöneiche und Umgegend. Heute nachmittags 3 Uhr große öffentliche Versammlung in Hannemanns Gesellschaftshaus, Friedenau. Tagesordnung: 1. Die Entrechtung der bisherigen Einwohner durch die lürgerliche Mehrheit der Gemeindevertretung, der Kampf der bürgerlichen Vereine gegen die Mieter und unsere Antwort auf das neueste wahrheitswidrige und verleumdende Flugblatt des bürgerlichen Wahlkomitees. Referent: G. Wasenik. 2. Diskussion.

Jossen. Die Parteigenossen treffen sich am Dienstag und Mittwoch, abends 7 Uhr, im Lokal von Scherler zur wichtigen Parteiarbeit.

Tegel. Am Dienstag, den 10. März, abends 7 Uhr, von den bekannten Stellen aus: wichtige Flugblattverbreitung.

Petershagen-Trebersdorf. Am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Richter-Trebersdorf: Generalversammlung, Wahl des Vorstandes.

Mosenthal. Dienstag, 10. März, 7 Uhr abends. Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Vorortnachrichten.

„Frau Warrens Gewerbe“.

(Zu den Vorstellungen im Neuen Volkstheater.)

Bernhard Shaw, der englische Dramatiker, Verfasser des vieraktigen Schauspiels „Frau Warrens Gewerbe“, hat sich auch in Deutschland längst den Ruf eines bitteren, teils ins Schwarze treffenden Spotters erworben. Zur Zielscheibe seiner Satire hat er die verlogenen und verzerrten Zustände der bürgerlichen Gesellschaft gewählt. „Frau Warrens Gewerbe“ will die in den Verhältnissen dieser Gesellschaft ruhenden Wurzeln der Prostitution treffen. In Frau Warren, der Hauptfigur des Stückes, stellt er uns den Typ der klugen Geschäftswelt dar, deren Weigen in dem Roderboden der käuflichen Liebe äppig gedeiht. Aber nicht, um sich über den Charakter und das Geschäft der Dame Warren noch über die Prostitution und die Prostituierten moralisch zu enttästen, sondern um uns zu zeigen, daß die Prostitution selbst und damit das Bordellgeschäft nur blühen können, weil ihnen dauernd durch schlechte soziale Verhältnisse, durch Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit die Opfer zugeführt werden. Neben Frau Warren interessiert in dem Stück besonders ihre Tochter, die sich von der Mutter losragt, nachdem sie die Quelle des Reichtums erkannt hat, der ihr eine gute Erziehung möglich gemacht hat und ihr dauernd Wohlleben und Sorgenlosigkeit garantiert soll. Aber auch diese Trennung erfolgt in ruhiger Sachlichkeit, ohne lächerliches moralisches Pathos. Um das in jeder Hinsicht wertvolle Stück der Arbeiterschaft zugänglich zu machen, haben wir einige Vorstellungen im Neuen

Volkstheater, Köpenicker Str. 68, teilweise besetzt. Wir machen die Vorstellungen hiermit noch einmal bekannt:

1. Dienstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr.

Verkaufsstelle für die Karten: S. Gorch, Engel-ufer 15, Zigarrengeschäft.

2. Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr.

Verkaufsstellen: Zigarrengeschäft von Baumann, Rungestraße 30; Bureau des vierten Wahlkreises, Straßauer Platz 10/11 (von 9—1 und 5—7 Uhr); „Vorwärts“-Expedition, Petersburger Platz 4; Restauration Dieselers, Brunnenstr. 145; Zajtewski, Zigarrengeschäft, Feldstr. 9; S. Schröder, Zigarrengeschäft, Vogelberger Str. 53/54.

3. Sonntag, den 15. März, abends 8 Uhr.

Verkaufsstellen: Bureau des 6. Wahlkreises, Gerichtstraße 71 (von 9—1 und 5—7 Uhr). Restauration Paersch, Oldenburger Str. 10.

4. Freitag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr.

Verkaufsstellen: Paul Gorch, Zigarrengeschäft, Engel-ufer 15; Baumann, Zigarrengeschäft, Rungestr. 30; Restauration Dieselers, Brunnenstr. 145; Zajtewski, Zigarrengeschäft, Feldstr. 9. Preis des Platzes 1,10 M. einschließlich der Garderobengebühr und des Theatergetreibe. Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Zur Noten Woche.

Exemplare der heutigen Nummer des „Vorwärts“ sind noch in unseren Expeditionen zu haben.

Aufgehobener „Konkurs“.

Am 5. März ist der unseren Lesern bekannte „Konkurs“ gegen den Berliner Stadtverordneten, Genossen Karl Heyschold vom Gericht aufgehoben worden. Bekanntlich haben die Scharfmacher im Vätermeisterlager diese unsaubere Aktion gegen Genossen Heyschold zu dem ausgesprochenen Zweck eingeleitet, um ihn um sein Mandat als Stadtverordneter zu bringen. Mehr als 20 dieser „anständigen“ Herren haben sich nach einer Keuherung des Innungsanwalts bereit erklärt, die zur Eröffnung des Konkurses vom Gericht geforderte Sicherheit von 420 M. zu erlegen. Der saubere Plan politischer Schädigung ist vorbeigeklungen. Seine Veranlasser sind moralisch gerichtet und unsterblich blamiert. Der Konkursverwalter kennzeichnet den Konkurs als einen solchen, der aus politischen und Motiven beantragt sei. Der Richter sagte dem Innungsanwalt und dem Antragsteller, einem früheren Vätermeister Lude, recht unbequeme Wahrheiten. Alle anständigen Politiker haben an dem Vorgehen jener Innungsscharfmacher schärfste Kritik geübt. Rätselhaft bleibt nur, daß der Innungs-„Anwalt“ klagte, und zwar angeblich im Auftrage des Herrn Lude, der doch den Offenbarungseid geleistet hat. Wer zahlt denn da die Prozesskosten? Gleichviel, diese unanständige Machination hat jetzt ihren unrahmlichen Abschluß gefunden.

Zwar hatte der Innungsanwalt Voetve noch einen letzten kramphastigen Versuch gemacht, die Konkursaufhebung zu hintertreiben. Er hatte im letzten Augenblick eine Klage gegen die Feststellungen des Konkursverwalters eingereicht.

Der Richter, der schon im früheren Termin jeden Versuch der Verschleppung entschieden zurückwies, ging auch auf diese neue Verschleppungsmanöver nicht ein, sondern erklärte den Konkurs kurzerhand für aufgehoben.

Der Konkursverwalter berichtete noch, daß von der hinterlegten Sicherheitssumme von 420 M. aus der Konkursverwaltung noch 117 M. übrig geblieben seien, die von Rechtsanwalt Roth im Auftrage des Väterverbandes, dem Lude noch 188 M. schuldet, gepfändet worden seien. Wer andern eine Grube gräbt...

Der Innungsanwalt und Herr Lude waren diesem kläglichen Zusammenbruch ihrer anrüchigen Aktion aus begrifflichen Gründen ferngeblieben.

Verfehlte Steueraktion!

Die Theatervereine waren kürzlich von der städtischen Steuerverwaltung aufgefordert worden, anzugeben, wieviel Vergnügungen sie im letzten Jahre abgehalten haben und wo diese Veranstaltungen stattgefunden hätten. Die Steuerverwaltung war der Meinung, daß die Veranstaltungen der Theatervereine unter die Luftbarkeitssteuer fielen, weil durch Zulassung von Gästen doch gewisse Öffentlichkeit gegeben sei und deshalb die Theateraufführungen steuerpflichtig wären. Dieses Vorgehen der städtischen Steuerverwaltung war recht naiv. Eine Antwort, wie sie verlangt wurde, zu geben, wäre wirklich unsinnig gewesen. Aber eine andere Antwort erfolgte. Die betroffenen Vereine erhoben lauten Protest gegen die städtischen Steuerprüfer und wiesen das Ansinnen entschieden zurück. Die Vereinsauführungen seien nicht steuerpflichtig, andererseits aber ihre Besteuerung nur geeignet, weite Erwerbskreise schwer zu schädigen. Die Auserlegung einer neuen Steuer bedeute die Konzeffionierung; diese aber wieder die Auflösung der Vereine. Das Endergebnis laufe darauf hinaus, daß wohl schwerer Schaden angerichtet würde, aber der Magistrat ginge doch leer aus. Diese Aktion gegen die Theatervereine wurde auch in der Stadtverordnetenversammlung von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion gezeigelt und als unzulässig bezeichnet.

Inzwischen hat man sich an den zuständigen Stellen im Magistrat die Sache überlegt und ist dort zu der Ansicht gekommen, daß man gut tut, die Finger von der Sache zu lassen. Man will die Angelegenheit auf sich beruhen lassen und sie nicht weiter verfolgen. In diesem Sinne sind auch die Petenten auf ihre Eingabe hin beschieden worden. Eine mißglückte Steueraktion!

Auch eine Arbeiterinnenbewegung.

Um die Arbeiterinnen ihrer natürlichen Organisation — den freien Gewerkschaften — abwendig zu machen, bemühen sich unsere Christlichen mit regem Eifer. Deutsch-evangelische Arbeiterinnenbewegung betiteln sie das von ihnen gezogene Gewächs. Wer die Personen sind und was sie wollen, erhellt aus einem Bericht über die Hauptversammlung der Vereinigung zur Förderung dieser Arbeiterinnenbewegung.

Die Versammlung fand statt in einem Saale des Ministeriums des Innern. Unter den Gästen, die sich eingehenden hatten, befanden sich die Hofstaatsdamen Gräfin Keller und Fr. v. Gerddorff. Die Vereinigung ist vor einigen Jahren vom Kapellenverein, der Ortsgruppe des Deutsch-evangelischen Frauenbundes, und dem Hauptverein für Innere Mission gegründet worden; sie steht unter dem Vorsitz von Fräulein v. Kröcher und dem General von Püel. Man sieht schon aus diesem Personenkreis, was Geistes Kind diese Arbeiterinnenbewegung ist. Arbeiterinnen findet man in der Leitung natürlich nicht. Diese „Organisation“ hat sich die Aufgabe gestellt, Arbeiterinnenheime und Arbeiterinnenvereine zu gründen.

Nächstens soll Roabit mit einem solchen Arbeiterinnenheim begüßet werden. In einem Bericht des frommen „Reichboten“ heißt es über diese beabsichtigte Gründung:

„Wie notwendig diese Arbeit ist, zeigen die Ausführungen des Herrn Pastor Ungnad, der auf die enormen Mittel hinweist, mit denen die Sozialdemokratie für ihre Organisation und Propaganda arbeitet. Ihr steht jetzt schon eine verhältnismäßig starke, geschlossene christlich-nationale Arbeiterschaft gegenüber, dagegen ist die Organisation der christlichen Arbeiterinnen gegenüber den sozialdemokratischen Frauen noch verschwindend klein. Wie wichtig es aber ist, die Frauen und Mütter des Volkes zu gewinnen, das beweisen die Anstrengungen der Sozialdemokratie hierin. Darum muß auch von anderer Seite alles drangefordert werden, die Arbeiterinnen zu gewinnen zu christlicher und nationaler Gesinnung. Herr Geh. Konfistorialrat Dr. Conrad, der die Hauptansprache des Abends übernommen hatte, legte den Anwesenden die ernste Verantwortung ans Herz, die Gottesliebe, die erlebt sein muß, auch zur Tat werden zu lassen. Opfer zu bringen für die Arbeit und mit Tatkraft und Liebeskraft auch unseren Schwestern des vierten Standes Hilfe und Liebe zu bringen.“

Das ist also die Arbeiterinnenbewegung, die hier gefördert wird: Erziehung zum Gottesglauben und zur Demut unter Bevormundung von Hofstaatdamen und Pfarrern. Die Interessen der Arbeiterinnen, ihre schlechte Entlohnung, ihre lange Arbeitszeit, ihre Beschäftigung unter gesundheitschädlichen Bedingungen interessieren diese Leute nicht. Und deshalb werden aufgeklärte Arbeiterinnen von den frommen Protektoren nicht eingefangen werden.

Von der Minderung der Berliner Geburten.

Der Geburtenrückgang, der nach Mitte der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts begann, hat seitdem andauernd und keine der vereinzelten Unterbrechungen hat die Abwärtsbewegung aufzuhalten vermocht. In Berlin hat im Jahre 1913, das jetzt hinter uns liegt, der Rückgang sich in beachtenswertem Tempo fortgesetzt. Während hier in 1912 noch 44 812 Kinder geboren wurden, ergab 1913 nur noch 42 216 im Jahre geborene Kinder (die tot geborenen immer mitgezählt). Zum Vergleich möge dienen, daß z. B. in den Jahren 1875 und 1876, wo Berlin noch nicht eine Million Einwohner hatte (durchschnittlich 948 568 in 1875 und 981 081 in 1876), hier 43 774 und 46 298 Kinder geboren wurden. Unter dem Ertrag von 1875 ist jetzt derjenige des Jahres 1913 geblieben, obwohl es heute in Berlin mehr als 2 Millionen Einwohner gibt (2 082 111 im Durchschnitt von 1913). Daß in 1913 der Geburtenrückgang so sehr beträchtlich war, ist nur zum geringen Teil aus dem Rückgang der Bevölkerungszahl zu erklären, den Berlin im Jahre 1913 gegenüber dem Vorjahre gehabt hat. Die Vergleichung der im Jahre geborenen Kinder mit der durchschnittlichen Bevölkerungszahl desselben Jahres ergibt für 1913 eine Geburtenziffer von nur noch 20,28 pro 1000 der Bevölkerung, gegenüber 21,27 für 1912 und 21,05, 22,32, 23,29, 24,78, 25,56 für die fünf Vorjahre 1911 bis 1907 zurück. Die oben erwähnten Jahre 1875 und 1876 bedeuteten einen Höhepunkt: auf 46,15 und 47,19 pro 1000 der Bevölkerung stellte sich damals die Berliner Geburtenziffer. Dann kam der Niedergang, auf 45,52 (gleiches in 1877, weiter z. B. in 1887 auf 35,24, in 1897 auf 29,48, in 1907 auf 25,56 und so fort. Die absoluten Zahlen der in den letzten Jahren geborenen Kinder sind für 1913 und 1912, wie schon angegeben, 42 216 und 44 812, ferner für 1911 bis 1907 zurück 44 849, 45 958, 47 781, 51 057, 52 918. Gegenüber 1807 wurden in 1913 rund 10 700 Kinder weniger geboren.

Die Urania auf Abwegen.

Als die Urania vor fast einem Jahre die Feier ihres 50-jährigen Bestehens feierte, wurde von dem neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Salomonson, dem Mitinhaber der Diskontogesellschaft, allerlei Auffälliges von der Neugeburt der Urania erzählt. Das damals angeführte ist nunmehr Ereignis geworden. Die Botenanzeigen dafür waren die Reklamemotiven, die von einem Umbau der Uraniaabühne zu einem elektrischen Theater für den Sommer 1913, unter dem vielversprechenden Titel: „Hochspannung“, ging inzwischen die Neugeburt vor sich. Herr Arthur Fürst, der dritte Direktor der Urania, trug ein Reklameton vor. Was geboten wurde, waren lauter alte Kamellen. Bis auf ein Experiment, das sich auf eine Hochspannungsbühne bezog und gefällig als „Stingende Elektrizität“ eingeführt wurde, kam keine einzige Tatsache vor, die nicht schon vor 18 bis 20 Jahren in der Urania vorgetragen wurde. Zwar standen damals noch keine 100 000 Volt zur Verfügung, aber auch schon 20 bis 50 000 Volt, die nur bescheidene Aufwendungen erforderten, genügt, weil der Sprung von jener Spannung auf die 100 000 Volt zwar technisch von der größten Bedeutung ist, für die Demonstration aber gar nichts bedeutet.

Es ist daher unerfindlich, warum die Urania die Aufwendungen macht, wenn sie doch überflüssig sind! U. B. hat diese Anstalt doch gerade kein überflüssiges Geld. Es konnte daher nur der Wunsch maßgebend sein, alles Frühere zu übersteigen. Das war in dem instrumentellen Aufwand tatsächlich der Fall, machte er doch sogar die Absteifung des Hinterhauses erforderlich! Für den Vortrag ist aber wesentliches als alles andere das gesprochenes Wort. Und da muß es höchst befremdlich erscheinen, daß man einen Reklameton wählt, der weder über Vortragsbegabung verfügt, noch wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen hat. Umso befremdlicher ist das, als die Urania gerade für die Physik noch jetzt über einen Vortragsmeister verfügt, wie sie in der Tat nur selten sind, der zugleich auch ein tüchtiger Vertreter seiner Wissenschaft ist. Bei diesem Vortrage aber kam das Wort und damit der Inhalt in keiner Weise zur Geltung. Man stelle sich abgelesene Effekten und geschriebene Umschreibungen vor! Nach mehr Widerspruch aber muß es erwidert, wenn bekannte Tatsachen, wie die Verwechslung von Wägen einem Vortragenden unbekannt sind, der als Direktor der Urania auftritt!

Warum das hier so ausführlich erwähnt wird? Wer aufmerksam ist, hört ganz genau, woher der Wind bläst. Gleich zu Beginn des Vortrages erzählt Herr Fürst von den glänzenden Perspektiven, die sich dem Elektrizitätsverbraucher von Groß-Berlin eröffnen, wenn im kommenden Jahre die Stadt Berlin von ihren Verstaatlichungsrechten der Berliner Elektrizitätswerke keinen Gebrauch macht. Dann würde das Fernkraftwerk Bitterfeld kommen, das nun den Strom sehr billig erzeugen könnte ufm. Daß das alles die Stadt Berlin auch könnte, bleibt unerwähnt. Das könnte der AEG., die bekanntlich mit den BSW. eng verknüpft ist, so passen!

Die Urania hat das Unglück gehabt, in die Örtlichkeit großer Kapitalgesellschaften zu geraten und wird nun damit beauftragt, als Reklamemotiv der AEG. Funktionen zu dürfen. Der Hörer bekommt die bittere Wille des Reklamemotives zu schmecken, der mit „Hochspannung“ beginnt und bei der elektrischen Heizplatte mit der Vorführung elektrischer Heizplatten, Kochtöpfe, Zigarrenanzünder — selbstverständlich nur von der AEG! — endet wird. Damit hat die Urania einen Weg betreten, der zu keinem guten Ende führen dürfte. Möge unser Warnruf unser populäres Institut rechtzeitig zur Umkehr bewegen.

Gegen den Schulkostenausgleich.

Mit der Frage des Schulkostenausgleichs beschäftigte sich gestern eine vom Magistrat eingesetzte Kommission. Wie bereits der Oberbürgermeister in seiner Sitzrede angeführt hat, beabsichtigt der

Magistrat gegen das unberechtigte Verlangen des Kreises Niederbarnim und einiger öffentlicher und städtischen Vororte Stellung zu nehmen. Es handelt sich hier um ein Gebiet, bei dem nicht nur Berlin, sondern auch in gleicher Art viele, namentlich die westlichen Vororte, interessiert sind. Ein gemeinsames Vorgehen Berlins mit diesen Vororten ist in Erwägung.

Unverschämte Schnorrer.

Unter dem Namen „Luftfahrerdant“ existiert in Berlin eine Gründung, die sich der Flieger und Luftschiffer annehmen will. Dieser „Luftfahrerdant“ gibt sogenannte Wohlfahrtsmarken heraus, um eine Sammlung für verunglückte Flieger und Luftschiffer sowie deren Witwen und Hinterbliebenen zu veranstalten. Der Vertrieb dieser Wohlfahrtsmarken erfolgt in der Weise, daß an zahlreiche Personen Anschriften versandt werden, dem zugleich ein Bogen mit Wohlfahrtsmarken zum Preise von 1,25 M. und eine Zahlkarte beigelegt ist. Die Verierer dieser Wohlfahrtsmarken schicken ihre Prospekte in die Welt hinaus und warten dann auf das Geld, dessen Reinertrag dem angegebenen Zwecke zugeführt werden soll. Uns gehen zahlreiche Prospektbriefe zu, in denen betont wird, daß diese Schnorrerei als eine große Verlässigung empfunden wird. Das ist sie auch, wenn auch das Zirkular die Unterschriften des Reichserrn v. d. Goltz und Rasch enthält. Man rechnet offenbar damit, daß die Empfänger der Zuschriften die Wohlfahrtsmarken nicht zurücksenden, dafür aber den verlangten Betrag auf der beigelegten Zahlkarte absenden werden. Damit dürfen sich die Arrangierer stark verrechnen.

Für die verunglückten Flieger sowie deren Familien zu sorgen, ist eine Aufgabe, die auf andere Weise als durch eine solche Schnorrerei gelöst werden muß. Bemerkten wollen wir noch, daß niemand die Pflicht hat, die nicht bestellten Wohlfahrtsmarken zu bezahlen noch zurückzusenden. Mögen die Herren Veranstalter sich die Marken abholen.

Ein unternehmender Versammlungsveranstalter.

Zu der am Dienstag in Kellers Festsälen (Koppenstraße) abgehaltenen Volksversammlung, die gegen den Plan eines staatlichen Gebirgswanges protestierte, hatten sich so viele Personen eingefunden, daß Hunderte nicht mehr Einlaß erhalten konnten. Während diese draußen auf der Straße noch vor dem Versammlungsort standen und warteten, wurde unter den Augen der den Eingang bewachenden Polizei die Sittertür von innen geöffnet, und es trat ein Mann auf die Straße hinaus, der mit lauter Stimme die Menge aufforderte, ihm nach den Andreas-Festsälen (Andreasstraße) zu folgen, wo sofort eine Nebenversammlung abgehalten werden sollte. Viele folgten der Aufforderung und begaben sich nach dem bezeichneten Lokal, dessen Inhaber gleichfalls bereits durch einen Mann in Kenntnis gesetzt worden war, daß man hier eine Versammlung abhalten wolle. Nach etwa einer halben Stunde erschien der Mann wieder in dem Lokal und erzählte den Versammelten, daß er inzwischen im Auto nach dem Polizeipräsidium gefahren sei, um dort die Erlaubnis zur Abhaltung der Versammlung zu erwirken. Er übernahm dann die Leitung, ohne daß jemand Einspruch dagegen erhob, auch machte er zugleich den Referenten, weil kein anderer da war. Als in der anschließenden Diskussion die Frage aufgeworfen wurde, wer der Veranstalter dieser Versammlung sei, ergab sich, daß der Mann gar nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist. Er sagte das selber und fügte hinzu, er sei „Landauerischer Sozialist“. Sein Einlaß, zu der in der Koppenstraße abgehaltenen Versammlung auf eigene Faust hier diese „Nebenversammlung“ abzuhalten, rief jetzt große Erregung hervor. Der „Landauerische Sozialist“ beanspruchte übrigens auch den Ertrag der Keller-Versammlung, um daraus, wie er sagte, die Kosten der erwähnten Autofahrt zu decken. Die ganze Angelegenheit scheint uns noch sehr der Aufklärung zu bedürfen.

Feuer im Spreepalast.

In der vierten Morgenstunde wurde gestern (Sonntag) die Feuerwehre nach der Industriehalle „Spreepalast“ in der Rungestraße 26—27 gerufen, wo im dritten Stock des Vorderhauses ein höheres Feuer ausgebrochen war. Es brannte in der Fabrik für Reflexeffekten von L. Prager, und die Flammen hatten Regale, Werkbänke, Koffer, Materialien, Türen und Fenster usw. ergriffen. Gleichzeitig war eine starke Verqualmung des ganzen dritten Stockwerks eingetreten, so daß der Lösungsangriff sich anfangs recht schwierig gestaltete. Es wurde auf der Straße eine mechanische Leiter errichtet, und sowohl von dieser aus, wie auch über zwei Treppenhäuser drangen die Löschmannschaften gegen den Brandherd vor. Die Rauchentwicklung nahm aber von Minute zu Minute immer mehr zu, so daß der leitende Brandmeister sich entschließen mußte, einen Sappeur mit einem Sauerstoffapparat auszusenden und in die brennenden Räume vorzudringen. Erst jetzt gelang es, das Feuer wirksam zu bekämpfen. Nach einstündigem Wassergeben aus drei Rohren konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Die vollständige Abkühlung mit den Kurraumungsarbeiten zog sich bis gegen 6 Uhr hin. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt, eine Betriebsstörung tritt bei der Firma L. Prager nicht ein.

Vorher hatte die Wehr in der Potsdamer Straße 127/128 zu tun, wo im Münchener Hofstr. ein Brand entstanden war. Das Feuer zerstörte Türen und Teile der Wandabteilung. — Ein böswilliger Alarm erfolgte dann noch nach der Subener Straße 9. Der Täter ist entkommen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet in dieser Woche in den nachbenannten Schulaulen hygienische Vorträge, die die Reihe der für dieses Jahr eingerichteten Vorträge beschließen. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist unentgeltlich.

In Köpenick, Dorotheenschule, Freiheit, spricht am Dienstag, den 10. März, Herr Dr. E. Söferstein über „Frauenkrankheiten und deren Verhütung“. (Nur für Frauen!)

In Mariendorf, Gymnasium, Kaiserstr. 17/21, spricht am Donnerstag, den 12. März, Herr Dr. W. Halle über „Erkrankungen der oberen Luftwege“.

In Zehlendorf, Gemeindeschule, Treslowstr. 26/27, spricht am Dienstag, den 10. März, Herr Dr. J. Moses über „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“. (Nur für Frauen!)

In Tempelhof, Gemeindeschule, Friedrich-Wilhelm-Str. 11/13, spricht am Dienstag, den 10. März, Herr Dr. Fett über „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“. (Nur für Frauen!)

Ferner wird bekanntgegeben, daß der für Montag, den 9. März, vorgesehene Vortrag des Herrn Prof. Dr. Plummerich umständlicher nicht stattfinden kann.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Am Freitag, den 27. Februar, hielt die Kolonne Groß-Berlin im Übungslokal ihrer 6. Abteilung ihre diesjährige Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht gab der Genosse Krause. Nach demselben haben im Geschäftsjahr 1912 276 Samariter 880 Dienste geleistet, bei denen 1188 Unfälle gemeldet wurden. Dazu kommen 118 Unfälle außerordentlich, so daß 1904 Hilfeleistungen zu verzeichnen sind. In ärztliche Behandlung überwiegen wurden 41 Verletzte, dem Krankenhause zugeführt drei, tödlich verlaufende Unfälle sind nicht gemeldet. In sieben Abteilungen wurden 80 ausgebildete Kurzusatzmitglieder ärztlich geprüft, von denen 61 die Prüfung bestanden. Im Berichtsjahre sind 20 Genossen und zwei Genossinnen

aus der Kolonne ausgeschieden. Der Kassenbericht schließt mit einer Einnahme von 5832,65 M. und einer Ausgabe von 5140,00 M., so daß ein Bestand von 192,65 M. verbleibt. Die Neuwahlen zum Vorstand ergaben: 1. Vorsitzender Filzeder; Kassierer Vogt; Schriftführer Seebach. Als Delegierte zum Bundeskongress nach Erfurt wurden Filzeder und Hubert, als Ersatzmann Dietrich gewählt. Der Monatsbeitrag beträgt 30 Pf., der Jahresbeitrag für Kurzusatzteilnehmer wird auf 2,50 M. erhöht, jedoch werden den Teilnehmern außer der Zeitung dann je eine 4-, 6- und 8-Zentimeter-Binde als Lehrmaterial überwiesen.

Alle Zuschriften der Vereine und Gewerkschaften und sonstige Mitteilungen sind an den Vorsitzenden, Genossen R. Filzeder, Berlin N.O. 35, Immanuelkirchstr. 20, zu richten.

Der Zentral-Verein für Arbeitsnachweis ist in der Lage, Hausfrauen, die zum 1. April junge Anfängerinnen als Mädchen für alles, Kinderfrauen oder 2. Hausmädchen einstellen wollen, solche zu vermitteln. Es können aber nur rechtzeitige Meldungen berücksichtigt werden. Es liegen augenblicklich noch ca. 100 Anmeldebögen von jungen Mädchen vor, die von der Schule besonders empfohlen sind. Bestellungen werden entgegengenommen schriftlich oder mündlich: Eichhornstr. 1 von 8 bis 12 und 4 bis 7 Uhr, Gormannstr. 12 von 5 bis 7, und Alt-Roabit 88 von 4 bis 7 Uhr. Nach genauer Kenntnisnahme aller Bedingungen werden die jungen Mädchen zur Vorstellung ins Haus geschickt.

Seinen 70. Geburtstag beging gestern der in der schwersten Zeit für unsere Sache tätig gewesene Genosse August Voigt, Dräger Str. 9. Trotz eines Augenleidens nimmt der Parteigenosse noch heute reges Interesse am Parteileben.

Kleine Nachrichten. Beim Betteln tödlich verunglückt ist gestern abend in dem Hause Immanuelkirchstraße 30 der 50 Jahre alte Altkassenempfänger Emil Glaser, der aus Königsberg i. Pr. stammt und sich hier wohnungslos aufhielt. Er stürzte auf der Treppe des genannten Hauses aus und zog sich eine schwere Kopfverletzung zu, die seinen Tod herbeiführte. — Von einem Automobils überfahren und tödlich verletzt wurde gestern abend gegen 11 Uhr in der Alten Schönhauser Straße der 46 Jahre alte Arbeiter Gustav Frege aus der Graunstr. 4. Beim Uebersteigen des Fahrdammes kam er vor einem Kraftomnibus zu Fall und unter das Rad des schweren Wagens zu liegen. Er erlitt neben anderen Verletzungen einen Schädelbruch und verstarb auf der Stelle.

Die Gemeindevahlbewegung.

Am heutigen Sonntag sowie in den nächsten Tagen haben noch eine Anzahl Vororte Gemeindevahlen vorzunehmen. Die werktätige Bevölkerung wird daher ersucht, mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß die von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten als Sieger aus der Wahl hervorgehen. Wie aus dem Verlauf der bisherigen Gemeindevahlen hervorging, schrecken die bürgerlichen Parteien vor keinem Mittel der Lüge und der Verleumdung zurück, um das weitere Vordringen der Sozialdemokratie in den kommunalen Körperschaften zu verhindern. Die Sozialdemokratie bedient sich solcher Agitationsmittel nicht. Ihre Stärke besteht in dem berechtigten Hinweis auf die bisher von den sozialdemokratischen Vertretern in den Kommunen geleistete Kulturarbeit für das Wohl der Allgemeinheit.

Wer eine Verstärkung der Machtposition unserer Partei in den Kommunalvertretungen will, muß ein Helfer der sozialdemokratischen Wahlarbeit und ein Agitator für die Wahl unserer Kandidaten sein.

Pankow. Die Gemeindevereinerwahl, welche heute von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends und morgen Sonntag, ebenfalls von 12 Uhr mittags, aber bis 7 Uhr abends für die dritte Wählerabteilung stattfindet, bringt der proletarischen Wählerschaft die lange erwartete Gelegenheit zur Abrechnung mit ihren Vergewaltigern vor zwei Jahren. Wie erinnerlich, brachten damals die bürgerlichen Wahlmänner durch die schlauesten Machinationen zwei unfrei mit über 400 Stimmen Mehrheit gewählten Vertreter um ihre Mandate. Auch diesmal hofft der bürgerliche Wahlausschuß, der sich aus denselben Herrschaften wie vor zwei Jahren zusammensetzt, der Partei abermals Abbruch zu tun. Doch am Freitag hat er einen Aufbruch an seine Ketten erlassen, in dem der Sachverhalt von vor zwei Jahren auf den Kopf gestellt und „allen Säuglingen und Gleichgültigen“ die Ausübung des Wahlrechts zur Pflicht gemacht wird. Was das für die zahlreichen Beamten und abhängigen Wähler Pankows bedeutet, hat sich vor zwei Jahren deutlich gezeigt. Auch sonst erschallt in den letzten Tagen an allen Ecken und Enden Pankows der Ruf: „Wegen der Sozialdemokratie!“ Die Neueinteilung der Wahlbezirke hat die bürgerlichen Hoffnungen nicht ohne Grund wesentlich erhöht. Außerdem ist der Gemeindevorstand den bürgerlichen Wünschen, die Wahl an mehreren Tagen zu vollziehen, obwohl diesmal hierzu keinerlei Veranlassung bestand, bereitwillig entgegengekommen. Nur mit seinem Inkursus gegen die Sonntagswahl hat die Seele der bürgerlichen Wahlmänner, Herr Herbert Schmidt, erfreulicherweise keinen Erfolg gehabt. Obwohl nach alledem unsere Genossen diesmal keinen leichten Stand haben werden, gehen sie doch frohen Mutes in den Kampf. In der proletarischen Wählerschaft ist es nun, schon vom heutigen Mittag an mit einer solchen Macht gegen die feindlichen Schlangen anzukämpfen, daß der Abend für die Arbeiterchaft Pankows ein Resultat aufweist, das einen würdigen Aufsatze zur toten Woche darstellt.

Ober-Schöneweide. Den Auftakt zur toten Woche geben die heute stattfindenden Gemeindevereinerwahlen in der dritten Abteilung. Der Vorstand des hiesigen Zentrumsvereins sucht bei dieser Gelegenheit einige von der Zentralkommission des Volksvereins für das katholische Deutschland, W.-Gladbach, herübergebrachte Pamphlete gegen die Sozialdemokratie an den Mann zu bringen. Doch damit dürfen die katholischen Einwohner nicht so leicht vor ihren Wagen zu spannen sein. Die segensreiche Tätigkeit unserer Genossen in der Gemeindevereinerwahl ist auch denen bekannt, die bisher noch nicht in den Reihen des kämpfenden Proletariats gestanden haben. Und letztere aber ihre wirtschaftliche und politische Lage mit Mitteln der Demagogie hinwegzutauschen, dürfte den „Brüdern in Christo“ nicht so leicht gelingen. Es kann am heutigen Tage daher für jeden denkenden Wähler nur eine Lösung geben: nämlich unseren Kandidaten im 1. Bezirk Rudolf Schwarzburger, im 2. Bezirk Friedrich Bernede und Max Witzelmann zum Siege zu verhelfen.

Nieder-Schöneweide. Eine im „Wirtshaus Vorort“ stattgefundene gut besuchte Versammlung beschäftigte sich mit der bevorstehenden Gemeindevahl. Der Referent Genosse Ocht erläuterte an Hand unseres kommunalen Programms die Forderungen der Sozialdemokratie an die Gemeinden. Hierauf gab Genosse Wenglich einen Bericht über seine zweijährige Tätigkeit als Gemeindevereiner. Er konnte nachweisen, daß immerhin unsere Vertreter schon befruchtend auf das Gemeindeparlament gewirkt haben. Erfolge hätten sie auf dem Gebiete der Umänderung des Feuerlöschwesens, der Spielplatzfrage, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter und anderen Gebiete. Bei der Frage des Schulneubaus hatte der Grundbesitzerverein den Antrag gestellt, denselben auf drei bis vier Jahre zu vertagen. Unseren Genossen sei

Alle in der Leipziger Straße

ausgegebenen Gutscheine,
Leihbiblioth.-Abonnements
Markier- und Prozent-
karten usw. werden nach
der demnächst erfolgenden

Schließung unseres Hauses
am Dönhoffplatz

im Passage-Kaufhaus
Friedrichstraße 110-112, erledigt

W. Wertheim

G.
M.
b.
H.

Friedrichstraße 110-112
Passage-Kaufhaus

Leipziger Straße 75-76
am Dönhoffplatz

Unser Haus
Leipziger Straße

am Dönhoffplatz
bleibt mittags
von 1-3 Uhr
geschlossen

Garnierte Hüte

- Matrosenform aus Litzengeflecht mit Seidentressen-garnitur 4.25
- Aufgeschlagene Form aus Borte, handgearbeitet mit Seiden-Innenkrempe und Seidenfügein 4.95
- Matelotform mit hochstehender Bandgarnitur 6.75
- Matelotform, Tagalgeflecht m. Moiree u. Pompongarnitur 7.25
- Handgenähter Matelot mit schottischem Tressen-Einlaß und Garnitur 7.75
- Handgenähter Matelot mit Seidenkopf u. mod. Schleife 7.75
- Moderne Bolero aus feinem Litzengeflecht, mit eleganter Phantasiegarnitur 8.75
- Glocke aus Lisérégeflecht mit französischem Samtband und Blumentuffs 9.75
- Glocke, handgenäht, mit farb-Laubmontüre und Beerentuffs 11.75
- Eleg. aufgeschlagene Form, handgenäht, aus Seidenborte mit breiter Samtbandschleife und Seidenröschentuffs 13.50
- Moderne große Form mit Seidenband und reicher Blumen-Untergarnitur 14.75
- Großer jugendlicher Hut mit eleganter Seidenband- und Rosentuffgarnitur 16.75



Hut 9.75 Hut 8.50 Hut 14.75

Hutformen, moderne Fassons

- Tagal-Imitation . . 2.25, 2.50 Litzengeflecht 1.35, 1.75
- Litzengeflecht mit gestecktem Kopf 2.75 feines 3.25, 3.75, 4.50

Butblumen

- Mohn-Piquet Selde, 6-teilig, mit Laub . . 40 Pt.
- Mohn-Piquet Selde mit Samt, 6-teilig . . 85 Pt.
- Anemonen-Piquet Selde, 8-teilig 38 Pt.
- Astern-Piquet kleine Blüten, 6-teilig 45 Pt.
- Astern-Piquet große Blüten, 4-teilig 60 Pt.
- Akazien-Piquet Selde, mit Laub, 4-teilig . . 65 Pt.
- Vergißmennicht-Tuff viele Farben, 40-blütig . . . 40 Pt.
- Zuckerröschen-Piquet 9-teilig 25 Pt.
- Moosröschen Piquet Stoff, 15-teilig und 24-teilig 30 Pt.
- Moosröschen-Piquet Stoff, große Blüten, 18-teilig 35 Pt.
- Stielrose Stoff mit Laub . 25, 38, 65 Pt.
- Stielrose Stoff, 2-teilig, mit Laub . . 55 Pt.
- Rosen-Tuff Stoff mit Laub, 6-teilig . . . 50 Pt.
- Rosen-Piquet Stoff mit Laub, 12-teilig . . 65 Pt.
- Rosen-Piquet groß, mit Knospen und Laub 1.10

Kostüme

- Stoffe englischer Art, mit Knopfgarnitur 16.50
- blauer, reinwollener Chevrot, mit Riegel und Seidengarnitur 22.50
- guter blauer Cotelé oder Kammgarn-Chevrot, apart garniert, offen oder geschlossen zu tragen 36.50

Kleider

- aus Woll-Musselin, gemustert, elegante Verarbeitung 24.00

Frühjahrs-Sportjacken

- viele moderne Farben und Fassons 14.50

Sehr preiswerte

Kleiderstoffe

- Bedruckter Crépon, bunt geblümt Meter 65 Pt.
- Blusenstoffe mit Seidenstreifen Meter 95 Pt.
- Kostümstoffe, englisch gemustert, ca. 130 cm breit, Meter 1.35
- Crêpeline, weiß und farbig, ca. 110 cm breit Meter 1.35
- Frotté, gestreift und kariert, 120 cm breit Meter 1.70
- Crêpeline mit eleganten Seidenstreifen, ca. 110 cm brt., Mtr. 2.70

Reste und Abschnitte besonders billig

Seltenes Angebot für Schneiderei und Hausbedarf

Stoff-Büsten

Prima-Fabrikat

- ohne Ständer . . . 3.50
- mit Ständer und Metallschraube . . 5.80



Damen-Kleidung

Kostüm gemusterte engl. Stoffe, Jacke gefüt. m. Rückengarnitur 32.50
Kleid aus Eollenne geschmackvolle Verarbeitung 68.00
Frühj.-Mantel einfarb. u. gemusterte Stoffe, eleg. verarbeitet. 24.00

Blusen

- aus reiner Seide, mit farbigem Kragen und Manschetten 8.50
- aus Waschseide, z. Durchknöpfen, mit Hochsaum u. langen Aermeln 9.50
- aus Paillette, moderne Farben, schicke Fassons 10.75
- aus Prima-Waschseide, mit langen Aermeln, Raglanschnitt 12.50

Mäntel

- aus schwarzer Seide, elegante Fassons 58.00

Jacken

- aus schwarzer Seide, fesche Phantasie-Fassons 35.00

Sehr preiswerte

Seidenstoffe

- Blusenseide, gestreift Meter 75 Pt.
- Merveilleux, schwarz Meter 90 Pt.
- Reinseidene Paillette, einfarbig Meter 1.15
- Reinseidener Taffet, besonders gute Qualität, Mtr. 1.65
- Messaline, reine Seide, doppeltbreit Meter 2.90
- Satin Grenadine, ca. 100 cm breit Meter 4.25

Reste und Abschnitte enorm billig

Für die neue Mode geschaffene Modelle

Korsette

Für die neue Mode geschaffene Modelle

- Directoire-Korsett, langhüftige, weiß oder farbig, mit Stickerei-Garnitur, rosifreien Einlagen und 4 Strumpfhaltern 5.50
- Korsett „Hip-Spring“ gesattelt, geschützte Form, schlank machend, hellblauer Batist, mit festen Strumpfhaltern, waschbar 6.75
- Normalfront-Korsett, Orig.-Paris, Marke „C.P.“, mit geschweifter breiter Schließe, aus weißem oder farbigem Satin, mit eleganter Stickerei-Garnitur u. 4 Strumpfhaltern 14.50
- Leichtes Batist-Korsett, weiß, vorzüglicher Sitz, mit geschweiften Rückenfedern und Strumpfhaltern, waschbar 8.50
- Original-Paris, Marke „S M“, extra lange Form, hellfarbiger Batist, mit reicher Spitzen-Garnitur und 4 Strumpfhaltern 11.50

Besondere Gelegenheit:

- Prima-Schweizer-Stickereien Coupons von ca. 4 1/2 Mtr., jeder Coupon 65, 95 Pt., 1.25
- Ein Posten Rock-Stickereien Meter 95 Pt.

Nur Passage-Kaufhaus

Zurückgesetzte und wenig beschädigte

Kunstblätter

Gravüren, Pigment, Kohle, Farbendrucke usw., sowie

gerahmte Bilder enorm billig!

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 1. Hennig-Argentinien 5,-; 2. Gela, Goeßler 11a, 3,06; 3. Nette-Schlachten 20,-; 5. Bez. Oberheim f. Simonschiffer 180,70; 6. Dresden-Land III. Lu. 4800,-; A. L. Fallenberg D.-S. 3,-; Bez. Halle I. u. II. Lu. (Deligisch-Witterfeld II. Lu. 597,19, III. Lu. 840,28, Mansfelder Kreise II. Lu. 120,91; Halle u. Saalkreis II. Lu. 1459,40; Merseburg-Querfurt I. u. II. Lu. 790,58) Sa. 3698,98; 10. Bez. Zwickau III. Lu. (Zwickau 1223,79, Reichenbach 692,64, Plauen 1073,43) Sa. 2989,86; 11. Bez. Niederrhein III. Lu. (Rempey-Weilmann 698,95, Eberfeld-Barmen 1250,-; Solingen 891,55; Düsseldorf 1560,40; Essen 945,61; Duisburg 950,78; Mülheim 218,90; Cleve-Geldern 19,72; Kempen 63,85; R.-Glabach 132,05; Greveling 334,89; Reuß-Grebenbroich 134,04; Hagen-Schwelm 871,90; Altena-Ferloh 251,80) Sa. 8131,94; Bez. Dresden a. lonto III. Lu. (Döbau 476,64, Dresden-R. 1000,-) Sa. 1476,64; Bez. Württemberg I. II. und III. Lu. (Cannstatt III. Lu. 1346,54; Kälten-Ellwangen III. Lu. 48,58; Calw II. Lu. 176,27; Reutlingen II. Lu. 290,67; Böblingen II. Lu. 829,19; Heilbronn I. Lu. 544,92; Stuttgart III. Lu. 2178,57; Ulm III. Lu. 819,24) Sa. 5658,88; Bez. Ostpreußen III. Lu. (Kolmar-Pilehne 28,37; Birstig-Edubin 7,59; Bromberg 37,52; Dohrenhagen 4,14; Posen 17,88; Samter-Dobornil 8,44; Referat-Bomst 2,66; Kowitz-Gostyn 4,02; Adelsau-Schilberg 3,86; Artoischin 0,72; Gnesen 0,90) Sa. 115,40; Bez. Breslau III. Lu. (Breslau Ost- und West 1691,76; Breslau-Land 468,20; Liegnitz-Goldberg 408,80; Glogau 39,34; Guben-Stein 15,78; Dels-Gr. Gartenberg 19,17; Militsch-Trebnitz 48,80; Brieg-Kamslau 84,84; Ohlau-Kämpitz 81,84; Reustadt D.-S. 82,46; Fallenberg-Grottau 3,24; Reize II. Lu. 30,-; III. Lu. 15,15) Sa. 2929,44; Rottl. Reg. W. 20,-; 12. Saarbrücken III. Lu. 100,75; Dr. B. A. Gemmitz 10,-; 13. Jütta III. Lu. 430,-; 14. Bez. Oldenburg III. Lu. (Oldenburg-Stadt 294,72; Sarel 975,26; Delmenhorst 208,80; Beer-Emden 153,05; Aurich-Wittmund 50,43) Sa. 1712,26; Bez. Westpreußen III. Lu. (Eibing-Marienburg 111,92; Danzig-Land 116,81; Danzig-Stadt 278,40; Reustadt-Markhaus 0,84; Berent-Stargard 4,60; Stuhm-Marienwerder 8,32; Kolberg-Dobau 1,02; Graubenz-Strasburg 85,19; Thorn-Kulm 16,50; Schwey 2,-; Schlochau-Flatow 12,28; Deutsch-Krone 11,04) Sa. 598,92; 16. Groß-Berlin a. lonto 10 000,- (darunter: Alexander P. 6,-, von d. Arb. d. Firma Argus 23,-, Aug. d. Fuß 10,-, E. d. Fuß 10,-, Weber d. Adernann 2,-, Volkman 3,-, Bieffleg d. Jert 1,-, A. B. Witter 1,-, Hüppner Januar 2,-, Ausgeloster Verein 3,50, Neubau Lindenstr. 2, Hilde 40,-, Jolandt 4,-, 2. Kreis, 212, Bez. d. Markt 5,-, Gutenberg 20,40, Zelleri. am 3. März bei Döbigo 89,41; 17. Bez. Hessen III. Lu. (Friedberg-Wädigen a. lonto 100,-; Alsfeld-Lauterbach 90,-, Darmstadt 491,34, Offenbach 900,-, Erbach 148,92, Worms 117,-, Bingen-Algen 15,-, Mainz 375,-) Sa. 2176,96; Bez. Pfalz III. Lu. (Speyer-Ludwigshafen 1003,06; Landau 256,98; Germersheim 54,72; Birmlans 200,66; Rulshomburg 84,56; Kaiserslautern 171,82) Sa. 1771,00; Rhenland, Rotes Schloß 100,-; 18. Birna 8. Jährl. Nr. III. Lu. 1181,26; Bez. Oberlangensfeld III. Lu. (Baldeburg 450,08, Girsberg 166,-, Frankenstein-Wänfersberg 5,16, Landeshut-Zauer 170,80, Glas-Abelschwerdt 16,20, Striegau-Schweibitz 418,92, Reichenbach 322,84) Sa. 1523,60; 19. Bez. Nordwest III. Lu. (Gemeinschaften 884,-, Harburg 1609,86, Wegesad 617,93, Bremerhaven 1174,40) Sa. 3685,88; P. L. Bern 30,-; 21. Bez. Chemnitz III. Lu. (Bischopau 469,16, Annaberg 450,96, Döbeln a. lonto 1000,-, Stollberg a. lonto 860,-) Sa. 2290,12; Bez. Baden a. lonto 1 bis III. Lu. 10 000,-; 24. Berlin-Wachet 10,-; Bez. Erfurt III. Lu. (Erfurt-Schleusingen 810,42, Mühlhausen-Heiligenstadt 288,71, Nordhausen II. Lu. 263,27; III. Lu. 262,16, Heiligenstadt 6,80) Sa. 1630,86; Bez. Götting III. Lu. (Grünberg-Freitadt 128,37, Sagan-Sprottau 141,94, Bunzlau-Lützen 184,65, Löwenberg 30,06, Götting-Lauban 534,96, Rothenburg-Honerswerda 209,46) Sa. 1229,44; 25. Bez. Elb-Lothringen I. II. III. Lu. (Saarburg-Salzburg III. Lu. 1912/13 u. I. II. III. 1913/14 11,37, Hagenau-Weisungen I. II. III. Lu. 78,89, Rappoldweiler-Parfisch II. u. III. Lu. 114,57, Saargemünd - Forbach III. Lu. 58,55, Diedenhofen - Volzen 6,56, Mühlhausen i. E. 275,76, Colmar 57,83, Erstein - Rodsheim 20,67, Altkirch-Thann 30,98, Seltstadt 48,-, Weg 94,50, Gebweiler 22,14, Strahburg-Stadt II. Lu. 144,69) Sa. 964,11; 26. Bez. Frankfurt a. M. III. Lu. (Höchst-Willingen 990,96, St. Goarshausen-Rantabur 48,-, Sünburg-Diez 41,-, Dillkreis 30,90, Frankfurt a. M. 2282,50, Hanau-Gelnhausen 1681,52, Fulda-Schleifern 18,-, Wehlar-Altenkirchen 99,80, Rorbürg - Kirchheim 17,70, Siegen-Wittgenstein 33,40) Sa. 5183,78; Pfälz. d. II. Dr. 1,40; 27. Dr. L. A. 100,-; Bez. Kassel III. Lu. (Kassel-Mellungen 982,03, Eichwege-Schmalldalen 196,10, Freyler-Homburg 84,94) Sa. 1163,72; Dresden, 4. Jährl. Kreis III. Lu. 1400,-; 28. Bez. Brandenburg III. Lu. (Westpreignitz 201,60, Ostpreignitz 12,60, Prenzlau-Angermünde 70,20, Döberhamm 109,80, Ditzhabeland 457,88, Westhabeland 785,48, Gaus-Beitzig 467,50, Arnswalde-Friedeberg 40,42, Königsberg R.-R. 30,-; Frankfurt-Lebus 312,63, Ost- und West-Sternberg 16,30, Rüllichau-Krossen 128,10, Sorau-Fors 535,90, Kottbus-Spremberg 486,47, Kalan-Ludau 468,50) Sa. 4123,24; Bez. Brandenburg f. Vinnensschiffer 34,-, Berlin D. S. 60,-.

Berlin, den 7. März 1914.

Für den Parteivorstand: Otto Braun, Lindenstr. 3.

Zu der Quittung für Januar ist nachzutragen zu den Berliner Beiträgen unten 17. „Aug durch Fuß“ 10,-.

Reichstag.

230. Sitzung. Sonnabend, den 7. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Abende des Bundesrats: Dr. Solf.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung des Etats des Reichskolonialamts.

Abg. Dittmann (Soz.).

Es wird immer klarer, daß alle hochgepannten Erwartungen und Hoffnungen über unsere Kolonien sich als eitel Lügen erweisen. Darüber können auch die Diamanten aus Südwestafrika nicht hinwegtäuschen. Bewiß leugnen wir nicht, daß seit der Aera Dernburg manches besser geworden ist, und wir rechnen es uns sogar als Verdienst an, dazu beigetragen zu haben. Aber alle Reformen können das Grundübel der heutigen Kolonialpolitik nicht beseitigen, die kapitalistische Ausbeutung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch in bürgerlichen Kreisen merkt man heute schon, daß die Kolonialpolitik

einem Abgrund zutreibt,

daß sie darangeht, die Herde zu schlachten, die die goldenen Eier legt. Das Aussterben der Eingeborenen in den Kolonien zeigt den Bankrott der Kolonialpolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Beruht doch alle Hoffnung, die Kolonien zu wirtschaftlicher Entwicklung zu bringen, auf der Voraussetzung, daß die Produktivkraft der Eingeborenen geboten wird. Es sind aber Kräfte am Werk, die diese Erkenntnis verhindern wollen. Immer wieder wird der Schwindler verbreitet, unsere Kolonien seien

Siedelungskolonien für Weiße und geeignet, unseren Bevölkerungszuwachs aufzunehmen; es wachse dort eine zweite deutsche Heimat heran, die uns Rohprodukte liefert. Systematisch wird die öffentliche Meinung mit diesem Schwindler irrez geführt, die leitenden Kreise unserer Kolonialpolitik haben sich unangekündigt dagegen zu wehren, und erliegen zuweilen. So hat auch Dr. Solf bei seinem Aufenthalt in Afrika davon geredet, daß dort ein zweites Deutschland erstbe, und auch in der Budgetkommission hat er jüngst einen Anfall dieses alldeutschen Fiebers gehabt. (Präsident Kaempf rügt diesen Ausdruck.) Selbst Südwestafrika, das von allen unseren Kolonien noch das günstigste Klima hat, wird niemals imstande sein, auch nur einen nennenswerten Bruchteil des deutschen Bevölkerungszuwachses aufzunehmen. Die anderen Kolonien, Kamerun und Ostafrika, haben ein Klima, das den Aufenthalt für die Weißen ganz unmöglich macht. Freilich hat Herr v. Lindequist im Jahre 1908 behauptet, größere Gebiete Ostafrikas eignen sich für die Siedelung. Inzwischen ist aber von den beiden Gouverneuren v. Rechenberg und Herrn Schlee das Gegenteil überzeugend nachgewiesen, dieses Land hat eine Zukunft nur als

Bauernland für Schwarze.

Die Tatsachen geben ihnen auch Recht, denn trotz aller Propaganda ist der Zustrom dorthin ganz gering. Am 1. Januar 1913 wohnten, Männer, Frauen und Kinder zusammengezählt, ganze 24 889 Weiße in unseren Kolonien, die einen Flächeninhalt haben, der 1/2 mal so groß ist wie das Deutsche Reich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus Deutschland sind ausgewandert 18 514 Menschen im Jahre 1912, davon gingen 13 706 nach Nordamerika, nach dem übrigen Amerika 4423, nach Australien 322, nach den übrigen europäischen Ländern 90 und nach Afrika ganze 4. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ob diese 4 noch unseren Kolonien gegangen sind, geht aus der Statistik nicht hervor, vielleicht sind sie nach englischen Gebieten gegangen. Uebrigens beruht Deutschlands Nachstellung in Europa darauf, daß es einen gewaltigen Bevölkerungszuwachs im Lande behalten konnte. Jetzt, wo ein geringer Geburtenrückgang sich zeigt, haben unsere Weltmachtschwärmer schon gewaltige Angst bekommen und suchen ihn durch Quasialberheiten zu bekämpfen. Deutschland ist gar kein Auswanderungsland, sondern ein Einwanderungsland; die heimische Wirtschaft nimmt unseren Geburtenüberschuß restlos auf, und zieht noch Hunderttausende ausländischer Arbeiter ins Land. Die innere Kolonisation spielt bei uns eine große Rolle; in Preußen will man jetzt 800 Millionen Mark aufwenden, um Landarbeiter anzusiedeln. Da kann doch über das Sinnlose einer Agitation für eine Massenwanderung nach den Kolonien gar kein Zweifel bestehen. Der Traum einer solchen Massenwanderung sollte doch endlich ausgeräumt sein. Die Weißen treten in den Kolonien nicht als Arbeiter, sondern als Unternehmer oder Antreiber der Unternehmer auf. Es ist ja charakteristisch, daß Ostafrika, wo 4500 weiße Männer und Frauen vorhanden sind, 9000 schwarze Diener aufweist, also auf jeden Weißen zwei schwarze Diener. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Weißen haben dort auch kein Interesse an der Entwicklung der Kolonie, sondern sie wollen nur in kurzer Zeit soviel Geld machen, um ihren Kauf ruhig in der Heimat vorzuziehen zu können.

Man weist auf die Vermehrung des Handels mit den Kolonien hin. Er ist in den fünf Jahren von 1907 bis 1912 von 130 Millionen auf 260 Millionen Mark gestiegen. Für sich betrachtet kann diese Zahl imponieren. Deutschlands Gesamtexport hat aber in dieser Zeit von 15,6 auf 19,7 Milliarden, Deutschlands Wirtschaftslernen hängt also von der übrigen Welt in ganz anderer Weise ab als von den Kolonien. An der Aus- und Einfuhr nach Deutschland sind unsere Kolonien nur mit Bruchteilen von Tausenden beteiligt; unser Handel mit einigen englischen afrikanischen Kolonien übersteigt den mit unseren eigenen Kolonien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß die

treibhausmäßige Plantagenkultur

in den Kolonien sehr bedenklich ist, beweist die gegenwärtige Kautschukkrise. Auf Ceylon und Cuba wird ein Plantagenkautschuk geliefert, der jede Konkurrenz aus dem Felde schlägt, weil eben dort die Bedingungen für Kautschukgewinnung günstiger sind. Das sollte für uns eine Warnung sein. Was heute mit dem Kautschuk geschieht, kann morgen mit Kaffee, Baumwolle, Ananas geschehen. Auch für diese Produkte gibt es weite Gebiete, in denen die natürlichen Produktionsbedingungen günstiger sind. Die treibhausmäßige Plantagenkultur in unseren Kolonien macht Deutschlands Handel nicht etwa vom Ausland unabhängig, sondern bedroht nur wirtschaftliche Katastrophen für die Kolonien herauf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wirden übrigens unsere Kolonien in großem Maße Rohstoffe produzieren, so würden diese keineswegs lediglich Deutschland zur Verfügung stehen; dem stehen die internationalen Verträge und Verhältnisse im Wege. Die Bedarfsartikel für die Regier werden auch keineswegs vorzugsweise aus Deutschland geliefert. Baumwollgewebe z. B. wird in unseren Kolonien aus England in stärkerem Maße eingeführt als aus Deutschland. Eine starke heimische Produktion für die primitiven Bedürfnisse der Regier würde auch gar kein Segen für unsere Arbeiter sein; es würde das für sie geringere Löhne und niedrigere Lebenshaltung bedeuten; unsere Arbeiter haben ein Interesse an dem Export nach hochentwickelten Ländern und an einem starken Inlandsmarkt. Nicht Kolonialpolitik, sondern Sozialpolitik liegt im Interesse der arbeitenden Klasse. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Für die gegenwärtige Entwicklung der Kolonien werden von der Arbeiterklasse die weisungswürdigsten Opfer gebracht. Seit 1904 ist rund eine Milliarde Mark für die Kolonien und Schutzgebiete aufgewendet worden, und die Anleihen und Reichsguthaben für die Kolonien werden vornehmlich von den Arbeitern durch Zölle und Steuern aufgebracht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und auf den Eingeborenen lastet diese Politik furchtbar. Die Aufwendungen für hygienische Einrichtungen, für Eisenbahnbauten sind ja alles nur Vorbereitungen für die kapitalistische Ausbeutung. Das gibt sogar die amtliche Denkschrift ganz klar zu. In der Bismarckschen Zeit nutzte man dem Kapital ganz, diese vorbereitende Kulturarbeit selbst zu zahlen, und darum hielt es sich fern. Uebrigens ist auch diese vorbereitende Kulturarbeit, der Eisenbahnbau, ein ganz profitables Geschäft für die ausführenden Gesellschaften. In die Rentabilität für die neuen Tanganyika-Bahn setzt die Verwaltung selbst Zweifel; sie hat vorwiegend militärische Bedeutung. Die Zinsen für die Bahnbauten der Kolonien belaufen sich schon auf 3 Millionen und treiben die Steuerlast der Eingeborenen in die Höhe, so daß auch die Bahnbauten wieder zur

Ausbeutung der Eingeborenen

beitragen. Wie ein Dampftraktor die Weizen im Nacken der Eingeborenen. Mit dem Kapitalismus Hand in Hand geht die Dezimierung der Eingeborenen, auch ohne Massenmordelei à la Herero; auch ohne diese barbarischen Maßnahmen stirbt die eingeborene Bevölkerung aus. In der Budgetkommission sagte deshalb ein bürgerlicher Abgeordneter: wenn die Dinge so weiter gehen, kann Deutschland die Verantwortung für die Kolonialpolitik nicht mehr tragen; diese Politik geht nicht nur aus auf die Proletarisierung der Eingeborenen, sondern auf die Entföhrung, die weit schlimmer ist als unter der Herrschaft der Araber. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Solf bestritt, daß ein Zwang zur Plantagenarbeit bestesse. Tatsächlich herrscht er. Wer nicht nachweisen kann, daß er 20 Tage im Monat gearbeitet hat, wird auf das Bezirksamt geschleppt und

mit der Milchpferdpeitsche verprügelt. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Darin liegt der brutale Zwang zur Plantagenarbeit. Dabei ist diese Plantagenarbeit eine ganz mörderische; es fehlt dort an den einfachsten sanitären Einrichtungen. Die Baumkrankheit und Geschlechtskrankheiten grassieren infolge dessen unter den Schwarzen in furchtlicher Weise. Um die bestehenden Vorschriften bekümmert sich kein Mensch, schamlos sind die Regier den Mißhandlungen nach dem Pflanzergesetz ausgeführt. In der Regel werden sie auch noch um den Arbeitslohn geprellt; in wie schamloser Weise das geschieht, geht aus dem amtlichen offiziellen Bericht deutlich hervor.

Mit größter Schamlosigkeit lamentieren die Pflanzer über „andauerndes Steigen der Löhne“. Dabei sind die Löhne von 52 Pf. im Jahre 1907 auf 33 Pf. im Jahre 1912 bei der Ostafrika-Kompagnie z. B. gestiegen. Laufen die Regier fort, werden sie wieder eingekauft, geprügelt, an die Kette gelegt. Eine schlimmere Sklaverei als jetzt unter deutscher Herrschaft hat es dort nie gegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die sogenannte Anwerbung ist die reine Sklaverei. Die

Sterblichkeit der Eingeborenen

infolge dieser Sklaverei und der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft ist enorm groß. Stellenweise soll sie 20 Proz. betragen, so daß in fünf Jahren alles ausgeföhrt ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueber das Sterben ganzer Stämme hat ein Vater in der Dezembernummer der „Kolonialen Rundschau“ erschreckende Mitteilungen gemacht. Er schreibt: „Die Sache ist sehr ernst, denn was will Deutschland in Ostafrika anfangen ohne die Regier.“ Abscheu und Empörung muß jedes fühlende Menschenherz erfassen angesichts seiner Schilderung. Professor Westermann hat in einer Reihe sehr instruktiver Artikel ebenfalls auf diese Schädigungen hingewiesen und er schreibt: „Sie sind eine notwendige Folge unserer bisherigen Kolonialpolitik, die den Hauptnachdruck auf die Europäerplantagen legt und in den Eingeborenen nur Arbeitsmaterial sieht.“ Leider zieht er daraus nicht die einzig notwendige Konsequenz; er ruft den Antrag auf nur gedruckt vorlag, hat die Kommission über ihn abgestimmt und ihn abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Gesundung der Verhältnisse ist aber nur möglich durch Förderung der Eigenwirtschaft der Eingeborenen, die allein ihre Fortexistenz und ihr altnationales Gedeihen in die europäische Kultur garantiert. Für den gefunden Menschenverstand muß unsere jetzige Kolonialpolitik sich geradezu wie ein Stück aus dem Tollhaus ausnehmen. (Präsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückungsherrschaft ist die Wurzel des ganzen Übels, und nur die Fernhaltung weiterer Profitgier kann dieser Vernichtung der Eingeborenen Halt bieten. Der Staatssekretär mag noch so sehr bestrebt sein, den Arbeitszwang und all die sonstigen Schrecklichkeiten zu beseitigen, hier gilt das Wort: der Himmel ist hoch und der Jar ist weit.

Der Staatssekretär und der Gouverneur von Ostafrika sträuben sich ja sogar dagegen, den Beschluß des Reichstages zur Ausführung zu bringen, daß die Hausflaverei für das Jahre 1920 aufgehoben sein muß. Was zur Begründung für das Bestehenbleiben der Hausflaverei von ihnen angeführt wird, liegt wie feinerzeit die Rechtfertigung der amerikanischen Südkriegen zur Aufrechterhaltung der Regierflaverei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Ansehen des Deutschen Reiches gebietet es, daß so schnell wie möglich die Hausflaverei beseitigt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Jetzt will man sogar daran gehen, die nicht bewohnten Länder im Nordwesten von Ostafrika zwischen den großen Seen zu unterjochen. Dort ist etwa die Hälfte der gesamten Bevölkerung aus Afrika. Die Eingeborenen sind, wie die amtliche Denkschrift selbst hervorhebt, größtenteils sittenstrenge und haben zahlreiche und gesunde Kinder. Die Bevölkerungsdichte steigt stark im Gegensatz zu diesen anderen Stämmen Deutsch-Südwestafrikas. Also hier ist den Eingeborenen eine gesicherte Existenz und Fortpflanzungsmöglichkeit gewährleistet. Beides ist aber ausgeschlossen, wo die kapitalistische Ausbeutung eindringt. Diese Gefahr liegt auch hier vor, sobald die geplante Eisenbahn das Land in den Strudel des Weltverkehrs hineinzieht. Der Staatssekretär meinte in der Kommission, jetzt sollten die Leute nicht zur Arbeit herangezogen werden, aber in 20 Jahren würden sie freiwillig in die Plantagenbezirke kommen, sich zur Arbeit anbieten. Was es mit dieser Freiwilligkeit auf sich hat, wissen wir aus der gegenwärtigen Arbeiterwanderung, die ja auch freiwillig sein soll, in der Tat aber zu den schrecklichsten Sklavensuchen ausartet. Lassen sich dann die Eingeborenen die Unterjochung nicht gefallen und kommt es dort zu einem allgemeinen Aufstand, so wird die Hererotragödie in Südwestafrika ein Kinderspiel sein gegen das Nordden, das dort anhebt, denn dort handelt es sich nicht um 80 000, sondern um 3 1/2 Millionen Schwarze. Wir sind die letzten, die sich dagegen sträuben, daß die noch nicht aufgeschlossenen Gebiete der Erde unserem Kulturkreis angeschlossen werden. Aber wir wenden uns gegen die gewalttätige und mörderische Art der kapitalistischen Weltpolitik. Solange nicht das Profitinteresse aus der Kolonisation ausgeschaltet wird, lehnen wir die Verantwortung für die Kolonialpolitik ab. Wir vertreten eine friedliche Kolonialpolitik, zu der Aufsicht auch gegenwärtig vorhanden sind. So beruht z. B. das Gedeihen der britischen Kolonie Liberia zum Teil auf der größeren Selbständigkeit der Eingeborenen. Wir sind einverstanden damit, daß Kautschukplantagen errichtet werden, daß die Eingeborenen zur Anlage erprobter Kulturen angeleitet, daß ihnen die Methoden der Bodenbearbeitung und Viehzucht nach wissenschaftlichen Grundsätzen gelehrt werden.

Der Weiße soll als Lehrer und Helfer zu den Schwarzen kommen.

aber der Ertrag ihrer Arbeit soll den Eingeborenen selbst zu kommen. Wir wollen ihre Bedürfnisse steigern und sie auf Grundlage ihres materiellen Wohlergehens allmählich auch geistig zu einer höheren Kulturstufe bringen. Eine Kolonialpolitik, die diesen Grundsätzen widerspricht, lehnen wir ab. Das hindert uns nicht, für Reformen auch innerhalb der heutigen Kolonialpolitik einzutreten. Deshalb stimmen wir den Resolutionen der Budgetkommission zu. Im übrigen werden wir immer darauf dringen, daß der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung in den Kolonien ein Ziel gesetzt wird im Namen der Kultur und Menschlichkeit. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.):

Meine Freunde stehen der Kolonialpolitik wesentlich anders gegenüber als der Vorredner. Die positiven Vorschläge, die er zum Schluß kurz machte, würden in der Praxis sehr bald zum Scheitern führen. Wir unterstützen eine kritische, nationale, soziale Kolonialpolitik. Die Eingeborenenpolitik muß aufgebaut sein auf den Grundpfeilern: ora et labora! (Worte und Arbeit!) Das zeigt die tausendjährige Entwicklung aller Kolonien. Daß unsere Kolonialpolitik in diesem Sinne betrieben worden ist, kann ich leider nicht zugeben. Der Vorredner hatte in seiner Schilderung der Zustände leider in sehr vielen Fällen den Standpunkt des Vorredners, daß es am besten sei, die Kolonien zu verkaufen. Können wir nicht teilen. Auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ist der sonst so radikale Herr Vorredner noch sehr reaktionär. Wäre er in verantwortlicher Stelle in der Leitung der Kolonialpolitik, würde er sehr viel Wasser in seinen Wein gießen müssen. Er hat nur die Schatten-

seiten der Kolonialpolitik hervorgehoben, aber alle Lichtseiten unter den Tisch fallen lassen. Dabei war seine Darstellung einseitig. Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in vielen Teilen unserer Kolonien ist nicht zu bestreiten. Das Markanteste dabei ist die Vorwärtsentwicklung der Eingeborenenkulturen und Rückgehen der europäischen Plantagenkultur. Das zeigt den Weg für die Weiterentwicklung unserer Kolonien. Der Gesamtbestand der Kolonien ist in 10 Jahren von 99 auf 435 Millionen gestiegen, hat sich also rasant entwickelt als unser einheimischer Handel. Der deutsche Anteil an dem Handel der Kolonien beträgt auch nicht nur ein Drittel, sondern 60 bis 70 Proz. Daran haben doch auch die deutschen Arbeiter ein großes Interesse, daß so unser Absatzgebiet erheblich erweitert ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Gar nicht erwähnt hat der Redner den großen Erfolg, der durch die Erreichung des Tanganjikas durch die neue Eisenbahn erreicht worden ist. Der Bau dieser Bahn ist ein Meisterwerk deutscher Technik und ist von größter Bedeutung für die Erschließung Deutsch-Ostafrikas. Die Freude daran werden wir uns nicht vergällen lassen, wenn auch einige unangenehme Erscheinungen bei dem Bau vorgekommen sind. Erfreulich ist auch die finanzielle Entwicklung unserer Kolonien. Ferner ergibt sich in den Kolonien hochinteressantes Beobachtungsmaterial für unsere Wissenschaft. Auf der anderen Seite zeigt unsere Kolonialpolitik in den letzten Jahren eine Reihe schwerer Schattenseiten.

Wenn es dem Staatssekretär nicht gelingt, sie zu beseitigen, wäre ich nicht mehr bereit, weiter Mittel des Reiches für die Kolonien zu bewilligen. Die schweren Anklagen betreffend die Behandlung der schwarzen Arbeiter auf den deutschen Plantagen sind leider nur zu berechtigt. Plantagen, die nur gedüngt werden durch das Blut der Eingeborenen sind ein Fluch für das Deutsche Reich und haben keine Existenzberechtigung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Gegen die Lohnhinterziehungen, die die amtliche Denkschrift selbst feststellt, hätte weit schärfer vorgegangen werden müssen. Wegen des Systems des systematischen Betrugs der Eingeborenen, die doch unsere Schutzbefohlenen sind, muß der ganze Reichstag aufs schärfste protestieren. Diese Klagen liegen schon seit langem vor und wir erwarten, daß der Staatssekretär uns Auskunft gibt, was dagegen geschehen ist und in Zukunft geschehen soll und welche Garantien er uns für die Durchführung der von ihm geplanten Maßnahmen geben kann. Die Sterblichkeit der Eingeborenen auf den Plantagen ist in der Tat erschreckend groß. Der Staatssekretär muß sofort telegraphisch Anweisung geben, daß das System des Arbeitszwangs aufgehoben muß. Es zeigt sich jetzt, wie richtig das Prinzip des früheren Gouverneurs v. Rechenberg war, daß der Plantagenbau nicht künstlich gefördert werden darf. Wie kann nun das Aussterben der Eingeborenen verhindert werden. Der sozialdemokratische Weg ist nicht durchführbar. Selbst können sich die Eingeborenen nicht auf eine höhere Kulturstufe heben. Es müssen Mutterschulen, Muttersprachschulen errichtet werden. (Abg. Dittmann: Das habe ich ja gesagt!) Die Hausflaverei wird von selbst nie aussterben, wie der Gouverneur von Ostafrika zu glauben scheint, es müssen energische Maßnahmen dagegen ergriffen werden, um sie allmählich zu beseitigen. Warum lehnt der Gouverneur all die von uns verlangten Maßnahmen ab? In zwei Jahren hat er nicht das Mindeste getan, um die Hausflaverei bis 1920 zu beseitigen. Wir wollen freie Menschen in Deutsch-Ostafrika, die für sich selber arbeiten. Wir verlangen weiter eine wesentlich bessere ärztliche Fürsorge für die Eingeborenen. Der wesentlichste Punkt ist für uns die Unterstützung der Missionsschulen. Der wertvollste Kulturträger in den Kolonien ist und bleibt der Missionar. (Sehr wahr! im Zentrum.) Was von den Missionaren aus idealen Motiven dort geleistet wird, geht weit hinaus über alles, was durch Staatshilfe geleistet werden kann. Weiter wünschen die Missionare völlige Freiheit für alle diejenigen Dinge, die für den Unterricht notwendig sind; diesen Wünschen sollte der Staatssekretär sich unbedingt gegenüberstellen. Ferner sollte den Missionaren in viel weitherziger Weise Grund und Boden zur Verfügung gestellt werden. — Der Staatssekretär wird viel Rühre haben, um das Programm durchzuführen, das zur Erziehung der Eingeborenen, zu ihrer Heraufhebung zu gebildeten Christen und deutsch fühlenden Leuten führt, wird aber dabei die überwiegende Mehrheit des Reiches und des deutschen Volkes auf seiner Seite haben. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Reinath (natl.):

Aufgaben für die Kolonien leisten wir im Grunde erst seit 10 Jahren, und für diese Zeit ist die Entwicklung sehr günstig. Man darf nicht, wie Herr Dittmann es tat, den Handel mit den Kolonien mit unserem Gesamthandel vergleichen, sondern mit dem Handel der Kolonien in früheren Jahren, und da zeigt sich eine sehr erfreuliche Steigerung. Sehr erfreulich ist die Richtung, die der Handel unserer Kolonien nimmt, es werden dort Rohprodukte für unsere Industrie hergestellt und nach Deutschland gebracht. Wenn der Umfang dieses Handels jetzt noch gering ist, so muß man bedenken, daß wir noch in der Zeit der Saat, nicht der Ernte sind. Vor allem brauchen unsere Kolonien eine ruhige, stetige Entwicklung. — Auch die finanzielle Entwicklung der Kolonien ist eine günstige; der Reichszuschuß sinkt, die eigenen Einnahmen steigen. Aber auch hier soll man nicht rauh eingreifen. Die Ueberschüsse aus den Diamanten soll man den Kolonien belassen; denn das sind nur einmalige Einnahmen. Sie sollen verwendet werden zu Eisenbahnen und zur Wassererschließung in den Kolonien. Die Sozialdemokraten wettern gegen die kapitalistische Ausbeutung der Kolonien. Aber ohne europäisches Kapital können die Kolonien nicht erschlossen werden, und das europäische Kapital ist ja geradezu ermuntert worden, in die Kolonien hinauszugehen — das ist ja gerade das Verdienst Deereburgs. Bedroht sind unsere Kolonien jetzt von der Gummi-Krise und von der Schlafkrankheit. In der Beamenschaft ist leider auch noch lange keine Stabilität eingetreten. Sehr betrübend sind die kleinen Streitigkeiten zwischen Beamten und Farmern, zwischen Beamten und Missionen. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Die Tätigkeit der Missionen und Missionsschulen erkenne ich gern an und bin auch für ihre Unterstützung aus Reichsmitteln, aber nicht etwa auf Kosten der Regierungsschulen. Sehr beklagenswert ist der Streit der Missionen der verschiedenen Konfessionen, wodurch nur die Stochkraft des Islams gestärkt wird. — Ein großer Mißstand in den Kolonien ist die große Reichsunsicherheit; das europäische Kapital kann dadurch nicht zu neuen Unternehmungen ermuntert werden. — Die Eisenbahnpolitik des Staatssekretärs kann ich voll und ganz unterstützen; seitdem wir Eisenbahnen draußen bauen, kommen die Kolonien wirtschaftlich vorwärts. — Den Bedingungen, die der Staatssekretär für die Zulassung der Siedlungen in der Budgetkommission aufstellte, kann ich zustimmen; nur darf man sie nicht engherzig auffassen, Pionieren muß man immer Gelegenheit geben, aber das Gebiet geschlossener Siedlungen hinaus vorzubringen. Solche Siedlungspolitik braucht nicht in Widerspruch zu stehen mit einer vernünftigen Eingeborenenpolitik. Gewiß sind Grausamkeiten vorgekommen; aber man darf sie nicht verallgemeinern. Die Pflanzer haben selbst ein großes wirtschaftliches Interesse an einer tüchtigen eingeborenen Arbeiterschaft, die sie pfleglich behandeln. Die Entvölkerung der Kolonien ist keineswegs auf die deutschen Kolonien beschränkt, sie hängt mit Krankheiten zusammen, die leider noch nicht bekämpft werden können, mit gewissen Sitten der Eingeborenen und mit dem Alkoholkonsum. Wir werden allen Maßnahmen auf ärztlichem und verwaltungstechnischem Gebiete zustimmen, durch die die Sterblichkeit in den Kolonien vermindert werden kann. Der entsprechenden Resolution der Kommission stimmen wir zu. Mit den einzelnen Forderungen der Arbeiterschutzesresolution der Kommission kann man einverstanden sein; aber der Ton macht die Musik, und das Recht der Eingeborenen darf nicht so überspannt werden, daß es zu einem Unrecht an eigenen Volk-

wird. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Farmer sind ermuntert worden hinauszugehen, da darf man ihnen das Wirtschaften nicht unmöglich machen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Das Deutsche Reich treibt Kolonialpolitik in erster Linie der heimischen Volkswirtschaft wegen, der Rohstoffe geliefert werden sollen, und wir hoffen, daß dabei die Eingeborenen kulturell gehoben werden. Dies Verhältnis darf man nicht umkehren. Das Primäre ist stets die Förderung der heimischen Volkswirtschaft. — Ein Wort der Anerkennung muß ich aussprechen für unsere Schutztruppe, die in schwieriger Zeit unter Schonung der Eingeborenen Großes geleistet hat. — Unsere Kolonialpolitik braucht in erster Linie Steirigkeit. Unsere Siedlungen niederzureißen ist leicht, sie wieder aufzubauen, sehr schwer. Das mag sich der Staatssekretär vor Augen halten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gothein (Sp.):

Wir müssen uns mit den einzelnen Posten des Kolonialetat befassen, ohne die Verhältnisse und die Beamten zu kennen, also vom grünen Tisch aus. In England bewilligt man Pauschale für die einzelnen Kolonien, denn der Minister ist der Vertrauensmann des Parlaments. Bei uns ist das anders, und wir müssen uns daher auch mit den Einzelheiten befassen. Daß wir noch immer jedes Jahr darüber diskutieren, ob Kolonien ein Nutzen sind oder nicht, ist wirklich überflüssig. Das Glaubensbekenntnis der Herren von der Sozialdemokratie kennen wir ja, aber solche Debatten fördern uns nicht in der Praxis. Verlaufen oder verschinken wollen ja die Sozialdemokraten unsere Kolonien auch nicht. Die Konsequenz ihres Standpunktes wäre, daß Kanada noch heute von den Indianern bebaut sein müßte. (Sehr gut! rechts.) Daß die Kolonialpolitik mit den ungeheuerlichsten Sünden namentlich im Anfang belastet ist, geben wir zu. Wir verlangen eben deshalb, daß in Zukunft eine Kulturpolitik getrieben wird, zur Hebung der Eingeborenen. Will man aber die Kolonien überhaupt wirtschaftlich und kulturell erschließen, so ist die erste Vorbedingung der Bau von Eisenbahnen. Daß dabei große Anforderungen an die Arbeiter gestellt werden, die zum Teil über ihre Kräfte gehen, ist unvermeidlich. Nach der Logik des Herrn Dittmann hätte auch der Suezkanal nicht erbaut werden können. Im übrigen bringen die Eisenbahnen, wenn sie erst gebaut sind, auch große sanitäre Vorteile für die Eingeborenen mit sich. Den Plantagenbau ganz zu verbieten, geht zu weit. Die Rauphulp-Plantagen z. B. haben sich sehr gut bewährt. Mit Mutterpflanzungen allein ist es nicht getan, es muß auch die Erziehung zur regelrechten Arbeit hinzukommen. — Die Argumente gegen die Vesteigerung der Hausflaverei erinnern lebhaft an die frühere Verteidigung der Leibeigenschaft. Daß der eine oder andere Hausflave, dem es jetzt gut geht, vielleicht darunter leiden könnte, ist möglich, aber im ganzen wäre die Vesteigerung der Hausflaverei sicher ein großer Fortschritt. — Die Tätigkeit der Missionen ist gewiß sehr anzuerkennen, nur sollten die Missionare beider Konfessionen sich nicht gegenseitig ins Begehe kommen. Der Inhalt der Fabeln der Missionsschulen sollte vom Kolonialamt kontrolliert werden. So fand ich in einer Fabel den Satz: „Der fremde Arzt betrinkt sich in Palmwein; er schlägt jetzt täglich seinen Koch.“ (Sehr richtig.) Das kann nicht zur Hebung des Ansehens der Beamten und Klerge beitragen. — Wir hoffen, daß unsere Kolonialpolitik sich nach manchen traurigen Erfahrungen für die Eingeborenen auch für diese zum Segen entwickeln wird. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Ich bin heute in der angenehmen Lage, mit Herrn Gothein weitgehend übereinzustimmen. Mit der Zeit werden wir wohl dazu kommen, hier nur über den Reichszuschuß zu verhandeln, und den Etat der Kolonien einfach zur Kenntnis zu nehmen. — Die Entwicklung unserer kolonialen Entfaltung kann uns mit solcher Freude erfüllen, von der vollen Bedeutung der jetzt vollendeten zentralafrikanischen Bahn wird vielleicht erst die nächste Generation die richtige Vorstellung bekommen. (Sehr richtig! rechts.) Nach dem Rezept der Sozialdemokratie freilich würden noch heute die Indianer in Amerika leben, und die Arbeiter in Deutschland würden sich dann auch nicht zur gegenwärtigen Kulturhöhe entwickelt haben. Allerdings verhält sich die heute gehörte Dittmannsche Rede zu den früher von Hebel gehörten wie Sekt zu Limonade oder mit einem kolonialen Bild wie schlechter Zichorien-Aufguss zu einem guten Klimandisch-Kaffee. (Sehr richtig.) — Die Hausflaverei soll man nicht überschätzen; es gibt nur 180 000 Hausflaven, und ihre Zahl ist in dauernder Abnahme begriffen. — Sehr beklagenswert ist der Streit der katholischen und evangelischen Missionen; dadurch wird ihre Wirkung auf die Eingeborenen lahmgelegt. — Die Behandlung der Neger durch die Pflanzer ist im allgemeinen eine gute; es liegt das ja auch im wohlverstandenen Interesse der Pflanzer selbst, die auf die Arbeit der schwarzen Arbeiter angewiesen sind. Nirgends aber herrscht ein solches System der Zwangsarbeit wie in der Republik Liberia, die ja nach dem Muster sozialdemokratischer Anschauungen errichtet worden ist. — Der Resolution der Kommission, die verstärkte ärztliche Versorgung der Kolonien wünscht, stimmen wir zu. Die Resolution, die Sicherstellung von Leben, Freiheit und Eigentum der Eingeborenen verlangt, ist eine Verleumdung für den Staatssekretär; denn sicherlich wird heute schon nach diesen Grundsätzen gehandelt. Die übrigen Resolutionen der Kommission enthalten fromme Wünsche vom grünen Tische aus. — Der letzte Zweck unserer Kolonialpolitik ist ein gesunder nationaler Egoismus; wir wollen Raum haben für unsere überschüssige Bevölkerung und wollen die Rohstoffe für unsere Industrie aus eigenen, nicht aus fremden Kolonien holen. (Bravo! rechts.)

Abg. Mumm (wirtsch. Bg.):

Der Raubbau an Eingeborenen hat sich noch stets in der Kolonialpolitik gerächt. Deshalb muß vor allem die freie Liebes-tätigkeit der Missionen unterstützt werden. Die Stelle, die Herr Gothein anführt, ist sicher nicht typisch für die Fabeln der Missionen. Hierauf verzieht das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr. (Vorher Wahlprüfungen.)
Schluß 5 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung, Sonnabend, den 7. März 1914,
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Nachdem bereits gestern der Schutzzollantrag v. Krause (natl.) gegen die Fortschrittler und Sozialdemokraten abgelehnt und der Antrag Hammer (L) betr. die Zustände in der Elektrizitätsindustrie angenommen waren, wird heute der fortschrittliche Antrag gegen Privatmonopole und für Schutz der Installateure usw. abgelehnt.

Einzelberatung des Handelsetats.

Ein Antrag Köstke, Hahn (L) verlangt eine Denkschrift über die Tätigkeit des Börsenkommissars, die Entwicklung des Börsenhandels und der Emmissionen und die Anlage deutscher Gelder im Ausland.

Die Abgg. Dr. Liebknecht und Ströbel (Soz.) haben vor sich das große Plakat zum Frauentag ausgedreht, dessen Anschlag der Polizeipräsident v. Jagow verboten hat.

In der Debatte zum Handelsetat erklärt ein Regierungsvertreter auf Anfragen der Abgg. v. Walhahn (L) und Münsterberg (Sp.), daß die letzten erfolgte Änderung der Besoldungs- und Anstellungsbedingungen der Posten in deren Interesse läge.

Die Gewerbeinspektion.

Abg. Graef (L):

Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben sich auf eine Kontrolle der Betriebe zu beschränken und auf Berichterstattungen über die Ergebnisse dieser Kontrolle, Vorschläge zur Verbesserung zu machen liegt außerhalb ihres Wirkungskreises; wir begrüßen einen dahingehenden Erlaß des Ministers. Namentlich in der Konfektionsbranche sind die Arbeiterschutzbestimmungen zu scharf und den praktischen Verhältnissen nicht angepaßt. Hinsichtlich der Väteretorordnung dürften die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht mit rigorosen Maßnahmen vorgehen. Preußen kann sich mit der Zahl seiner Gewerbeinspektoren und der für sie in den Etat eingestellten Summe sehr lassen. So wie das Wirtschaftsleben jetzt gestaltet ist, wird alle Sozialpolitik die Arbeiterschaft nicht zufrieden stellen.

Minister Sydow:

Das seit 22 Jahren bestehende Gesetz über die Gewerbeinspektion hat sich bewährt. Meine im Januar erlassenen Verordnungen sind hier mehrfach beanstandet worden, weswegen es mir obliegt, sie hier zu revidieren. Der Grundlag, wonach die Gewerbeaufsichtsbeamten keine polizeiliche Befugnisse haben sollen läßt sich nicht aufrechterhalten. Von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird den Gewerbeaufsichtsbeamten Vertrauen entgegengebracht. Persönlichkeiten können hier und da vorkommen. Sie kommen ja auch bei der Polizeibehörde vor, die gleichfalls nicht mit Engeln arbeitet.

(Weiterleit.) Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind mit der Bewilligung von Sonntagsarbeit, Ueberstunden usw. betraut und der Minister des Innern hat seine Zustimmung dazu erklärt, daß den Gewerbeinspektoren diese Befugnisse übertragen werden. Ein Mann, der Jahr für Jahr die gewerblichen Betriebe inspiziert, ist ganz anders als die Polizei in der Lage, das für die Betriebe Notwendige zu erkennen. Von den Gewerbeinspektoren gehen der Polizei Anregungen zu Verfügungen und Verordnungen zu. — Ich danke dem Abg. Dr. Beumer für die goldenen Worte, die er gestern hier über die sittliche Bedeutung der Arbeit sprach. Die

Einführung des Achtstundentages in der Großindustrie

ist bei den bestehenden Verhältnissen unmöglich. Schon im Jahre 1906 haben die Regierungspräsidenten auf eine Anfrage der Regierung, ob es angeht, sei, den Gewerbeinspektoren polizeiliche Befugnisse zu übertragen, zustimmend geantwortet. Die Erteilung des Rechts, polizeiliche Verfügungen zu erlassen, ist eine Pflicht, die wir den Gewerbeaufsichtsbeamten gegenüber haben. Hinsichtlich der Väteretorordnung werden die Hauptschwierigkeiten beseitigt werden. — Rationalökonomische Erwägungen dürfen nicht überwiegend vom theoretischen Standpunkt aus angestellt werden.

Einführung des Achtstundentages in der Großeisenindustrie

scheitert an dem Mangel an Arbeitskräften.

Man möchte sie der Landwirtschaft und anderen Industriezweigen entziehen, und das ist ausgeschlossen. Zugabe ist, daß in der Großeisenindustrie die

Heberarbeit von Jahr zu Jahr zugenommen hat. (Hört, hört, h. d. Soz.) Bisher war es nicht gelungen, das zu verhindern. Aber wir sind jetzt bestrebt, die Zahl der zulässigen Ueberstunden zu beschränken. Darunter werden gegenwärtig im Reichsamt des Innern Erwägungen angestellt. Es ist gewiß ein sehr maßvoller Schritt vorwärts, wenn wir durch eine Bundesratsverordnung eine solche Beschränkung erreichen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Abg. Giesberts (B.):

Es müssen Arbeiter als Gewerbeaufsichtsbeamte angestellt werden. Die Regierung sollte von den Gewerbeaufsichtsbeamten Vorschläge für die Sozialgesetzgebung entgegennehmen. Das Recht der Inspektoren, polizeiliche Verfügungen zu erlassen, ist vollauf begründet. Wir fordern den freien Sonnabendnachmittag in unseren industriellen Betrieben, wie er bereits in England eingeführt ist. In der Großeisenindustrie ist leider durch ansehnliche Bundesratsverordnungen eine Zunahme der Heberarbeit festzustellen. Die Unternehmer hätten die Pflicht, die unglücklichen Zustände, die in der Großeisenindustrie eingetreten sind, zu beseitigen und den Achtstundentag einzuführen. Es gibt Eisenhüttenarbeiter, die außerhalb der zwölfstündigen Schicht eine monatliche Heberarbeit von 96—108 Stunden haben. Das wirksamste Mittel gegen solche Zustände ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter. Auch die Sonntagsruhe muß besser garantiert werden. Die Sozialpolitik wird und darf nicht stillstehen in Deutschland. Wir müssen in unseren Beschlüssen weitergehen als die Regierung! (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Krefel (L.):

Der Abg. Giesberts hat die sozialpolitischen Forderungen überpannt. Die Uebertragung von polizeilichen Befugnissen an die Gewerbeaufsichtsbeamten erscheint uns als sehr bedenklich im Hinblick auf die vielen Fragen, die von den Aufsichtsbeamten an die Unternehmer gerichtet werden. Das ist eine unzulässige Befähigung der Arbeitgeber und ein Auswuchs der Sozialpolitik, denn man den Vorwurf der Ueberschuldung nicht wird ersparen können. Einer meiner Fraktionskollegen wurde sogar jüngst von einem Arzte aufgefordert, festzustellen, ob die Stillfähigkeit der Wöchnerinnen nachgelassen habe. (Beifall und Heiterkeit rechts.)

Abg. Dr. Cremer (natl.):

Die Sozialdemokratie stellt ihre Auffassung der wirtschaftlichen Verhältnisse als die Auffassung der gesamten deutschen Arbeiterschaft dar. Das ist durchaus irreführend. Von den 600 000 Bergarbeitern sind noch nicht 120 000 organisiert. In der Großeisenindustrie nehmen sämtliche gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die christlichen mit eingerechnet, nur den vierten Teil der Arbeiterschaft ein. Die meisten Arbeiter denken also ganz anders als die Herren Hue und Giesberts. Was die Vertreter der Industrie hier sagen, verdient weit mehr Beachtung. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Heberarbeit ist nicht abzuschaffen, ja, die Arbeiter drängen sich selbst dazu. Die zwölfstündige Arbeitsschicht wird durch lange Betriebspausen unterbrochen. Den Gewerbeinspektoren dürfen polizeiliche Befugnisse nicht übertragen werden. Namentlich huldigen die Herren Krefel, die von der Unübersicht kommen, den staatssozialistischen Anschauungen. Der Verdienst der großen Unternehmungen ist nur wenig höher als das, was sie an die Arbeiter nach den Bestimmungen der Sozialgesetzgebung zahlen müssen. Man sollte der Industrie nicht noch mehr aufladen. Unsere Schutzzollpolitik hat es ermöglicht, daß die Industrie so viel für das Wohl der Arbeiter tun konnte. Die Gewerbeinspektoren suchen in schändlicher Weise in den Betrieben mit zu regieren. Der Minister möge dahin wirken, daß sie tatsächlich ihre Tätigkeit ausüben. Vom Standpunkt der christlichen Weltanschauung sind wir für die Sonntagsruhe. Wenn aber der Reichstag jetzt auf diesem Gebiete eine Neuregelung vornehmen will, so müssen wir vor einer weiteren Ausdehnung und einer vollständigen Sonntagsruhe warnen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister Dr. Sydow:

Der Abgeordnete Cremer möge sich mit diesen Wünschen an seine Fraktionskollegen im Reichstag wenden, denen die Vorlage noch nicht weit genug geht. (Beifall links.)

Abg. Hue (Soz.):

Die Gewerbeinspektion ist entstanden und gewachsen unter dem steten Widerstand der Unternehmer und soeben hat der Abg. Dr. Cremer all das wiederholt, was schon in den 50er Jahren widerlegt wurde. Der außerordentliche Aufschwung unserer Industrie ist die treffendste Widerlegung der Behauptung von ihrem

Ruin durch die sozialpolitischen Lasten. Die Erklärung des Ministers ist erfreulich. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollten mehr Erekutionerwartung bekommen. Man hat hier den Erlaß des Ministers so sehr kritisiert, dabei mahnt aber auch er zur Vorsicht. Selbst in Berlin hat 1912 ein Unternehmer einem Gewerbeinspektor unter beleidigenden Redensarten den Zutritt zu seinem Betrieb untersagt, was mag da erst dort vorkommen, wo die Welt mit Brettern vernagelt ist! Dringend nötig ist bei der zunehmenden Beschäftigung weiblicher Arbeiter die

Anstellung von weiblichen Aufsichtsbeamten.

Die auch zur endlichen Durchführung des Kinderbeschützes beitragen würden. Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten muß überhaupt erhöht werden. Nach dem Gewerbeinspektorenbericht für 1912 sind von 169 606 revisionspflichtigen Betrieben 86 309 revidiert worden, also 51 Proz., während es noch 1911 51,9 Proz. waren. Es ist also eine Verschlechterung der Aufsicht eingetreten. Allerdings waren in den revidierten Betrieben 84,5 Proz. aller Arbeiter beschäftigt, aber der Bericht zeigt auch, daß von allen Betrieben nur 12 395 zweimal, 5881 drei- und mehr mal revidiert wurden, daß nur 2462 Nachrevisionen und 4048 Revisionen an Sonn- und Feiertagen stattgefunden haben. Es versteht sich, daß sich bei einer so unzulänglichen Revision sehr viel den Blicken der Aufsichtsbeamten entzogen haben muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie kann man da über zu scharfe Gewerbeaufsicht klagen! Viele Industrien arbeiten mit Tag- und Nachtschicht, was natürlich bei so wenigen Nachrevisionen absolut nicht ausreichend beaufsichtigt werden kann. Im Landespolizeibezirk Berlin sind 20 465 revisionspflichtige Betriebe mit 395 137 Arbeitern vorhanden; davon wurden nur 11 091 Betriebe revidiert durch insgesamt 15 390 Revisionen. Das so gewonnene Urteil über die Gewerbeverhältnisse kann natürlich nur sehr mangelhaft sein; trotzdem wurden auch im Bezirk Berlin vielfach schwere Missetaten ermittelt. Die Inspektoren stellen fest, daß es vielfach an Schutz der erwerbstätigen Kinder und Jugendlichen mangelt. Die traurige Tatsache unserer wirtschaftlichen Entwicklung ist, daß in steigendem Umfang schulpflichtige Kinder zur gewerblichen Arbeit herangezogen werden, und da liegt man über ein zu schnelles Tempo der Sozialpolitik! Es sind in Berlin viele gesundheitschädliche Kellerebetriebe wegen der teuren Miete und vielfach ungesunde Verhältnisse im Gastwirtsgerwebe festgestellt worden, was übrigens auf den ganzen Staat zutrifft.

Die Verkehrsunfälle haben durchweg stark zugenommen, allein in Berlin um 2119. Im Bezirk Berlin postierten 1911 258 tödliche Unfälle, 1912 aber 472, und der Bericht der Inspektoren erklärt die Unfallmehrung als eine Folge der erhöhten Arbeitsintensität, also der gesteigerten Ausnutzung der Arbeitskraft. Außerordentlich groß ist die Zahl der Unfälle in der Metall- und in der Holzindustrie. Ich verweise nur auf die furchtbare Darstellung der durch die Arbeitsmaschinen in der Holzindustrie verkrüppelten Hände, die auf der Wandausstellung in Leipzig ausgestellt war. (Sehr wahr! links.) Die Statistik der Norddeutschen Berufsvereinsgesellschaft für die Holzindustrie beweist die Angaben des Deutschen Holzarbeiterverbandes; danach sind 1912 auf 1000 Kollarbeiter 52,60 Unfälle vorgekommen, im ganzen 16 071. 2882 Unfälle führten zu vorübergehender oder dauernder Erwerbsunfähigkeit, 102 waren tödlich und fast 50 Proz. waren verursacht durch Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen. Der Gewerbeinspektorenbericht für Berlin erklärt die Mitwirkung der Arbeiterkraft bei der Verhütung von Unfällen der Holzindustrie für angebracht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sehr umfangreich sind Leberstunden und Sonntagsarbeit bewilligt worden. Die Folgen dieser Leberproduktion tragen jetzt in der Krise Unternehmer und Arbeiter. Gewiß gibt es Arbeiter, die noch glauben, durch Leberstunden und Sonntagsarbeit sich zu wohlhabenden Arbeitern hinaufzuarbeiten, aber sehr viele Arbeiter haben sich schon zu der Erkenntnis durchgerungen, daß, wenn sie mit der normalen Arbeitszeit sich ein anständiges Auskommen nicht verdienen können, sie das mit Leberstunden und Sonntagsarbeit erst recht nicht erreichen. Wohl aber haben die Leberstunden und die Sonntagsarbeit viel Arbeitslosigkeit verschuldet. — Wenn auch durch die Leberstunden der Verdienst gestiegen ist, so geben sowohl die Gewerbeinspektoren als auch sogar der Essener Handelskammerbericht und das Zentralblatt für Hütten- und Walzwerke zu, daß die Lage der Arbeiter trotzdem durch die Lebensmittelerhöhung beeinträchtigt wurde und daß hierdurch auch die Produktionskosten steigen. Dessen sollten die Unternehmer eingedenk sein, die sich mit den Agrarkonferenzen zu noch härterer Lebensmittelerhöhung verbinden wollen! (Sehr gut! links.) Wie es sich übrigens mit der sozialen Belastung der Industrie verhält, geht daraus hervor, daß diese pro Tonne der Förderung bei der Harpener Bergwerks-Aktiengesellschaft seit 1911 von 1,24 M. auf 1,16 M. gesunken ist. Der Deutsche Bergarbeiterverband hat in seiner Eingabe an den Reichsverband statistisch nachgewiesen, daß der Lohnanteil an dem Wert der Förderung seit 1907 um 8 Proz. zurückgegangen ist. Nach der Statistik des Vereins ober-sächsischer Bergwerks- und Hüttenbesitzer ist die Jahresleistung pro Arbeiter von 1875/79 bis 1911/14 von 100 auf 162 Tonnen gestiegen, der Lohnanteil pro Tonne aber von 1880/84 bis 1911/14 gesunken von 9,30 M. auf 8,38 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Dr. Cramer, der übrigens durch seine Rede bewiesen hat, daß ihm die Kenntnis der Arbeitsverhältnisse in der Grobisenindustrie fehlt, die er anderen Leuten nachsagt (Sehr gut! links), hat behauptet, daß sich im Hochofenbetrieb durch das Zusehen und Abwarten Betriebspausen ergeben. Wäre das richtig, so hätte der Schnellzuglokomotivführer, der von Berlin bis Hannover nicht zu halten braucht und sich auf das Zusehen beschränkt, eigentlich überhaupt gar keine Arbeitszeit! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Deumer hat übrigens die gleiche Rede, die er hier gehalten hat, schon vor 10 Jahren im Reichstag gehalten, er beweist dadurch eine erfreuliche Rüstigkeit! (Heiter-

keit.) Wenn aber die Statistik beweist, daß von einer härteren Belastung der Industrie durch höhere Löhne und Sozialpolitik keine Rede sein kann, dann kann ich mit um so mehr Recht für eine Verstärkung des Arbeiterschutzes eintreten, der heute in der Grobisenindustrie so gut wie gar nicht vorhanden ist. Man sollte es für unmöglich halten, daß die Regierung in der Grobisenindustrie vier Leberstunden täglich zulassen will, was eine 16-Stunden-Schicht bedeuten würde, in den Feuerbetrieben eine Menschenanderei und Menschenhinderung allerersten Ranges!

Hoffentlich besinnt man sich doch noch eines Besseren. 1911 wurden in den Hochofenwerken 21,2 Millionen Leberstunden verfahren, 1912 schon 21,6 Millionen, davon entfielen 11,5 Millionen auf die Sonntagsarbeit. Wenn man nun, wie manche Borredner, die Sonntagsarbeit nicht als Leberstundenarbeit rechnet, so müßte man das Bibelwort umkehren und sagen: „Sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten Doppelschicht machen“, dann wäre es recht! So ist es ja heute auch schon in der Grobisenindustrie mit ihren 24-Stunden-Schichten. Die reichliche Bewilligung von Leberstunden ist ein Anreiz zur Leberproduktion, die zu Arbeiterentlastungen, Feierschichten und Werkstilllegungen führt. Uebrigens beweist gerade der reduzierte Betrieb in den Walzwerken, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit dort technisch durchaus möglich ist, wozu auch die technische Entwicklung des Walzwerkbetriebs alle Voraussetzungen geschaffen hat.

Ueber die Bundesratsverordnung von 1908, zu deren Entschließen eigentlich ich im Reichstag das Karmel gewesen bin, haben sich die Unternehmer bitter beschwert. Inzwischen ist diese Verordnung durchaus unzureichend und ihre Ausführung völlig ungenügend. Nebenbei bemerkt, hat die behördliche Untersuchung alle meine schwerwiegenden Angaben, die ich seinerzeit im Reichstage über die Arbeitsverhältnisse in der Grobisenindustrie machte, vollkommen bestätigt. Die nationalliberalen Redner haben hier die Hüttenarbeiter als kräftige Gestalten geschildert und mit Anführercharakter operiert; von der Vermürdung dieser kräftigen Gestalten durch die heutigen Arbeitsverhältnisse, von der Ausmergelung durch die Feuerbetriebe, wie sie Reumier plastisch dargestellt hat, haben sie nicht gesprochen. (Abg. Hafenclever [nall.]: In Belgien!) Ich bin der Letzte, der sagen würde, daß in Deutschland die schlimmsten Arbeitsverhältnisse bestehen, es gibt noch schlimmere, aber die bei uns sind schlimm genug und wir wollen doch nicht nach den aller schlimmsten streben! In gewissen Abteilungen von Eisenhüttenwerken ist bereits die Achtstundenschicht eingeführt. Es gibt fast keinen Beruf, der so hohe Unfallziffern aufweist wie die Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften. Auf 1000 Arbeiter wurden bei der Norddeutschen Metallberufsgenossenschaft 49 Unfälle angemeldet, bei der Nordwestdeutschen 83, bei der schlesischen 99, bei der Südwestdeutschen 111 und bei der Rheinisch-Westfälischen 179. Gerade die Dörren aber, in deren Betrieben die weitaus meisten Unfälle vorkommen, leisten den heftigsten Widerstand gegen den Schutz der Hüttenarbeiter und drücken mit ihrer ganzen Kraft auf die Regierung, damit sie den Wünschen der Arbeiter nicht Folge leiste. Die Krankheitsziffern betragen in den Hüttenwerken bis zu 130 Proz. — muß da nicht mit der stärksten Kraft gefordert werden, daß diese Menschen geschützt werden und daß die Regierung sich nicht unterliegen lasse von den Interessen der Kapitalisten, sondern das Gemeinwohl voranstelle. (Sehr wahr! links.) Derselbe Abg. Cramer, der hier von den kräftigen Gestalten der Hüttenarbeiter schwärmte, schrieb am 7. Februar 1914 in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, daß die Unfalltauglichkeit unter der Bevölkerung Rheinland-Westfalens und die Geburtenzahl ständig sinkt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da kommt man mit den allen Kamellen vom Ruin der Industrie! Als der preussische Kultusminister von Altenstein 1899 endlich durchschte, daß mit dem Kinderbeschütz ein Anfang gemacht werde, schrien die Unternehmer Jeter und Nordio, daß sie nun nicht mehr Kinder unter 9 Jahren beschäftigen dürften, und das damalige Handels- und Gewereministerium leistete den Bestrebungen von Altenstein Widerstand. Ich hoffe, daß diese Tradition im Ministerium nicht mehr lebendig ist, sondern daß man sich mehr an das Wort hält, das damals der Regierungspräsident von Brandenburg gebrauchte: „Die Menschenkultur ist auf jeden Fall noch wichtiger und erproblicher als die Erhöhung der Industrie.“

Nicht nur im Bergbau, sondern überall verlangen die Arbeiter, daß sie an der Verhütung von Unfällen beteiligt werden. Noch 1912, mußten in Berlin Metallarbeiter und Töpfer in den Streik treten, um den gesetzlich vorgeschriebenen Arbeiterschutz zu erzwingen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt gewiß im Interesse der Gewerbeinspektoren, sich bei der Unfallverhütung und Unfallerbildung die Mitwirkung der Arbeiter zu sichern. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollten auch angewiesen werden, mehr als bisher bei Arbeitskampfen vermittelnd einzugreifen. Freilich werden sie dabei Widerstand bei den Unternehmern finden. Ein Beweis dafür wird aus Breslau berichtet. Dort machte man in der Lokomotivfabrik Linke-Hoffmann den Arbeitern vertragswidrige Lohnabzüge in folgendem Umfang, daß dabei Löhne bis zu 3 M. pro Woche herauskamen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Direktor erklärte, man müsse jetzt die Lokomotiven dem Staat um 4000 M. billiger liefern, und das müßte auch auf die Arbeiterlöhne abgewälzt werden. Der Etat zeigt aber, daß für die Lokomotiven mehr gezahlt wird als früher. Der Gewerbeinspektor bemühte sich in anerkannter Weise zu vermitteln. Man wies ihn aber ab, obgleich auch der Regierungspräsident mit seinen Sympathien auf der Seite der Arbeiter stand, gegen die rechtswidrig vorgegangen war. Durch ihre Beigerung, auf die Vermittelung des Gewerbeinspektors einzugehen, trieb die Fabrikleitung schließlich 1800 Mann in den Streik. Den übrigen 3600 legte man eine Erklärung vor, daß sie nur dem Werkverein, Vaterländischen Arbeiterverein oder Katholischen Arbeiterverein angehören, aber keiner Organisation — das sind also keine Organisationen! —, und daß sie keinerlei Streikunterstützung erhalten. Auf diese Zumutung gingen die Arbeiter alle aus dem Betriebe heraus und das Unternehmen verhängte die Aussperrung. Gestern eilte der Abgeordnete Conrath bis nach Dortmund, um einen Terrorismusfall zu finden. Diese Breslauer

Gewalttätigkeit gegen Arbeiter aller Richtungen fällt er aufnehmend für selbstverständlich. Der Fall beweist aber die Notwendigkeit, das Einigungsverfahren zu verbessern, und die wichtigste Vorbedingung dazu scheint mir die Einführung des Ercheinungszwangs vor dem Gewerbegericht zu sein. (Zustimmung links.)

Zum Schluß möchte ich die Regierung fragen, ob die Ursachen der furchtbaren

Explosion in Rummelsburg

bei Berlin festgestellt werden konnten, was allerdings kaum wahrscheinlich ist, dann aber, wie man in Zukunft wenigstens die Anwohner gegen Schäden durch solche Explosionen sichern will, die sich vor kurzem auch in Querenburg bei Boddum und in der Roburfabrik in Annen sowie in Stodum bei Witten zugetragen haben. Dort hat die höhere Behörde entgegen dem Willen der Gemeinden die Einlagerung großer Mengen gefährlicher Sprengstoffe gestattet. Wenn es nach dem bestehenden gesetzlichen Zustand nicht möglich ist, in die Konzession eine Schadenersatzklausel hineinzubringen, dann muß ein gesetzlicher Schutz für die auf das schwerste bedrohten Bürger geschaffen werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Seheimrat Dr. Hüber:

Eine Regierungskommission hat sich sofort nach Rummelsburg begeben, als die Nachricht von der Katastrophe eintraf. Ein Apparat, der seit vielen Jahren ohne Gefahr benutzt worden war, lag plötzlich in die Luft. Die technischen Voraussetzungen des Vorfalls waren nicht festzustellen. Der Minister hat eine genaue Untersuchung angeordnet. Bedauerlich ist die große Zahl der verunglückten Arbeiter. Ueber den Fall in Querenburg wird der Minister Erhebungen einleiten.

Abg. Rosenow (Sp.):

Die Gewerbeaufsichtsbeamten sorgen nicht nur für den Schutz der Arbeiter, sondern auch für die Entlastung der Unternehmer von der großen Verantwortlichkeit. Die Uebertragung polizeilicher Befugnisse an die Gewerbeaufsichtsbeamten ist durchaus gerechtfertigt. Die Gewerbeinspektoren sollten von den Unternehmern als Berater bei der Anlage und Einrichtung der Betriebe hinzugezogen werden. (Sehr richtig! links.) Wir brauchen Frauen und Jergte in der Gewerbeinspektion. Der füllige Wert der Arbeit geht bei einer grenzenlosen Beanspruchung der Arbeitskraft verloren. In den Väterbetrieben müssen Sauberkeit und gesunde Arbeitsbedingungen herrschen.

Ein sozialdemokratischer Antrag ist eingegangen, der die Regierung ersucht, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, durch welche die Inhaber von Sprengstoffabriken und Sprengstofflagern unter allen Umständen für die angerichteten Schäden Schadenersatzpflichtig gemacht werden.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz., persönlich):

Ich bedauere, durch den Schlußantrag an der Begründung des Antrages verhindert zu sein. Jedoch ist dies nach der großen Bedeutung des Abg. Hue nicht mehr unbedingt nötig.

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Weiterberatung wird auf Montag 11 Uhr vertagt. Handelsrat und Vergeat.

Schluß: 4 1/2 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die justizielle Sprechstunde findet Zinckenstraße 62, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anträgen, denen keine Abnehmerantwortung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Mixtum 61. Dazu sind wir leider nicht in der Lage. — **W. G. 74.** Da, daher der Ausdruck: „Die Geschworenen“. — **G. R. 1.** Private Schulen empfehlen wir nicht. Städtische Volksschule für Mädchen Friedenstraße 16. Kur-Vorl. Prediger Dorow, Reimkendorfer Straße 59. — **Nordland.** Deutscher Sozialdem. Verein „Vorwärts“, Kopenhagen, 3 Anabroksøe. — **G. G. 24.** Dies erfahren Sie bei der Geschäftsstelle der „Freiwilligen Gemeinde“ Berlin, Pappelallee 14/17. — **Spar- und Lotterieverein Gleichheit.** Rein. — **C. V. 56.** Unter den Linden 72. — **W. 1.** Städtische Hochschulen finden Sie im Berliner Adressbuch, 2. Band, Teil 2, Seite 188, Spalte 2. Private Schulen empfehlen wir nicht. — **G. 4.** Im Schmelzen ist uns keine Adresse bekannt. Wenden Sie sich an den 1. Vorsitzenden G. Jacob, Berlin, Omdener Straße 45. — **Joseph 45.** Erste elektrische Linie der „Großen Berliner Straßenbahn“ Schöneberg bis Alexanderplatz. Eröffnet: 1. März 1898. — **G. G. 339.** Bureau der Armeninspektion, Am Rühlendamm 1. — **G. G. 100.** Wenden Sie Ihre Anfrage. — **Zara 19.** Ihre Anfrage ist uns beim besten Willen nicht verständlich. — **W. 87.** Rein. — **G. G. 66.** Ueber die Agentur ist uns nichts bekannt; Borscht ist bei solchen Umständen immer geboten. — **H. G. 100.** A. Ja, für die Zeit bis einschließlich Dezember 1913. B. Nur für königliche Fuhrwerke. — **Paul Joost.** Seit 1868.

Wasserlands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserland	am 6. 3.		am 5. 3.		
	cm	cm ³	cm	cm ³	
Remel, Litzl	288	—	288	—	
Wegsel, Jankenburg	118	0	118	0	
Wegsel, Thorn	300	-13	300	-13	
Ober, Ratibor	245	+28	245	+28	
Krossen	246	-4	246	-4	
Frankfurt	241	-8	241	-8	
Wartze, Schrimm	198	-2	198	-2	
Landsberg	150	+2	150	+2	
Rehe, Gorkam	47	+25	47	+25	
Elbe, Zeitmeritz	117	-2	117	-2	
Dresden	24	+10	24	+10	
Barby	327	-7	327	-7	
Magdeburg	266	-7	266	-7	
Wasserland	6. 3.	5. 3.	Wasserland	6. 3.	5. 3.
Saale, Großhly	186	+12	Saale, Spandau ²⁾	95	0
Havel, Rathenow ²⁾	99	+6	Spree, Spremberg ²⁾	120	+14
Spree, Spremberg ²⁾	120	+14	Bestow	127	0
Bestow	127	0	Weser, Wenden	296	+45
Weser, Wenden	296	+45	Weser, Wenden	434	+86
Weser, Wenden	434	+86	Rhein, Maximiliansau	430	+46
Rhein, Maximiliansau	430	+46	Rhein, Köln	237	+8
Rhein, Köln	237	+8	Rhein, Köln	296	+25
Rhein, Köln	296	+25	Redar, Heilbronn	210	+78
Redar, Heilbronn	210	+78	Wain, Dunau	248	+16
Wain, Dunau	248	+16	Wajel, Zrier	214	+59
Wajel, Zrier	214	+59			

1) + bedeutet Hochs, — Fall, — 2) Unterpegel.

Möbel-Engros-Lager
Berliner Tischler- u. Tapezierermeister

Wir liefern direkt an Private als Spezialität:
gediegene Ein-, Zwei- u. Drei-Zimmer-Einrichtungen
in erstklassiger Ausführung zu konkurrenzlos billigen Preisen.
Schlafzimmer: M. 219, 267, 377, 465, 581, 695, 890, 1061 bis 3500
Speisezimmer: M. 296, 333, 440, 619 bis 4000 | Wohnsalons: M. 291, 334, 469, 550 bis 2500
Herrenzimmer: M. 209, 358, 485, 626 bis 3000 | Neuzeil. Küchen: M. 51, 58, 75, 129, 166, 450
Ständiges Lager von ca. 500 Einrichtungen. Enorme Auswahl bis zum Auserlesenen.
Illustrierter Katalog mit Referenzliste gratis. — 10 Jahre Garantie. —
Franko Lieferung durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude.
Bis 100 km durch eigene Möbelautos. Einzelmöbel.

Albert Gleiser
g. m. b. H.
Berlin C. 33
Alexanderplatz
Alexanderstrasse 42

KADDA-RUSSEN

NURRECHT WENN JEDE PACKUNG DIE SCHUTZMARKE U. JEDE CIGARETTE DIE FIRMA „KADDA“ TRÄGT





Vereinigte Kräfte führen zum Ziel

Das beweist die erfreuliche Fortentwicklung der

Konsumgenossenschaft Berlin u. Umg.

Um weiten Bevölkerungskreisen ein Bild von der Stärke dieser Organisation zu geben, findet

**Sonntag, den 15. März 1914, vormittags 10 bis 12 Uhr,
Besichtigung der Betriebsanlagen**

Lichtenberg, Rittergutstraße 16/26

statt, wozu wir Freunde und Gönner des Unternehmens freundlichst einladen.

Die Konsumgenossenschaft besitzt:

Zwei große moderne **Dampfbäckereien** mit einem täglichen Mehlverbrauch von 450 Zentner.

Eigene Konditorei, Pfefferkuchenbäckerei, Kaffeerösterei, Gelfterfabrik, Zentrallager, Wohnhäuser.

88 000 Mitglieder decken in 125 Verkaufsstellen ihren Bedarf.

Vorausichtlicher Jahresumsatz 18 Millionen Mark.

Die Mitgliedschaft kann jedermann erwerben.

Das Beitritts-
geld beträgt

50 Pfennige

Mitglieder werden auf-
genommen in allen

Verkaufsstellen

NW. Beuffelstr. 4/5
Charitéstr. 8
Ebdener Str. 50
Kostoder Str. 35
Spenerstr. 21
Stendaler Str. 5
ab 16. März Lübecker
Straße 29
Ufnaustr. 16
N. Bornemannstr. 1
Bogenstr. 4
Fehrbelliner Str. 54
Gartenstr. 3

N. Gerichtstr. 3
Gleimstr. 46
Hochmeisterstr. 16d
Hochstädterstr. 6
Hufftenstr. 58
Koloniestr. 139
Luchener Str. 19
Nordufer 4b
Prinzenallee 85
Prinz-Eugen-Straße 24
Rantierstr. 11
Schivelbeiner Str. 9
Soldiner Str. 103

N. Stolpische Str. 24
Swinemünder Str. 33
Logostr. 4
Transvaalstr. 8
Willdenowstr. 4
NO. Bölowstr. 34
Wüschingstr. 12
ab 1. April Barnim-
straße 4/5
Elbinger Str. 42
Kaugarder Str. 45
Wilsstr. 63
Zelterstr. 28

O. Bädterstr. 7
Gabelsbergerstr. 11
Grüner Weg 15
Kochmannstr. 14
Kobornitstr. 3
Küstriner Platz 4
Lieberstr. 7
Nirbachstr. 26
Pettendorferstr. 26
Zorndorfer Str. 61
SO. Abalberstr. 36
Admiralstr. 28
Zorster Str. 3

SO. Ranteuffelstr. 91
Brangelstr. 65
S. Alte Jakobstr. 57/59
Graefstr. 65
SW. Arndtstr. 5
ab 23. März Arndt-
straße 29
Kochstr. 62
Bassertorstr. 20
Yorkstr. 70
W. Goebenstr. 17, Ecke Culmb.
Kurfürstenstr. 17.

Adlershof, Bismarckstr. 11
Alt-Ostend, Rudower
Str. 59, Ecke Köpenicker Str.
Baumschulenweg, Baum-
schulenstraße 90a
Borsdorf, Paradiesstr. 17
Borsigwalde, Schubartstr. 21
Brix, Berderstr. 31
Charlottenburg, Frederica-
straße 11
Kaiserin-Augusta-Allee 55
Pestalozzistr. 55
Potsdamer Str. 30
Wallstr. 23
Weimarer Str. 29
Zerkner, Friedrichstr. 54

Friedenan, Rosellstr. 7
Friedrichsfelde, Capri-
Allee 44
Friedrichshagen, Drachholz-
straße 2
Grünau, Köpenicker Str. 8
Hermisdorf, Berliner Str. 16a
Johannisthal, Bismarckstr. 6
Karlshorst, Treptow-Allee 100
Köpenick, Berliner Str. 5
Borgmannstr. 5
Rügelheimer Str. 48
Lichtenberg, Boghagener
straße 24b
Bürgerheimstr. 102
Zinowstr. 2

Bürtelstr. 40
Kogartstr. 2
Rittergutstr. 22
Bismarckplatz 5
Wühlischstr. 57
Lichterfelde-Rantow, Kaiser-
Wilhelm-Str. 43
Mariendorf, Kaiserstr. 110
Neukölln, Böhmische Str. 47
Bruno-Bauer-Str. 22
Emser Str. 33
Dersfurthstr. 6/6a
Herzbergstr. 22
Kobrechtstr. 26/27
Münchener Str. 39
Steinmeyerstr. 107

Defertstr. 28/29
Widenbruchstr. 89/90
Nieder-Schönhausen, Kaiser-
Wilhelm-Str. 79
Nieder-Schöneweide, Ber-
liner Str. 110
Ober-Schöneweide, Edison-
straße 50
Rathilbenstr. 5
Pankow, Berliner Str. 47
Dollantstr. 102
Reinickendorf-Ost, Holländer-
straße 126
Hoppestr. 16
Reinickendorf-West, Eich-
hornstr. 10

Rosental I, Prinzenallee 7
Schöneberg, Apostel-Paulus-
Straße 40
Ebersstr. 26
Sedanstr. 82/83
Steglitz, Albrechtstr. 115
Südende, Lichterfelder Str. 36
Zehlendorf, Bahnhofstr. 15
Schlieperstr. 27
Freie Scholle 20
Tempelhof, Berliner Str. 39
Dorfstr. 19/20
Treptow, Graefstr. 58
Weißensee, Langhansstr. 7
Lehderstr. 62
Wilmersdorf, Augustastr. 3

Die Verkaufsstellen sind geöffnet an Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags
und von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, Sonnabends bis 9 Uhr abends.

Sonntags geschlossen.

Der Vorstand.

Der Frauentag im Ausland.

Die österreichischen Arbeiterinnen und der Frauentag.

Die sozialdemokratischen Frauen Oesterreichs rüsten zum 4. internationalen Frauentag. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß die Wirkung der bisherigen Frauentage eine gute und anfeuernde war. Die Organisation wurde in zahlreichen Orten durch eine beträchtliche Vermehrung der weiblichen Parteimitglieder gestärkt, die sozialdemokratische Presse und Literatur fand Eingang bei bisher fernstehenden Frauenschichten. Die Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich ist innerhalb der Gesamtbewegung zur Beachtung und Ansehen gelangt. 29 000 Frauen und Mädchen sind heute Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, über 50 000 Arbeiterinnen gehören den Gewerkschaften an. Die „Arbeiterinnen-Zeitung“, die während der Kriegswirren und der nachfolgenden großen Arbeitslosigkeit auf einen Abonnentenstand von 25 000 fiel (von 27 500), hat heute eine Auflage von mehr als 29 000. Die Früchte der Werksaktion vom September kommen in diesem Aufschwung zum Ausdruck, denn 6000 neue weibliche Mitglieder wurden in den Septembertagen gewonnen. Es gibt heute keine Parteikorporation, wo die Genossinnen nicht vertreten wären. Sie sind in den Vorständen und Konferenzen der politischen Partei gleichberechtigt, und auch in der Genossenschaftsbewegung kommen sie immer mehr zur Geltung. Neben dem von der Frauenreichskonferenz eingesehten und von der Partei anerkannten Frauenreichs-Komitee, das die Aufgabe hat, organisierend, aufklärend und erzieherisch unter den Frauen zu wirken, besteht ein genossenschaftliches Frauenkomitee, das die Funktion hat, die Frauen mit den Grundfragen und Zielen der Genossenschaftsbewegung vertraut zu machen und Funktionärinnen für die Aufsichtsräte zu schulen.

Auch in den Gewerkschaften nimmt eine immer größere Anzahl von Genossinnen hervorragende Vertrauensstellungen ein. In den Funktionärinnenkursen, die vom Frauenreichs-Komitee veranstaltet werden, nehmen immer auch Delegierte von Gewerkschaften teil. Auch in den Krankenkassen gewinnen die Arbeiterinnen langsam Zutritt zu den Vorständen. Dem Vorstand der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse gehört eine Genossin an, eine andere dem Ueberwachungs-Ausschuß. Auch in einigen genossenschaftlichen Krankenkassen sind Arbeiterinnen Vorstandsmitglieder, so bei den Buchbindern, den Schneidern, den Zuckerbäckern usw. Zum erstenmal wird eben jetzt eine Genossin für den Vorstand der Gremialbeamtenkrankenkasse der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen kandidieren und drei Gehilfinnen für die Delegiertenversammlung dieser erstklassigen und hochangesehenen Krankenkasse. Am 8. März, am Frauentag, finden diese Wahlen statt, und mit Stolz können die sozialdemokratischen Handlungsgehilfinnen darauf hinweisen, daß sie es verstanden haben, große Kreise ihrer Kolleginnen zur Ausübung des Wahlrechts zu erziehen, so der nationalen und konfessionellen Agitation zu entziehen. Die Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich ist bestrebt, überall zu wirken, wo sich ein Betätigungsfeld bietet. So sind zwei Vertreterinnen in die handelspolitische Kommission der Stadt Wien delegiert, ohne sich übertriebenen Hoffnungen über das durch diese Kommission Erreichbare hinzugeben. Wo es nur Arbeit gibt, sind schließlich die Frauen überall geduldet, viel schwerer fällt es den

herrschenden bürgerlichen Parteien, den Frauen Rechte einzuräumen. Da sind auch in Oesterreich immer nur die Sozialdemokraten die Vorämpfer für die Frauenrechte. So haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im niederösterreichischen Landtag erst vor wenigen Tagen den Antrag gestellt, das Gemeindevahlrecht auf die Frauen auszudehnen, und zwei Genossen haben diese Forderung begründet. Im Landtag von Oberösterreich hat ebenfalls der sozialdemokratische Vertreter eine glänzende Rede für das Frauenwahlrecht gehalten. Die bürgerlichen Parteien jedoch sind hier wie dort gegen diese Forderung der Gerechtigkeit. Wo die Frauen in den letzten Jahren ein Wahlrecht erhalten haben, sei es für Landtag oder Gemeinde, ist es nur aktiv und an eine Steuerleistung geknüpft. Doch ist es heute Tatsache, daß immer größere Kreise von Frauen die Forderung nach dem Wahlrecht erheben. Die Arbeiterinnen waren immer Kämpferinnen für die politische Gleichberechtigung aller Frauen, und sie werden auch am Frauentag mit allem Nachdruck und mit aller Schärfe diese Forderung erheben.

Gegen 300 Versammlungen werden am Frauentag stattfinden. Rednerinnen und die Abgeordneten und sonstigen Funktionäre der Partei werden in allen Teilen Oesterreichs die Forderung nach dem Frauenwahlrecht begründen. Die Arbeiterinnen aber werden nicht ermüden. Immer und immer wieder werden sie die Forderung nach dem gleichen Recht vertreten, durchdringen von der Erkenntnis, daß die Frau erst gerecht gewertet werden wird, wenn sie keine politische Heiotin mehr ist.

Adelheid Popp (Wien).

Die Betätigung finnischer Arbeiterinnen.

Der internationale Frauentag hat in Finnland warmen Wiederhall gefunden. Wir beabsichtigen, am 8. März liberal im Lande Demonstrationen zu veranstalten. In seinem Aufruf fordert der Verband sozialdemokratischer Frauen auch die Parteiorganisationen auf, sich an der Demonstration zu beteiligen. Es gilt die Propaganda um den Sozialismus, den Frieden und das demokratische Wahlrecht. In diesem Zweck erschien das Frauenorgan „Työläisnainen“ als Propagandanummer in größerer Auflage. Als Sonderheft für den Frauentag erschien aus der Feder Alexandra Kollontaj's „August Vebel als Vorkämpfer der Rechte und Freiheit der Frau“. — Aus allen Gegenden des Landes erhält das Bureau des Verbandes sozialdemokratischer Frauen zahlreiche Aufforderungen zur Entsendung von Rednerinnen und Rednern.

Als eine Frage von besonderer Bedeutung sieht bei uns das kommunale Wahlrecht im Vordergrund. Bis jetzt gibt in Finnland ein Stimmwahlrecht der Reichen, so daß die reiche Bourgeoisie in den Kommunen selbstherrlich waltet. In diesem engen Rahmen genießen auch einige bevorzugte Schichten bürgerlicher Frauen ein laum zu neunendes Wahlrecht, wie auch das Recht, in Armen- und Schulkommissionen gewählt werden zu dürfen. — Noch steht es in trüblicher Erinnerung, daß und wie die finnische Arbeiterin sich an dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht und um das Einflammerparlament verdient gemacht hat. Die 1905 und 1906 steht sie auch heute im Vordergrund, wo es sich um die Erklämpfung des gleichen Rechts in der Kommunalverwaltung handelt. Daher ist es zu verstehen, daß gerade auch an dem

Frauentage diese Frage einen wichtigen Teil des Programms einnimmt. Damit im Zusammenhange soll auch erörtert werden, was die Gemeinden in der Fürsorge für Mutter und Kind tun könnten, wie auch entsprechende Kritik der gegenwärtigen Kommunalverwaltungen.

Die parlamentarische Betätigung der Arbeiterfrau findet in der Partei allgemeine Anerkennung. Zu Anfang der gegenwärtigen Session wurden seitens der sozialdemokratischen Parlamentsvertreterinnen vier Anträge eingebracht: eine Eingabe zu einem Gebammengesetz mit der Bestimmung, daß nur geschulte Hebammen berechtigt seien, Geburtshilfe zu leisten, ferner, daß Gemeinden auf je 3500 Einwohner eine Hebamme anstellen sollten, und Gewährung unentgeltlicher Geburtshilfe nebst Arzneimitteln bei einem Familieneinkommen unter 2000 M. Ferner Anträge 1. zur Verbesserung der Lage der im Eisenbahndienst stehenden Frauen; 2. zur Verbesserung der Fürsorge von Blinden, Taubstummen, Epileptikern und Schwachsinnigen, und zur Verabfolgung einer Pension aus den Mitteln des Staates an solche; 3. zur Vornahme einer statistischen Erhebung innerhalb der Bekleidungsindustrie, um die Lage der Konfektionsarbeiter zu beleuchten.

Infolge einer lebhafteren Agitation seitens der Frauen innerhalb der Gewerkschaftskreise ist die Zahl der Mitglieder im vorigen Jahre gestiegen. — Momentan stehen wir vor einer betrübenden Tatsache: am 1. März wurden in Kotka viele Sägereiarbeiter ausgesperrt. Die Gesamtzahl der darunter Leidenden — inkl. Familienangehörigen — beträgt 5000 Personen. Unter den Aussperrten befinden sich auch viele Arbeiterinnen. Seitens der Arbeiter wurde alles aufgeboten, um den Arbeitsfrieden zu erhalten. Aber die Unternehmer waren nicht dafür zu haben. Die Aussperrung ist um so empfindlicher, als eine große Arbeitslosigkeit im Lande wüthet.

Wir sind zum Kampfe gezwungen, wie in aller Herren Ländern. Das Kapital will es so! Es gilt, die gewonnenen Positionen zu verteidigen und neue zu erobern. . . .

So findet die Rote Woche uns mitten im Kampfe. Sie soll und wird uns anfeuern auch im Kampfe gemeinsam mit der Internationalen.

Helsingfors, 8. März 1914.

Silja Pärssinen.

Verbot des Frauentages in Petersburg.

Der Petersburger Stadthauptmann hat ohne Angabe der Gründe die am 8. d. M. geplanten Arbeiterversammlungen mit Verboten über die Lage der Arbeiterin und die Aufgaben der Arbeiterinnenbewegung verboten! Die seit mehreren Wochen begonnenen Vorbereitungen zum Frauentag sind durch das brutale Verbot des Stadthauptmanns kurzer Hand vernichtet worden. Während die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen noch am 5. d. M. die Möglichkeit erzielten, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, in der die liberalen Damen und Abgeordneten über die Rolle der Frauen, der Befreiung, über das Wahlrecht der Frau usw. zu sprechen vermochten, wird den Arbeitern und Arbeiterinnen ohne Angabe der Gründe das Recht entzogen, auf ähnlichen Versammlungen ihre Stellung zu diesen Fragen kundzugeben. Daß dieses Verbot eine den Absichten seines Urheber's entgegengesetzte Wirkung ausüben wird, versteht sich von selbst. Auch die rücksichtslosigen Frauen in den Arbeiterkreisen werden durch dieses Verbot aufgebracht und den allgemeinen Lösungen der Arbeiterbewegung zugunlicher gemacht werden.

Die neuesten Herren-Moden

Einige Beispiele aus unserer gewaltigen Auswahl:

Unsere Kleiderwerke

liefern die besten Erzeugnisse, die modernsten Fassons und haben allgemeine Anerkennung gefunden



Jackett - Anzug
Oliv, grau oder bräunlich gemusterter Cheviot
27 M.



Jackett - Anzug
Vornehme Cheviots, bräunlich-grünlich u. grau Elegante Verarbeitung
50 M.



Jackett - Anzug
Pepita - Muster, in grau oder flaschengrün Cheviot
33 M.



Gehrock - Anzug
Tuchkarungarn in vornehmster Ausführung
40.- 55.- 70 M.



Cutaway u. Weste
Marengo - Cheviot, vornehmste Formen
27.- 36.- 50 M.



Jackett - Anzug
Unser Spezial-Marko H. S. ledervattonen-Fabrikmuster, grau, braun u. mode Cheviot
36 M.

Jetzt trägt man

flaschengrün
blau-marengo
lederfarben
mittelgrau und
Pepita-Muster



Ulster
Diagonal Cheviot in lederfarb., grau, oliv u. flaschengrün, vornehmste Ausführung.
30.- 40 M.



Sport-Paletot
Covercoat in oliv, bräunlich u. mode
36.- 50 M.

Vornehme Maß-Anfertigung

Erstklassige Stoffe • Neuzzeitige Moden • Vorzüglicher Sitz • Tadellose Ausführung

Jackett-Anzüge nach Maß	Paletots u. Ulster nach Maß	Beinkleider nach Maß
64.- 75.- 85.- 90.-	54.- 64.- 72.- 84.-	17.- 22.- 25.- 30.-

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 48 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

Versand nach außer- halb setzt nach Empfang der Bestellung. Von 20 Mark an franko!

Sonntag nur von 12-2 geöffnet!

M. 32 M. 32



Radfahrer, kauft kein Fahrrad keine Zubehörteile

ohne sich Konkurrenzlosen Leistungsfähigkeit überzeugt zu haben von unserer

M. 37 M. 37



Keine Schein-Offerte! Wir verkaufen, was wir inserieren!

„Fakir-“ u. Limania-Fahrräder

Elegant Bau! Vornehme Ausstattung! Stabil und zuverlässig!
28 Modelle in allen Preislagen konkurrenzlos billig!
 Komplettes Herrenrad von Mark **32°°** an Nach wie dagewesen! Komplettes Damenrad von Mark **37°°** an
 Beschäftigen Sie in Ihrem eigenen Interesse unsere mustergültigen Ausstellungsräume oder fordern Sie kostenlose Zusendung unseres soeben erschienenen Fahrrad-Spezialkatalogs Nr. 14
 Wir schlagen jede Konkurrenz!

Fahrrad-Zubehör und Radfahrer-Bedarfs-Artikel.

Mark 8.50 Hinterrad mit Freilaufnabe und Rücktrittbremse 8.50 Mark
 Alle Größen, nur frische Ware!
 Laufmängel M. 1.45, 1.75, 2.20, 3.00. — Luftschläuche M. 1.25, 1.40, 2.00 2.50. — Decke M. 4.15.
1 Jahr Garantie. — Schläuche M. 2.50. — Azetylen-Laternen v. M. 1.15 an, Oellaternen v. 58 Pf. an. — Pedale, Paar 85 Pf. — Vorderradnaben von 75 Pf. — Hinterradnaben v. M. 1.45 an.
Reparaturen für Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechmaschinen aller Fabrikate erledigen wir prompt u. billig
Eigene grosse Werkstatt!
 Alles Prima-Ware!
 Felgen 68 Pf. — Gespannte Räder M. 2.50. — Fusshalter 11 Pf. — Fahrradketten 90 Pf. Hosenhalter, 10 Paar 8 Pf. — Ja. Sattel v. M. 1.45, Glocken v. 10 Pf., Lenkstangen v. 90 Pf. an. Gepäckträger v. 60 Pf., Ständer v. 30 Pf., Fusspumpen v. 43 Pf., Satteldecken v. 35 Pf. an usw.

Wir führen nur **erstklassige Qualitätswaren** und verkaufen **billiger** als jede Berliner und auswärtige Konkurrenz!

M. Liemann, Berlin C., Prenzlauer Str. 46k, 2 Minuten vom Alexanderplatz Beste Verbindung nach all. Richtungen

— Gegr. 1888. — Jahresumsatz über **3 000 000 M.** Unbedingt leistungsfähigste Bezugsquelle Berlins

Fahrgeldvergütung bei Einkäufen von 20 M. an. — Sonntags geöffnet von 12-2 Uhr.

Sie bleiben gesund, wenn Sie schnupfen

Milo-Rund
 Bester russischer Augen-Schnupftabak

Dosen und Päckchen a 10 Pf. durch den Zigarenhandel.



Fast gänzlich schmerzlos. Zahnziehen in örtlich. Betäubg. p. Zahn

Zähne v. 1.50
Zahn-Atelier P. Kronemann

Elsasser Str. 18. — Oranienstr. 61. — Charlottenburg, Wilmerdorfer Str. 117. — Lichtenberg, Frankfurter Allee 169. Teilzahlungen zugelassen! — Vorlagen Sie kostenlosen Besuch eines Vorretors! Sprechzeit 9-1, 3-7 1/2 Uhr.

Heines Werke
 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts

Möbel-Ausstellung
 Ausstellung von neuzeitlichen Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen, i. schlichter gediegener Geschmackrichtung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kommission für vorbildl. Arbeiterwohnungen in

Höfner's Möbel-Engros-Haus
 Berlin N. 201, Veteranenstr. 11, 12, 13. Besichtigung frei. Abgabe der kompl. Einrichtungen sowie einzelner Stücke zu ganz mäßigen Preisen.

Restaurant Klostergarten

Pätzensee — am Spandauer Schiffschleusenkanal.
 Empfehle den Vereinen, Vereinen und Genossen meine Lokalitäten.
 Saal mit Garten. — 2 Regeldampfen. — Jeden Sonntag: **Großer Ball.** Hermann Stümer.
 NB. Zur Kenntnisnahme, daß der neue Jungferntag am 7. März d. J. freigegeben worden ist.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf.

Drei große Säle. Veranden. Hallen. Große Kaffeeküche. Terrassenartig am Wasser und Chaussee gelegen. Spielplätze im Walde. Telefon: Erkner 149.
 Ferner empfehle Schloßpark Wilhelminenhof, Ober-Schöneweide 3162. Ebenso meine Dampfer und Motorboote. Station Michaelbrücke a. d. Michaelstraße, gegenüber der Stadtbahn. Moritzplatz 12715. Fr. Saewert.

Gewerkschaftshaus in Prenzlau zu verkaufen. Beabsichtige mein Restaurations- und Saalgeschäft fruchtbarer zu verkaufen. Nicht wollen sich mit mir in Verbindung setzen. 11526
Trebesch, Prenzlau, Edelstr. 67.

Koche mit Knorr

- | | |
|-------------|-----------------------------|
| Montag: | Knorr-Grünkernsuppe |
| Dienstag: | „ Pariser Suppe |
| Mittwoch: | Knorr-Tomatellapuppe |
| Donnerstag: | „ Blumentohlsuppe |
| Freitag: | Knorr-Erbensuppe |
| Sonntag: | „ Frankfurter Suppe |
| Sonntag: | Knorr-Suppe Reis m. Tomaten |

48 Sorten Knorr-Suppen
 1 Würfel 3 Teller 10 Pfg.

Siegfried Habermanns Gesellschaftshaus.

Hohen-Neuendorf (Nordbahn) Eisenbahnstation Stolpe.
 40 Min. Fahrtzeit vom Stettiner Vorortbahnhof.
 Empfehle den werten Vereinen, Touristen und Radlern mein unmittelbar am Bahnhof Stolpe und an der Berlin-Oranienburger Chaussee gelegenes Lang- und Bergnahrungshotel mit großem schattigen Garten. Ausspannung, Fahrradraum und Regeldampfen bestens vorhanden.
 Jeden Sonntag Lang- — Säle für 20 bis 300 400 Personen. Letzter Zug nach Berlin 12.21 Uhr nachts. 36242
 Gut gepflegte Biere. Vorsüßliche Küche.

Raucht August Bebel-Cigaretten

Nur Qualität
 Preis 2, 2 1/2, 3 und 5 Pfg.
 Ueberall zu haben.
 General-Vertrieb für Deutschland Hagen i. W., Königstr. 15. Tel. 2767.
 Tüchtige eingef. Vertreter gesucht.

Sie können darauf schwören!

Was Sie nirgends erhalten können, in unseren Riesen-Lagern finden Sie es!
Möbel auf Kredit an Jedermann

Eine Anzahlung ist nicht nötig!
 sobald der Kunde durch sein Quittungsbuch nachweisen kann, dass er bei uns oder in anderen Kreditgeschäften ein Konto in entsprechender Höhe besessen und erledigt hat

Spezialität:	Spezialität:
Einzimmer - Wohnung nebst Küche Anzahlung M. 25.— 2 Bettstellen 2 Matratzen 2 Kellerräume 1 Kleiderschrank 1 Spiegel 1 Tisch 2 Stühle 1 Küchenschrank 1 Küchentisch 1 Küchensstuhl 1 Küchenshandtuchhalter	Zweizimmer - Wohnung nebst farbiger Küche Anzahlung M. 50.— 2 Metallbetten, engl. Form 2 Anliegematratzen 2 Kellerräume 1 Kleiderschrank 1 Vertiko 1 Spiegelwand 1 Spiegel, 1 Sofa 1 Tisch, 2 Stühle 1 Küchensstuhl 1 Küchentisch 1 Küchenschrank 1 Küchensstuhl 1 Küchenshandtuchhalter
Gesamt-betrag M. 240.— Rate pro Woche M. 1.50	Gesamt-betrag M. 450.— Rate pro Woche M. 2.50-3

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen
 bestehend aus
 Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
 in kolossaler Auswahl
 in 50 Musterzimmern

Einziges Abzahlungs-Geschäft, welches Mitglied der Rabattmarken-Gewährungs-Genossenschaft ist, oder 5% von der ganzen Kaufsumme in barer Vergütung

Größtes und vornehmstes
Waren- und Möbel-Kredit-Haus

ALLE TAGE ANDERS

Pank-, Gericht- u. Reinickendorfer Strasse Ecke
 Größtes Haus am Hettelbeckplatz □ Bahnhof Wedding gegenüber

Katalog auf Wunsch gratis!

Möbel-Lechner

I. Geschäft: Brunnenstr. 7 am Rosenthaler Platz
 II. Geschäft: Müllerstr. 174 Ecke Fennstraße, I. Etage

Wichtig für Brautleute!

I Stube u. Küche M. 170 Anzahlung M. 10 wöchentl. M. 1.50
 II Stube u. Küche M. 200 Anzahlung M. 15 wöchentl. M. 2.—
 Große besseren Wohnungs-Einrichtungen Anzahlung v. M. 50.— an wöchentl. Mark 4.—
 Herren- und Speise-Zimmer Anzahlung von Mark 40.— an wöchentl. M. 3.—, monatl. M. 12.—
 Einzelne Möbelstücke Anzahlung v. M. 4 an, wöchentl. v. M. 1 an, weitere auch nach auswärts.
 Vorzeiger des Inserats erhält bei Kauf einer Wohnungseinrichtung M. 10 gutgeschrieben.
 Heute Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet!

Bildung ist Macht – Bildung ist Kapital

das niemand dem Arbeiter streitig machen kann. Daher gehört in das Heim eines jeden Arbeiters eine gute Zeitschrift, aus der er Kenntnisse schöpft von allem Wissenswerten aus Geschichte, Literatur, Kunst und Wissenschaft. Ein populäres Blatt, das ihm nach harter Werktagsarbeit Stunden froher Unterhaltung und reinen Genusses spendet.

„Die Lese“ das große Volksblatt für Bildung, geistige Kultur und Fortschritt

ist das Blatt der schaffenden Stände, das von Schriftstellern und Volksführern empfohlen wird. Sie liefert

jedem Arbeiter eine Bibliothek kostenlos durch die Beigabe von vier wertvollen Büchern pro Jahr.

Bezugspreis 15 Pfg. pro Heft.

Man benutze nebenstehenden Bestellschein.

Arbeiter unterstützt keine Schundliteratur – lest „Die Lese“!

Bestellschein.

An die
Buchhandlung des Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Unterzeichneter abonniert hiermit auf

„Die Lese“

wöchentlich ein Heft für 15 Pfg.
oder vierteljährlich 1,80
und erhält beim Bezuge der Hefte

Januar-März 1914 das 1. Buch 1914
April-Juni 1914 das 2. Buch 1914
Juli-September 1914 das 3. Buch 1914
Oktober-Dezember 1914 das 4. Buch 1914

Name: _____

Ort u. Datum: _____

Straße: _____

Wäscht von selbst
ohne Reiben und Bürsten.

Persil

das selbsttätige
Waschmittel

Bleicht und desinfiziert.
Garantiert unschädlich.

Die reellsten und solidesten

MÖBEL

liefert anerkannt **Möbelfabrik von Schulz**, Reichenberger Straße 5, seit 36 Jahren die mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenpreisen und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10 000 M. am Lager.

Metzner Kinderwagen-Welthaus

Berlin



Am Andreasplatz

befindet sich, wie überall bekannt, das größte und leistungsfähigste Spezial-Geschäft dieser Branche. Bei Bedarf in Kinderwagen, Metall-Beistellen, Kinder-Kloppwagen, Storkwagen, Kinder- und Hochmöbeln, Kinderfahrzeugen, Kinderpuppen etc. hat man ständig eine unerreichte

Große Ausstellung

Ferner große Verkaufsstellen: Brunnenstr. 95, Beusselstr. 67, Leipziger Str. 54, Neukölln, Bergstr. 133

1000 Mark Belohnung

zahlt ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Spezial-Geschäft in der Branche als das meinige nachweist.

Ein
sehr
wichtiger
Hinweis

! Kredit! erhält Jeder!

in streng diskreter, selbstredend kulantester Form

Komplette
Küchen von 59 M.
Schlaf-
zimmer von 235 M.
Wohn-
zimmer von 270 M.
Speise-
zimmer von 565 M.
Herren-
zimmer von 398 M.
Komplette
Salons von 372 M.

125
komplette Zimmer
stets auf Lager.

Beamte
ohne
Anzahlung!

Damen-
Kostüme von 32 M. an
Paletots von 26 M. an
Mäntel... von 35 M. an
Ulster... von 29 M. an

Herren-
Anzüge... von 28 M. an
Reckanzüge von 39 M. an
Ulster... von 34 M. an
Paletots von 41 M. an

Wer probt, der lobt

den Nordhäuser Kautabak

von

Grimm & Triepel

Röllchen und Stangen mit Firmenzettel.

Möbelfabrik Rob. Seelisch, Berlin O 10, Rigaerstr. 71-73a.

Gegründet
1876.



Illustrierter Katalog gratis und franko!
Frachtfrei nach all. Plätzen Deutschlands.

Schlafzimmer „Rekord“, echt Eiche, sehr spart wirkend.
2 Bettstellen, 1 Waschkommode, 1 Spiegel, 2 Nachtschränke, 1 Schrank komplett M. 325,-

Wohnzimmer „Bonn“.
1 Trübschrank M. 63,-
1 Kleiderschrank M. 72,-
1 Vertiko M. 72,-
1 Umbau M. 77,-
1 Sofa M. 78,-
1 Tisch M. 21,-
4 Stühle M. 23,-
komplett M. 408,-

Küche „Frieda“, Anstrich grau mit Malerei.
1 Schrank, 1 Anrichte mit Rahmen, 2 Stühle, 1 Tisch, 1 Handtuchhalter, 1 Kohlenkasten komplett M. 95,-

Öffentliche politische Versammlungen.

Frauentag.

Sonntag, den 8. März 1914, nachmittags 2 Uhr:

Öffentliche Frauen-Versammlungen Berlin.

Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59
Happoldts Brauerei, Hasenheide 32/38
Graumann, Naunynstr. 27
Süd-Ost, Waldemarstr. 75

Konzert- und Festsäle, Koppenstr. 29
Schweizergarten, Am Königstor
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10
Berliner Bockbrauerei, Mt. II, Chausseestr. 64

Frankes Festsäle, Badstr. 19
Pharus-Säle, Müllerstr. 142
Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24

Referenten: Toni Breitscheid, Otto Büchner, Dr. Oskar Cohn, Frau Dr. Christingen-Tobler, Emil Dittmer, Hugo Haase, Paul John, Hugo Poetzsch, Heinrich Ströbel, Dr. Hermann Weyl, Klara Weyl.

Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg.

Adlershof Restaurant Otto Ziege, Widmarkstr. 29.
Alt-Glienicke „Zum Wasserturm“, Gottfr. Schäfer, 3 Uhr.
Baumschulenweg „Gesellschaftshaus“, Baumschulenweg 78.
Berlin-Britz „Gesellschaftshaus“, Chausseestr. 97.
Bohnsdorf-Grünau Restaurant Falkenruh (Villa Nahl), Inh. E. Salsger.
Charlottenburg „Volkshaus“, Postenstr. 3.
Köpenick Stadttheater, Friedrichstr. 6.

Groß-Lichterfelde Restaurant Wahrensdorf, Baeckstr. 7.
Königs-Wusterhausen, Wildau-Niederlehme, Senzig-Zernsdorf Restaurant Neue Mühle (Inh. Thormann).
Neukölln Parfisch, Hermannstr. 49.
„Hohenhausen“, Rottbuser Damm 76.
„Passage-Festsäle“, Bergstr. 151/152.
„Vertr.-Festsäle“, Ankerstr. 113.
Nieder-Schöneweide, Johannisthal Waldhaus, Berliner Str. 81.
Nowawes Restaurant Singer, Priesterstr. 31. 3 Uhr.

Schöneberg „Neue Rathausäle“, Weininger Str. 8.
Steglitz-Friedenau „Birkenwäldchen“, Schönestr. 4.
Tempelhof-Mariendorf Restaurant Tivoli, Berliner Str.
Trebbin „Gesellschaftshaus“ (Inh. Schulze), 3 1/2 Uhr.
Treptow „Rennbahn“, Eisenstr. 115/116.
Wannsee „Fürstehof“, Königstr.
Wilmerdorf „Viktoriagarten“, Wilhelmstr. 114.
Zehlendorf „Gesellschaftshaus“ (Inh. B. Nied), Karlstr. 12.

Referenten: Anna Aufhäuser, Hermann Barenthin, Gertrud David, Paul Dupont, Wilhelm Düwell, Karl Freter, Gustav Fuß, Kurt Heinig, Max Henschke, Alfred John, Franz Kotzke, Hermann Kunze, Gustav Link, Dr. Ernst Meyer, Wilhelm Paetzel, Wilhelm Pieck, Ernst Reuter, Eilfriede Ryneck, Gertrud Simon, Georg Ucko, Adolf Wuschick, Fritz Zubeil, Gustav Zwahr.

Niederbarnim.

Bernau Salzman, Badborfer Straße.
Borsigwalde „Vorhölwälder Festsäle“ (Inh. Rich. Hohn).
Friedrichshagen Gisteller, Friedrichstr. 96/97.
Lichtenberg „Schwarzer Adler“, Frankf. Chaussee 5.
„Café Bellevue“ am Bahnhof Stralau-Hummelsburg.

Ober-Schöneweide Wilhelminenhof.
Oranienburg Waldhaus Sandhausen.
Pankow, Buchholz, Nieder-Schönhausen in Pantow, Kochstr. 3/4. 1 Uhr.
Reinickendorf-Ost Schützenhaus, Residenzstr. 102.

Reinickendorf-West Deher, Scharnweberstr. 101.
Rosenthal Wilbrod, Walderseestr. 5.
Tegel, Hermsdorf, Waidmannslust in Tegel, Trappes Festsäle, Bahnhofsstr. 1.
Weißensee Schloss Weißensee.

Referenten: Eugen Brückner, Hermann Clajus, Anna Dietz, Heinrich Farwig, Karl Hetzschold, H. Grünzel, Martha Jeetze, Anna Kiesel, Joachim Klüb, Karl Leid, Luise Siedel, Artur Stadthagen, Karl Wermuth.

Tagesordnung:

Heraus mit dem Frauenwahlrecht!

Alle Frauen sind eingeladen.

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.

Möbel-Boebel Berlin's Moritzplatz 58



Schlafzimmer

- echt Eiche anpoliert M. 315.-
1 Schrank mit Spiegel ... M. 88.-
1 Waschkommode mit Marmor ... M. 55.-
1 Spiegelauflatz ... M. 18.-
2 Bettstellen ... & M. 48.- M. 82.-
2 Nachttische mit Marmor ... M. 49.-
2 Stühle ... M. 14.-
(1 Umbau extra M. 60.-) M. 315.-

Wohnzimmer

- echt Nussbaum, furniert M. 278.-
1 Kleiderschrank ... M. 56.-
4 Stühle ... & M. 5.- M. 29.-
1 Truhenbank ... M. 32.-
1 Vertikales ... M. 35.-
1 Vertikales ... M. 68.-
1 Moquetteofen ... M. 75.-
(1 Umbau extra M. 53.-) M. 278.-

Frachtfrei d. ganz Deutschland. Verkauf nur im Fabrikgebäude. 5 Jahre Garantie. Gegründet 1879. 9 Etagen. Musterbuch gratis. Geöffnet: Wochentags 8-6 Uhr, Sonntags 12-5 Uhr.



Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen

MOBEL MESSE

28. FEBR. - 17. MÄRZ 1914
AM ZOO EINTRITT FREI
10. & 11. UHR
TUCHLER-INNUNG ZU BERLIN

Möbel-Ausstellung am Zoo

Mitglieder des Holzarbeiterverbandes!

In der Ausstellung am Zoo ist eine besondere Abteilung eingerichtet, welche die Herstellung von Kleinwohnungs-Einrichtungen in Berlin fördern soll.

Diese Abteilung ist von besonderer Bedeutung für unser Gewerbe, da sie neben dem Bestreben, gute, geschmackvolle, praktische und billige Arbeiterwohnungs-Einrichtungen zu schaffen, auch geeignet ist, die Anfertigung der Kleinwohnungs-Einrichtungen in Berlin zu heben und mehr Arbeitsgelegenheit am Ort zu schaffen.

Die ausgestellten Einrichtungen sind nach den bei dem Wettbewerb preisgekrönten Entwürfen angefertigt.

Wir empfehlen deshalb unseren Mitgliedern, die beiden Sonntage

8. und 15. März

zu benutzen, um die Ausstellung, insbesondere die Abteilung für Kleinwohnungs-Einrichtungen, zu besichtigen. Die Ausstellung geht am 17. März cr. zu Ende.

Heute Sonntag, von nachmittags 4¹/₂ Uhr ab, findet eine Führung unserer Mitglieder durch die Ausstellung statt.

Der Eintritt ist frei.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.

Die Mitglieder werden hierdurch nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß vom 1. März an folgende Lohnerhöhungen in Kraft treten, die am 7. März erstmalig zur Auszahlung gelangen müssen:

1. Alle dem allgemeinen Verträge, dem Verträge für die Treppengeländerbranche, dem Verträge für die Laden- und Kontormöbelbranche, dem Verträge für die Modellfabriken unterstehenden Lohnarbeiter, sowie die in Lohn beschäftigten Sautischler und Einseher erhalten ab 1. März eine Lohnerhöhung von 2 Pfennig pro Stunde.
2. Alle dem Verträge für die Stuckindustrie unterstehenden Lohnarbeiter erhalten ab 1. März eine Lohnerhöhung von 1 Mark pro Woche.
3. Die Mindestlöhne erhöhen sich für:

- a) Treppengeländerarbeiter, die noch nicht in der Branche gearbeitet haben, von 62 Pf. auf 64 Pf. pro Stunde.
- b) Für solche gelernten Arbeiter, die vier Wochen in derselben Werkstatt gearbeitet haben, von 67 Pf. auf 69 Pf. pro Stunde.
- c) Stuckarbeiter (Zackarbeiter), die mindestens ein Jahr in der Branche mit Facharbeit beschäftigt sind, von 29 M. auf 30 M. pro Woche.
- d) Modellsticker und Modelldreher über 21 Jahre von 77 auf 79 Pf. pro Stunde.
- e) Sautischler (Einstellungslohn) für Arbeiter, die noch nicht in der Branche gearbeitet haben, von 57 auf 59 Pf. pro Stunde. Für Arbeiter, die sechs Monate in der Branche beschäftigt sind, von 62 auf 64 Pf. pro Stunde.

4. Die Minimalabzugszahlung für alle dem allgemeinen Verträge unterstehenden Akkordarbeiter erhöht sich von 28,50 auf 29,50 M. für diejenigen, die in den letzten sechs Wochen durchschnittlich 30,50 M. pro Woche verdient haben.

5. Alle dem allgemeinen Verträge, dem Verträge für die Treppengeländerbranche, dem Verträge für die Laden- und Kontormöbelbranche unterstehenden Akkordarbeiter erhalten auf die bestehenden Akkordpreise einen Aufschlag von 3 Prozent. Für Sautischler und Einseher gelten die Bestimmungen der Tarife.

In allen Betrieben, in denen die vorkiehenden Lohn- und Akkordpreiserhöhungen am 7. März nicht zur Auszahlung gelangt sind, ist sofort dem zuständigen Obmann Meldung zu erstatten. Die Ortsverwaltung.

Montag, den 16. März 1914:

Wahl der Delegierten zum Verbandstage.

Montag, den 30. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1:

Ordentliche General-Versammlung.

Anträge müssen bis zum 20. März an das Bureau, Rungestraße 30, eingesandt werden. Die Ortsverwaltung.

Wichse

mit Wichse von
Carl Sauber & Sohn
denn lebt auf glänzendem Fuße Du schon.
In haben in allen einst. Geschäften. — Händler gesucht.
Frankfurter Allee 10a.
Begr. 1865. — Fernspr. Nr. 12674

Steckenpferd- Seife

Die beste Milienmilchseife für zarte weiße Haut

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Bureau: Engelauer 14/15 II.

Delegierte zur örtlichen Generalversammlung der Bezirks- Verwaltung Groß-Berlin.

Montag, den 6. April 1914, abends 8¹/₂ Uhr, in Kellers „Neue Philharmonie“,
Küpenider Straße 96/97:

Außerordentliche General-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Besprechung der eingegangenen Anträge zum Verbandstag in Köln a. Rh. 1914.
 2. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 3. Geschäftliches.
- NB. Legitimationskarte und Mitgliedsbuch sind mitzubringen und zwecks Kontrolle resp. Abstempelung am Eingang zum Versammlungsort vorzulegen.
- Ohne Karte und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wer über 8 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.
Die Bezirksverwaltung. J. A. Werner.

62/20

Achtung!

Hausangestellte!

Sonntag, den 8. März, abends 7¹/₂ Uhr, in den Industrie-Festhallen,
Weuthstraße 20 I:

Versammlung

aller Köchinnen, Stüben, Haus- und Kinder mädchen,
Mädchen für alles, Anshilfen, Diener, Wasch- und
Reinemachefrauen.

Tagesordnung:
Vortrag des Herrn Störmer: „Der Kampf gegen die
Ungerechtigkeit.“
Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Gute Wirtin. Die Ortsleitung.

46/4

Betriebskrankenkasse „Stadtgemeinde Berlin.“

Bekanntmachung.

Für die am 16. März d. J. anstehende Wahl der Vertreter zum Vorstand sind 5 Wahlvorschlagslisten eingegangen, von denen die mit der Nr. 5 verleiende Liste innerhalb der im § 9 der Wahlordnung zugelassenen Frist zurückgenommen ist.

Die übrigen 4 Wahlvorschläge sind geprüft, für richtig befunden und liegen vom Montag, dem 9. März 1914, in unserer Hauptkass., Alexanderstraße 29/40, von 9-1 Uhr, und den einzelnen Wahlstellen zur Einsicht der Beteiligten bestimmungsgemäß aus.

Die eingereichten Wahlvorschläge haben folgende Ordnungsnummern erhalten:

- | | |
|--|-------|
| a) Wahlvorschlag durch Punkte eingereicht: | Nr. 1 |
| b) Weipel | Nr. 2 |
| c) Wichura | Nr. 3 |
| d) Strindl | Nr. 4 |

Berlin, den 8. März 1914.

269/14

Der Vorstand
der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin.
J. A. Gutzeit.

Bäckerei-Genossenschaft Charlottenburg u. Umgegend

(G. m. b. H.)
Bilanz per 31. Dezbr. 1913.

Aktiva.	
Umsatzen-Konto	3305,89
Beispann-Konto	727,30
Kassens-Konto	450,—
Beispann-Umsatzen-Konto	19,50
Kontroll-Konto N. G. G.	100,—
Spezial-Konto P	316,20
Bücher-Konto	6903,95
Spezial-Konto B	144,—
Kassa-Konto	3604,31
Detail-Konto	3468,20
Baren-Konto	1076,20
	17082,45
Passiva.	
Mitglieder-Aufgaben-Konto	540,—
Kassens-Konto	665,—
Darlehens-Konto	5900,—
Reservemittel-Konto	1125,94
Reservefonds-Konto	900,—
Betriebsfonds-Konto	958,28
Konto-Korrent-Konto	6817,92
Dispositions-Konto	775,31
	17082,45

Im Laufe des Geschäftsjahres ist kein Genosse beigetreten und keiner ausgeschieden. Am 31. Dezember 1913 betrug die Mitgliederzahl 18 und das Mitgliederbudget 640 M. Die Gesamtsumme von 640 M. hat sich nicht vermindert und nicht vermindert. 100/18

Der Vorstand
Hermann Diebig, Ferdinand Junge.

Buß' Ball-Salon
85, Gr. Frankfurter Str. 85.
Erster Osterfesttag ist noch unter günstigen Bedingungen zu vergeben.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis,
Bezirk 98.

Am 6. März verstarb unser Mitglied
Marie Liebers
Vergamannstr. 2.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag, den 10. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Seestraße und Kaiserstrasse Ecke aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis,
Petersburger Vorst., Bez. 253 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Hermann Kaser
(Gedertstr. 8) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Montag, den 9. März, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.

Am 6. März starb unser Mitglied, der Bauarbeiter
Hermann Kaser
(Vesler Str. II).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 9. März, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis,
Bezirk 81a.

Am Donnerstag, den 6. März, verstarb unser Genosse, der Feiler
Paul Müller
Solliner Str. 17.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 9. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freiwalder Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederharnim.

Bezirk Lichtenberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse
Wilhelm Witske
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Margareten aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Genosse
Hugo Hackbarth
am 6. d. M. nach langem schweren Leiden im Alter von 28 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Hildestraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein für
d. Reichst.-Wahlkr. Niederharnim.

Bezirk Lichtenberg.
Am Freitag, den 6. März, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser Mitglied, die Genossin
Lucie Klose
Wäher Str. 5a, Bezirk 19.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes Hildestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Hermann Knapp
(Weißdamer Str. 44)
im Alter von 57 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 8. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Luisen-Kirchhofes, Fährtenbrunner Weg, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Chauffeur
Max Harz
am 5. d. M. im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 9. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Pringelallee, aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeulleur
Deutschlands.

Am 5. März starb unser Mitglied der Sattlerbranche
Hermann Wedell
Berkstr. Wunderlich.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem alten Paulskirchhof, Seestraße, statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner
Oskar Dallmer
Goldaper Straße 8, am 5. März an Nervenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 9. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich noch nachträglich den Genossen des 6. Kreises (Bezirk 523/529) meinen herzlichsten Dank.
Paula Guder und Tochter.

Für die Teilnahme anlässlich der Einäscherung unserer Mutter, der Hausbesitzerin Frau **Wilhelmine Dietze** sagen wir allen Beteiligten, insbesondere Herrn Reichstagsabgeordneten Jabel für seine liebenswürdigen Worte unseren besten Dank.
Königs-Butterkuchen, März 1914.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlichster Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres sorgsam Vater, des Gattlers
Hermann Seidler
sagen allen Verwandten und Bekannten insbesondere dem 4. Wahlkreis, dem 292. Bezirk, dem Verein der freien Gattler, den Stammgästen, den Sängern, sowie Herrn Dr. Schüte unseren aufrichtigsten Dank.
1022

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Einäschern meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Kupfers
Karl Kemmerich
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Kupfer, sowie den Mitarbeitern des Baugeschäftes Gärtner-Wahlberg und dem Wahlverein Wahlberg meinen innigsten Dank.
Wahlberg, Köhnerer Str. 168.
Wwe. Marie Kemmerich geb. Soller nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Einäschern meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Kupfers
Karl Kemmerich
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Kupfer, sowie den Mitarbeitern des Baugeschäftes Gärtner-Wahlberg und dem Wahlverein Wahlberg meinen innigsten Dank.
Wahlberg, Köhnerer Str. 168.
Wwe. Marie Kemmerich geb. Soller nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Einäschern meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Kupfers
Karl Kemmerich
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Kupfer, sowie den Mitarbeitern des Baugeschäftes Gärtner-Wahlberg und dem Wahlverein Wahlberg meinen innigsten Dank.
Wahlberg, Köhnerer Str. 168.
Wwe. Marie Kemmerich geb. Soller nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Einäschern meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Kupfers
Karl Kemmerich
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Kupfer, sowie den Mitarbeitern des Baugeschäftes Gärtner-Wahlberg und dem Wahlverein Wahlberg meinen innigsten Dank.
Wahlberg, Köhnerer Str. 168.
Wwe. Marie Kemmerich geb. Soller nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Einäschern meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Kupfers
Karl Kemmerich
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Kupfer, sowie den Mitarbeitern des Baugeschäftes Gärtner-Wahlberg und dem Wahlverein Wahlberg meinen innigsten Dank.
Wahlberg, Köhnerer Str. 168.
Wwe. Marie Kemmerich geb. Soller nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Einäschern meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Kupfers
Karl Kemmerich
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Kupfer, sowie den Mitarbeitern des Baugeschäftes Gärtner-Wahlberg und dem Wahlverein Wahlberg meinen innigsten Dank.
Wahlberg, Köhnerer Str. 168.
Wwe. Marie Kemmerich geb. Soller nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Einäschern meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Kupfers
Karl Kemmerich
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Kupfer, sowie den Mitarbeitern des Baugeschäftes Gärtner-Wahlberg und dem Wahlverein Wahlberg meinen innigsten Dank.
Wahlberg, Köhnerer Str. 168.
Wwe. Marie Kemmerich geb. Soller nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Einäschern meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Kupfers
Karl Kemmerich
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Kupfer, sowie den Mitarbeitern des Baugeschäftes Gärtner-Wahlberg und dem Wahlverein Wahlberg meinen innigsten Dank.
Wahlberg, Köhnerer Str. 168.
Wwe. Marie Kemmerich geb. Soller nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Einäschern meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Kupfers
Karl Kemmerich
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Kupfer, sowie den Mitarbeitern des Baugeschäftes Gärtner-Wahlberg und dem Wahlverein Wahlberg meinen innigsten Dank.
Wahlberg, Köhnerer Str. 168.
Wwe. Marie Kemmerich geb. Soller nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Einäschern meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Kupfers
Karl Kemmerich
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Kupfer, sowie den Mitarbeitern des Baugeschäftes Gärtner-Wahlberg und dem Wahlverein Wahlberg meinen innigsten Dank.
Wahlberg, Köhnerer Str. 168.
Wwe. Marie Kemmerich geb. Soller nebst Kindern.

Kabfahrerarten
Wanderkarten

hält stets vorrätig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Spezialarzt

f. Haut, Horn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintraube jeder Art, Ehrlich-Diät - Kuren in u. G. f. lang. Labort. Blutuntersuchung, Fäden i. Horn usw. gegenüber
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Panoptikum Epr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Kranzspenden

sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. Npl. 72 03

Abessinier Brunnen

zum Selbststellen für 3 m Tiefe schon von 12 Mark an. Pumpen, Garten- u. Druckpumpen usw. 5 Jahre Garantie. Illustrierte Preisliste gratis.
Koblenk & Co.
Pumpenfabrik, Berlin N., 209/10, Reinickendorfer Straße 95.

Hautleiden

Flechten u. Ausschläge, trockene und nässende, Schuppenflechte, Kopf- u. Bartflechte, qualvolles Hautjucken, verschwindet selbst noch in veralteten Fällen durch **Reichels** höchst wirksames Spezialmittel. Fast 25 Jahre glänzend bewährt und garantiert unerschütterlich.
Otto Reichel, Berlin 13, Eisenbahnstr. 4

Arbeiter-

Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

J. Baer

Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee Herren- und Knaben-Moden, Berufsausbildung, Elegante Paletots, Eleg. Einsegnungs-Anzüge in jed. Preislage. Dr. Stofflager z. eig. Maßanfertigung. Billigste, feste Preise.

Steinarbeiter.

Sonntag, den 8. März, vorm. 9 1/2 Uhr, im Englischen Garten
Mleganderstraße 27c:

Marmorarbeiterversammlung.

Tagesordnung:
Wie stellen wir uns zu dem ablehnenden Standpunkt des Unternehmerverbandes?
Alle zurzeit in Marmor beschäftigten Kollegen, auch die der Sektion I, sind verpflichtet, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen.
Voranzeige! Am Donnerstag, den 12. März, findet in den Kaminhallen, Kommandantenstraße 58/59, eine kommitierte Versammlung statt.
Tagesordnung: Gauskonferenz und Verbandstag.
171/5*
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands
Ballschuhmacher u. Wendearbeiter

Montag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
bei Voeker, Weberstr. 17.

Tagesordnung:
1. Vortrag über: Die Reichsversicherungsordnung mit besonderer Berücksichtigung der Krankenversicherung der Schuhmacher. Referent: Genosse **Brückner**. 2. Bericht der Branchen- und Lohnkommission und Neuauflage der Branchenleitung. 3. Sonstige Branchenangelegenheiten und Beschlüsse.
Kollegen und Kolleginnen! Die neuen Bestimmungen über die Krankenversicherung der Schuhmacher sind so tief einschneidender Natur, daß es Pflicht jedes einzelnen ist, sich darüber zu informieren.
Vollzähligen Besuch erwartet deshalb
169/5
Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung! Vom 15.-31. März sind die Mitgliedsbücher im Bureau zur Kontrolle einzulegen. Rückständige Beiträge bitten wir umgehend zu begleichen.

Gardinen.

Die Gardinen der Spezialfirma
Gardinenhaus Bernhard Schwartz
(früher Waldstr. 29)
jetzt Waldstr. 13 (Spindlerhof)

sind aus bestem Material gearbeitet, daher von größter Haltbarkeit. Von einfach bis hochlegant sind sie mit angemessen niedrigen, klar lesbaren Preisen versehen.

Genauso die einschlägigen Artikel: Vorhänge, Teppiche usw. Gelegenheitsware weit unter Preis.
Die Firma unterhält nirgends ein Aussenbüro.

In
Kleider- u. Seiden-Stoffen

ist mein neues Frühjahrs-Sortiment von nie dagewesener Vielseitigkeit. Sowohl in Stoffarten wie in den modernen Farben bringe ich für jedes Alter und jeden Geschmack reiche Auswahl zu besonders niedrigen Preisen.

Depita-Karos - Die große Mode -
Schwarz-weiße, braun-weiße und blau-weiße Modkaros. Breite ca. 100-140 cm Meter M. 1 25 2 00 9 00

Crepeline und Crepons - Keine Wolle
Der führende Modestoff in allen modernen Farben. Breite ca. 110 cm Meter M. 2 25 2 85 3 00

Sabardine und Covercoats
In modernen Uni-Farben für elegante Kostüme. Breite ca. 110-130 cm Meter M. 2 60 3 50 5 00

Kostüm-Cotelé - Keine Wolle
Ein- und zweifarbig, in marineblau und allen modernen Farben. Breite ca. 130-140 cm Meter M. 4 50 5 50 8 50

Moderne halbseid. Stoffe glatt und ramagiert, Rips-Crepeline, Crepon und Colienne, neueste Saison-Farben. Breite ca. 110-120 cm Meter M. 2 70 3 40 7 90

Reinseidene romonische Streifen und Schotten
die große Mode für Blusen und Besätze, Breite ca. 45-53 cm Meter M. 1 90 2 80 4 20

Reinseidene Chines mit Blumen und Phantasie-mustern, das Neueste für Blusen und Schärpen, Breite ca. 45-50 cm Meter M. 2 40 3 30 4 70

Reinseidene Cachemire und Charmeuse
Elegant stehende, samtartig wirkende Gewebe in modernen Gesellschaftsfarben, Breite ca. 100-110 cm. Meter M. 6 00 9 90 11 00

2 Außergewöhnliche Sonder-Angebote.

Marineblau Kostüm-Kammgarn reine Wolle, gute Qualität, Breite ca. 120 cm, Meter Mark 2 65

Reinseidene Paillette für Blusen, Mieder und Besatz, in allen modernen Farben, auch in eisendeln und schwarz. Breite ca. 45 cm, Meter Mark 1 45

Reinseidene Paillette für Blusen, Mieder und Besatz, in allen modernen Farben, auch in eisendeln und schwarz. Breite ca. 50 cm, Meter Mark 3 30

Fr. Hahn Begr. 1825

Berlin E., Landsberger Straße Nr. 60-61-62-63.
Zahlstelle Nr. 63 der Freien Volksbühne.

Verlangen Sie kostenfrei und unverbindlich Muster.

Gewerkschaften! Vereine!
In **Voigts Theater, Badstr. 58**
ist für größere Vereine oder Gewerkschaften noch 1 Sonnabend im Juli zu vergeben.

Zeltdach.

Ganzer Sperris. circa 1600 Personen, gegen Regen geschützt.

Lohnender Nebenverdienst!
Für Zulieferung neuer Kunden erhält jeder von mir hohe Provision. Die Preise werden trotzdem nicht höher berechnet, da an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. Verkauf gegen Bar und Teilzahlung.
Möbelgeschäft M. GOLDSTAUB
Zossener Str. 38, Ecke Gneisenaustr.

Genossenschaft
Berliner Bandagisten
80. 16, Köpenicker Str. 98b
(zwischen Neander- und Neue Jakobstraße)
Gegr. am 1. Juli 1907 103/15*
von organisierten Bandagisten-Gehilfen.

Bruchbandagen, Leibbinden, Artikel zur Krankenpflege u. dergl.
Lieferant der Krankenkassen Berlins u. Vororte, des Verbandes der Hansarist-Vereine und der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.
Eigene Werkstatt. Fachgemäße Bedienung.
Für Damen weibliche Bedienung.

Bebel-Porträt

Nach einem Gemälde von Tronnier-Hannover
Kunstvoll in fünf Farben ausgeführt
Preis 1.- Mark

Diese Bilder sind auch gerahmt zum Preise von 2.-, 2.75, 3.- und 3.25 Mark vorrätig

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69



Fesche Neuheiten

enorm preiswert

- Nr. 460
Frühjahrs-Paletot 25⁵⁰
aus vorzüglich einfarbig, Fantasiestoff mit Passe und breitem Gürtel gearbeitet. In modernen Farben M.
- Nr. 461
Promenad.-Paletot 35⁵⁰
aus apart, räumiger, Fantasie-Stoffen mit glückigem Schoss M.
Derselbe in eleg. neuen karierten Stoffen, M. 45⁰⁰
- Nr. 462
Frühjahrs-Kostüm 34⁵⁰
aus einfarbig, modern. Stoffen. Fein verarbeitet. Jacke mit breiter Spange und auf guter Halbseide gefüttert. M.
- Nr. 463
Frühjahrs-Kostüm 38⁵⁰
aus reinwoll. marine Kerningem. Blusen-Jacke apart mit Seidenbandschleife, Seidenschals und Seidenmanschetten garniert, auf guter Halbseide M.
- Nr. 464
Frühjahrs-Kostüm 62⁵⁰
aus reinwoll. modernen klein karierten Stoff. Prima verarbeitet, Rock mit Tunique, Jacke aus reinseidenem Futter M.

Illustrierter
Moden-Bericht
auf Wunsch kostenlos.

R.M. Madosen S.m.b.H.

Opernstrabe 165 Berlin Leipzigerstrabe 42

Das gute Kiebeck Bier

Gegründet 1871 Fachmännische Bedienung **CENTRAL-MÖBEL-HALLE** Kommandantenstr. 51 Ecke d. Alexandrinenstrasse

Stube und Küche
2 englische Bettstellen mit Patent-Boden und Auflagen
1 moderner Kleiderschrank
1 moderner Truhenau
1 Zwei-Zug-Tisch
4 Stühle
1 komplette Küche, modern, in jeder Farbe
Anzahlung von 45 Mark an Raten nach Uebereinkunft
Sonnags geöffnet

Wir liefern: **2 Zimmer und Küche**
1 moderner Kleiderschrank
1 moderner Auszieh-Tisch
1 modernes Vertiko
1 modernes Mokkessofa
1 moderner Umbau
4 moderne Stühle
2 moderne Bettstellen mit Pat.-Bödd. u. 3teil. Auflagen
2 Nachttische mit Marmor
1 Waschtilette mit Marmor
1 moderne komplette Küche in jeder Farbe

Anzahlung Mark 75.00 an
Raten nach Uebereinkunft
Kulante Zahlungsbedingungen

Beachten Sie unsere 7 Schaufenster

Spezialität:
Komplette Speisezimmer
Komplette Herrenzimmer
Komplette Schlafzimmer
in jeder Holzart
Anzahlung von 40.- an
Komplette Einrichtung von Villen, Hotels, Pensionaten
Einzelne Möbelstücke in großer Auswahl
Sonnags geöffnet

Warum behalten Sie Ihren Katarrh?

Warum quälen Sie sich jahraus, jahrein mit diesem für Sie und Ihre Mitmenschen ebenso lästigen, wie gefährlichen Zustande, der Sie vieler Genüsse beraubt, Ihnen beständig Sorge und dauernd Ausgaben verursacht? Warum machen Sie es nicht wie Tausende Ihrer Leidensgefährten, die langjährige Dauerkatarrhe durch den Lancré'schen Inhalator nach kurzem angenehmen Gebrauch glücklich losgeworden sind und lachend an die Zeit des ewigen Schnupfens, permanenten Käusperns, der rasselnden Sprache, des pfeifenden Atems, der stets heiseren Stimme, unausgesetzter Verschleimung und anderer ähnlicher Erscheinungen zurückdenken. Das sind noch die geringeren Uebel dieser Art. Es müßte aber allen Katarrhträgern zum Bewußtsein gebracht werden, daß jede dieser Symptome sich langsam zu einem bösen Spezialleiden auswachsen kann. So unterscheidet man, je nachdem die virulente Brut der Katarrhbazillen (dem ihre Ursache sind in der Tat meistens Aufsteigungskeime) ihren Sitz haben: Kehlkopfkatarrrh, Bronchialkatarrh, Nasen-, Rachen-, Luftröhrenkatarrh, Asthma, Emphysem. Dieses sind sämtlich höchst gefährliche Zustände, welche die Betroffenen oft zu einer frühzeitigen Ausfertigung ihres Testaments bestimmen. Doch so schwer auch diese Leiden sind, so wurden solche in zahlreichen Fällen vielfach durch den Original-Lancré-Inhalator beseitigt, teils so gebessert, daß sie ihre Schrecken für den Patienten verloren haben. Nach einem bekannten Ausspruch ist es eine schwere Sünde an eigenen Leibe, wenn man die segensreichen Erfindungen der Gegenwart nicht zur Erhaltung seiner Gesundheit nutzbar macht. Sie werden schon oft unsere Veröffentlichungen über dieses Thema gelesen haben; warum gehen Sie aber trotzdem mit Ihrem Katarrh achloslos daran vorbei? Wir wollen es Ihnen sagen, Sie haben aus irgendeinem Grunde ein Vorurteil, Sie sollten aber dann einmal Ihren Arzt fragen über den altbewährten Lancré-Inhalator, der wird Ihnen sagen: den können Sie mit bester Aussicht auf Erfolg benutzen, denn 14 000 Gutachten

von Aerzten und Leidensgefährten bestätigen die erfolgreichen Wirkungen des Lancré-Inhalators. Alle Bedenken, jeder Zweifel muß schwinden, wenn Sie folgendes lesen:
Ich litt über 25 Jahre an einem eiligen Nasen- und Rachenkatarrh als Folgekrankheit der Influenza, in den letzten Jahren stellte sich Atemnot ein. Nach vierzehntägigem Gebrauch Ihres



stellte sich schon ganz bedeutende Besserung ein und nach langsamem, noch alle paar Tage wiederholendem Inhalieren bin ich vollständig gesund. Bei vorkommender Erkältung greife ich zu Ihrem Inhalator und löst sich alles rasch, und die Erkältung ist nach ein paar Tagen gehoben. Ich kann einem jeden den Apparat aufs Beste empfehlen.
Burg, Bez. Bremen. Gemeindevorsteher G. Martens.
Ihr Lancré-Inhalator hat mir in kurzer Zeit vortreffliche Dienste geleistet. Ich hatte mir im Jahre 1910 bei Revision einer Schule in einem eiskalten Schulhause eine schwere Rachen-Schleimhaut-Entzündung bezantw.: Th. Glock, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Entzündung zugezogen, die trotz Aufenthalt an der Nordsee bei der geringsten Erkältung wiederkehrte und mich des Hustenreizes wegen oft um die Nachtruhe brachte. Seitdem ich Ihren Inhalator gebraucht, ist weder Schnupfen noch Katarrh wiedergekehrt, so daß ich in der Weihnachtswoche des vergangenen Jahres 18 Reden ohne die geringste Anstrengung und ohne irgendwelche Folgen halten konnte. Ich kann diesen Inhalator jedem Halsleidenden aufs wärmste empfehlen.
Linderode R.-L., im Januar 1914.
Pastor und Königl. Kreis-Schulinspektor Anders.

Rur eins müssen Sie beachten, Sie müssen den echten Lancré-Inhalator Modell B bestellen und genau unsere Adresse Firma Carl A. Lancré, Wiesbaden D. 61 schreiben, es gibt viele Nachahmungen, die minderwertig sind. Beachten Sie diesen Hinweis, der in Ihrem eigenen Interesse liegt, Sie werden uns später dafür danken.
Der Original-Lancré-Inhalator kostet mit vollständiger Andrüstung einschließlich einer Flasche Inhalationsflüssigkeit nur Mark 8.85 gegen Nachnahme.
Ein Apparat genügt für viele Jahre, lassen Sie nicht wieder den heutigen Tag ungenutzt verstreichen und bestellen Sie sofort einen Apparat. Wenn Sie aber immer noch diesen oder jenen Zweifel haben, so lassen Sie sich kostenlos und unverbindlich unsere kleine Broschüre „Die Kur im Hause“ kommen, mit welcher wir Ihnen eine Reihe Gutachten von zweifellosen Leuten senden, die den Lancré-Inhalator benutzen und deren Urteil ganz unparteiisch ist.

Firma Carl A. Lancré, Wiesbaden D. 61.

Ich wünsche genaue Auskunft über Ihr neues Inhalationssystem. Es dürfen mir jedoch keine Kosten hierdurch entstehen.

Name und Stand: _____

Wohnort: _____

Genauere Adresse: _____

Im offenen Briefumschlag mit 3 Pfennig frankieren.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 11

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkshäuser.
 Sonntag, 8. März,
 nachm. 2 1/2 Uhr:
 Deutsches Theater: Der lebende Leichnam.
 nachm. 3 Uhr:
 Neues Volkstheater: Richard Kramer.
 Herrnsied-Theater: Dintem Baum.
 Abendvorstellungen für die Abteilungen 16-20 im Neuen Volkstheater 8 1/2 Uhr von Dienstag, den 10. März, bis Sonnabend, den 14. März: Frau Warrens Gewerbe.
Neue Freie Volkshäuser.
 Sonntag, 8. März 1914,
 nachm. 2 1/2 Uhr:
 Kammermusik: Die Entnahme von Berg-op-Boom.
 nachm. 3 Uhr:
 Deutsches Opernhaus: Jar und Jammersmann.
 Schiller-Theater Charlottenb.: Andreas Hofst.
 Thalia-Theater: Vater und Sohn.
 Schiller-Theater O.: Geschäft ist Geschäft.
 Lessing-Theater: Professor Bernhardt.
 Theater a. Rollenborsplatz: Orpheus in der Unterwelt.
 Metropol-Theater: Ein Blümmel.
 Berliner Theater: Große Hofnen.
 Kontis Operetten-Theater: Die Hebermaus.
 Trianon-Theater: Die Liebe macht Theater in der Königgräzerstraße: Das Lebensfest.
 nachm. 3 1/2 Uhr:
 Kitzner-Saal: Einmal-Konzert.
 Abends 8 Uhr:
 Neues Volkstheater: Einmal-Abend.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volkstheater: Montag: Einmal-Abend.

Schiller-Theater O.
 (Wallner-Theater).
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
 Montag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonntag, mittags 12 Uhr:
Kammermusik.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
 Montag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Deutsches Künstlertheater
 Sozietät.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorf 1383.
 Sonntag, 3 Uhr:
Schirin und Gertrude.
 Sonntag, 5 Uhr: Cafard.
 Montag, 8 Uhr:
Der Bogen des Odysseus.
 Dienstag, 3 Uhr: Cafard.

Theater des Westens.
 nachm. 3 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.
 8 Uhr: **Polenblut.**

Theater a. d. Woldendammerbrücke
 Ballspiel Adore Villany.

Theater in der Königgräzer Straße
 8 Uhr:
Die Kreuzwälder.

Komödienhaus.
 8 Uhr:
„Kammermusik“.

Berliner Theater.
 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater am Nollendorfplatz 5.
 3 Uhr: Orpheus in der Unterwelt.
 8 Uhr: **Prinzeß Gretl.**

Friedr.-Wilhelmst. Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Fräulein Trassala.
 Heute nachm. 3 Uhr: Die Kiao-Königin.
 8 Uhr: **Residenz-Theater**
Der Regimentspapa.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
 Abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer von Berlin.
 Montag:
Die Maschinenbauer von Berlin.

Volgt-Theater
 Badstraße 38.
 Sonntag, den 8. März 1914:
 nachm. 3 Uhr: Romeo und Julia.
 Abends 7 Uhr:
Er und seine Schwester.
 Poffe m. Gef. in 4 Bild. v. Buchbinder.
 Kaffeehaus 10 Uhr. Anf. 3 u. 7 Uhr.

Trianon-Theater.
 Sonntag 3 Uhr: Die Liebe macht Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 Sonntag und Montag 8 Uhr:
 Direktor A. Paret:
Hochspannung.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Konstr.-Ing. A. Kellner: Eisen- und Metallgebebel.

ZOOLOG
ischer Garten
 Täglich ab 4 Uhr:
Großes Konzert.
 Eintrittspreise:
 Aquarium: Heute:
 ZOO: 50 Pf.
 Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
 Neu! Neu!
AQUARIUM
 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Admiralspalast.
 Eis-Arena.
 Heute 2 Vorstellungen
 nachm. 4 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr:
Die lustige Puppe.
 Großes Ballett auf dem Eis.
 Wein- u. Bier-Abteilung.

Passage-Panoptikum.
 Der englische
Riese
Teddy Bobs
 Der größte Mensch,
 der je gelebt!
 160 mm größer als
 Machnow
 19 Jahre alt.
 Ohne Extra-Entree!

Metropol-Theater.
 Heute nachm. 3 Uhr:
Ein Blitzmädel.
 Abends prägnant 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
 in 40 Tagen.

WINTERGARTEN

Heute:
2 Vorstellungen 2

Nachm. 3 1/2 Uhr	mit Idetto	Abends 8 Uhr
Klein	Brämonval	
Preise	Mado Minty	
	Piccolo Comp. und den	

hervorragenden
März-Attraktionen!
 — Rauchen gestattet! —

Apollo-Theater.
 Tel.: Lützow 2757.
 3 1/2, und 8 Uhr:
Der Stolz d. 3. Kompagnie
 mit
Hartstein.
 Sachen ohne Pause!
 Rauchen gestattet!

Folies Caprice.
 8 1/4 { Café Pingsheim
 Der Heiratgraf
 Meyersteins

Casino-Theater
 Rothenberger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
 Ein neues Berliner Volksstück:
Die olle Webern.
 Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
 Einziges Theater in diesem Genre!
 Im Stile der alten Wallner-Bühne.
 Sonnt. 4 Uhr: Mädchen ihre

Elysium
 Landsberger Allee 40.
 Jeden Sonntag u. Donnerstag:
Damenfreitanz
 Anfang 5 Uhr. Entree frei.
 Den geübten Vereinen stelle meinen Naturgarten sowie Saal mit Spezialtänzen Fr. Sobanski, an Sonnabenden von Mai bis August gratis zur Verfügung: Königsplatz 2617.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“.
 Ortsgruppe Neukölln.
 Sonntag, den 8. März 1914,
 in A. Bartsch's Festsälen, Neukölln, Hermannstraße 49:

Wenn wir wandern ..
Großer Lichtbildervortrag
 mit hundert Bildern nach Originalaufnahmen des Vortragenden Gen. Georg Krämer.
 1. Teil. **Durch die Uckermark.**
 Kloster Chorin; Naturschutzpark Plagewitz; Prenzlau; Templin.
 2. Teil. **Rügen.**
 Auf dem Dampfer; Am Strande; Saßnitz; Stralsund.
 3. Teil. **In der Juninacht.**
 1/8 Havelberge; Am märkischen See; Sonnenaufgang u. a.
 Nach dem Vortrage: **Tanzkränzchen.**
 Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach. Einlaß 6 Uhr. Eintritt 30 Pfennig. Anfang 7 Uhr.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“
 Ortsgruppe Berlin.
 Sonnabend, den 14. März 1914,
 in sämtlichen Festsälen der
„Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:
Bayr. Kirchweih
 6 gr. Kapellen. Madame Sissel Oberländer-Biasoretheater. Rudl Winklers Bayernkapelle. Die urfidelen Keferhoor. Sänger und Schupattler. Radkünstler-Truppe. Die Saal-mannschaft der Ortsgruppe u. a.
Sensationelle Gratis-Verlosung.
 7 Gewinne im Gesamtwert von 200 M. u. a. 1 Uhr, welche nach einmaligem Aufziehen 400 Tage geht, sowie 1 Uhr, bei welcher im Dunkeln Zeiger und Zahlen leuchten usw.
 Wanderbare Alpendekoration, Tanzrad, Ratschbahn, Gaudi aller Art.
 Anfang in allen Festsälen 8 Uhr.
 Eintritt inkl. Tanz 60 Pf. — Kein Kostümwang.
 11/9* Die Festkommission.

Fahrradhaus „Frisch auf“, Offenbach a. M.
 Wir empfehlen unsere aus bestem Material hergestellte, leicht laufende „Frisch auf“-Fahrräder von 75-140 M. „Frisch auf“ Nähmaschinen für Familien u. Handwerker, vor- und rückwärtslaufend von 62 bis 120 M. Sprechmaschinen, Platten, Wasch- u. Wringmaschinen, Laufdecken, Luftschlächse, nur bestes Fabrikat, sowie Fahrrad-Zubehörteile. Filialen in Berlin: Brunnenstr. 35, Bismarckstr. 19, Kottbuser Damm 22.
 Die Geschäftsleitung.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. 3 Uhr: Ein Freund der Armen.
Walhalla-Theater. 3 Uhr: Maria Stuart.
 5 1/2 Uhr: Zum 50. u. letzten Male: Tränenpiel in 5 Akten von Schiller.
 8 1/2 Uhr: Tangoheber.

MÖBEL MESSE

KURFÜRSTENDAMM 151 Rollschuhbahn
 25 Februar - 25 März • Eintritt frei

Brauerei Friedrichshain
 Mittwoch, den 11. März 1914, abends 8 Uhr:
Extra-Konzert des Blüthner-Orchesters
 60 Künstler. Dirigent: Eugen Sauerborn.
 Solisten: Klaviervirtuosin Käthe Heinemann und namhafte Gesangs-Solisten.

Neue Welt.
 Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
 Heute Sonntag, den 8. März 1914:
 In sämtlichen Festsälen:
Bockbierfest
 in den bayerischen Alpen.
 Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.
 30 bayerische Madl. 6 Kapellen.
Achtung! Voranzeige! Achtung!
 Dienstag, den 10. März 1914:
 Nochmals Prämierung des elegantesten Tango-Tänzer-Paares.
 3 bare Geldpreise 50,-, 30,-, 20,- Mark.

Gesangver. Kreuzberger Harmonie
 M. d. D. A.-S.-B. — Chorleiter Franz Botha.
 Sonntag, den 22. März, im großen Saal der Neuen Welt, Hasenheide 108-114:
Frühjahrskonzert
 unter Mitwirkung des Konzertleiters Georg Funk und des Berliner Konzerthaus-Orchesters — Dir. Franz von Bion 40 Musiker.
 Eröffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang präzise 6 1/2 Uhr.
PROGRAMME
 (im Vorverkauf 60 Pf.) sind zu erhalten bei Hensch, Zigarrenhandlung, Engelshof 15; Pingel, Rest, Bockhse 7; Steudel, Rest, Jahnstr. 18; Rabe, Rest, Pichtrstr. 29, sowie bei sämtlichen andern Mitgliedern. 58/8

Freie Schwimmer, Charlottenburg.
 Sonntag, den 8. März 1914, nachmittags 3 Uhr:
Neuntes Schwimmfest
 in der Volksbadeanstalt, Krumme Straße 10.
 U. a. Damenschwimmen, Reigen, Springen, Tauchen, Rettungs-Vorführungen, Wasserballspiel.
 Nach dem Schwimmen: **Großer Ball** im Volkshaus, Rosinenstraße 3.
 Eintritt 50 Pf.

Märkische Spielvereinigung — Bezirk Groß-Berlin
 Bundesplatz: Reihense, Rennbahnstr. 40 (Rennbahngelände)
 Sonntag, den 8. März 1914, nachmittags 4 Uhr
Propaganda-Fußballwettspiele
Nordvereine = Südvereine
Kombinierte Männermannschaften
 Um 2 1/2 Uhr: Nordvereine — Südvereine
 Kombinierte „Alle Herren“-Mannschaften (30 Jahre)
 Eintritt 20 Pfennige Der Spielfeldschiff
 Straßenbahnverbindung: Linien 50, 61, 62, 73 bis Rennbahnstraße, 17, 60, 163 bis Schloß Reihense, 2 bis Reichplatz.

„Clou“ :: Berliner ::
 Konzerthaus
 Mauerstraße 22 — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
 Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde-Regiments. Dirig. Oberm. Becker.
 Musikkorps des 1. Garde-Dragoon-Regiments. Dirigont: Oberm. Szarz.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 4 1/2 Uhr.
 Morgen: **Großes Konzert** des Berliner Mandolinen- und Lautenorchesters (früher „Mus amoro“, „sopra soore“).

Zirkus Alb. Schumann.
 Heute Sonntag, den 8. März:
2 gr. Gala-Vorstellungen 2
 U. a.
 Nachm. 3 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr
 in beiden Vorstellungen:
Das Riesen-Weltstadt-Programm.
 In beiden Vorstellungen:
 d. große Ausstattungstheater 1.7818.
„Tipp“
 der
Derby-Favorit 1914
 Zur Nachmittags-Vorstellung hat jeder Erwachsene 1 Kind frei auf allen Sitzplätzen.

Zirkus Busch.
 Heute Sonntag, den 8. März:
2 große Gala-Vorstellungen 2
 nachm. 3 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen die Hälfte, ferner hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei.
 In beiden Vorstellungen:
Auftreten der gesamten großen Attraktionen.
 Außerdem nachmittags eine Auswahl der beliebtesten **Kinder-Burlesken.**
 Abends 7 1/2 Uhr:
„Pompeji“.

Berliner Prater-Theater
 Kollmannallee 7-9.
Schützenliesl.
 Poffe m. Gefangl. 4 Akten v. Trepptom.
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen im Theater gestattet.
 Nach der Vorstellung: **Großer Ball.**

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
 Heute nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen:
 „Cavalleria schuficiana“ und das andere gr. Programm!
 Log. 1 St., Ball. 26, Entree, Part. 20, Orchester 30 Pf.
 Anfang 8 Uhr.
 Unsere süßen Dienstmädcl.

Germania-Prachtsäle
 N., Chausseestr. 110, Kari Richter.
 Heute Sonntag:
Paul Mantheys lustige Sänger
 Anfang 6 1/2 Uhr.
 Nachdem: Familien-Kränzchen. Im weißen Saal von 5 Uhr ab **Großer Ball.**
 Morgen Montag: **Hoffmanns Sänger.**

Volksbühne Neukölln.
 Hermannstraße 20.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Im wilden Westen.
 Aufführungskommission in 4 Akten von Maple und Ruy.
 Montag, 8 1/2 Uhr:
Die keusche Susanne.
 Operette in 3 Akten v. G. Fontanesth.

Concordia-Festsäle
 64 Andreasstrasse 64
 Jeden Sonntag:
Militär-Streich-Konzert
 und **Hoffmanns Sänger**
 Anfang 6 Uhr.
 Im oberen Saal von 5 Uhr ab: **Grosser Ball**

Alhambra
 Wallner-Theater-Straße 15.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
 Großes Orchester. Anfang Sonntag 5 Uhr.
 A. Zarowitz.

